

PROTOKOLL

*über die 30., ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Donnerstag,
dem 10. November 1977, im Rathaus, I. Stock hinten, Gemeinderatsitzungsaal.*

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Öffentliche Sitzung

A n w e s e n d :

VORSITZENDER:

Bürgermeister Franz Weiss

BÜRGERMEISTER-STELLVERTR.:

Heinrich Schwarz

Karl Fritsch

STADTRÄTE:

Rudolf Fürst

Anna Kaltenbrunner

Konrad Kinzelhofer

Johann Zöchling.

GEMEINDERÄTE:

Alfred Baumann

Maria Derflinger

Vinzenz Dresl

Franz Enöckl

Karl Feuerhuber

Ernst Fuchs

Walter Kienesberger

Walter Köhler

Rudolf Luksch

Franz Mayr

Erich Mayrhofer

Therese Molterer

Josef Radler

Erich Sablik

Hubert Saiber

Dr. Konrad Schneider

Johann Schodermayr

Herbert Schwarz

Ernst Seidl

Dr. Alois Stellnberger

Otto Tremel

Alfred Watzenböck

VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenatsrat

Dr. Johann Eder

Magistratsdirektor-Stellvertreter

Senatsrat Dr. Helmut Schreibmüller

Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat

Alfred Eckl

Präsidialdirektor Oberamtsrat

Roland Postler

Direktor der Städt. Unternehmungen

Oberamtsrat Robert Schlederer

Rechnungsdirektor Oberamtsrat

Ludwig Stary

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Walter Radmoser

VB Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

- 1) Präs-591/77
Präs-592/77
Angelobung von zwei neuen Mitgliedern des Gemeinderates.
- 2) Präs-553/77
Präs-576/77
Präs-591/77
Präs-592/77
Änderung in den gemeinderätlichen Ausschüssen.
- 3) Ha-5161/77
Österreichisches Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr;
Subvention - Personalkosten.
- 4) Präs-606/77
Rettungs-Verdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung
an Mitarbeiter des Bergrettungsdienstes.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

- 5) Präs-537/77
Verbesserung der familienfördernden Maßnahmen für die
Bediensteten der Stadt Steyr.
- 6) Bau3-2827/75
Bau2- 790/77
Bau2- 890/77
Bau2-1153/77
Verkauf von Grundparzellen im Bereiche der Waldrand-
siedlung.
- 7) ÖAG-2251/77
Ankauf eines Teiles der Liegenschaft EZ 42, KG. Steyr,
von Frau Maria Brunmayr, Steyr, Hasenrathstraße 11.
- 8) GHJ2-6140/74
Tausch des Grundstückes 590/14, KG. Steyr (Alfred und
Maria Santa) gegen städtische Grundflächen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

- 9) GHJ1-92/77
Datenverarbeitung; Mittelfreigabe.
- 10) Wa-3940/61
Sanierung der Ufermauer bei der Schwimmschulbrücke;
Grundsatzbeschluß.
- 11) GHJ2-4703/77
Ausbau und Instandsetzung der Feuerwehrgarage Indu-
striestraße 1.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

- 12) Buch-6500/76
Genehmigung des Rechnungsabschlusses der Stadt Steyr
für das Jahr 1976.
- 13) Buch-5825/77
Genehmigung einer Krediterhöhung bei VP 454-53 oH.
- 14) Bau5-4404/76
Marienkirche; Subvention zur Restaurierung der Fassade
an der Eisengasse.

- 15) Ha-5210/77 Gewährung einer außerordentlichen Subvention an die Bezirksorganisation Steyr der Österr. Kinderfreunde.
- 16) GHJ1-4042/77 Anschaffung eines Betrachtungsgerätes für Röntgen-schirmbilder.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

- 17) Bau5-4634/77 Auswechslung der Eingangstüren zu den Bürgermeister-räumen, I. Stock vorne, und Ankauf eines Lusters.
- 18) GHJ2-738/77 Dachinstandsetzung städt. Objekt Wagnerstraße 2 - 4.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

- 19) ÖAG-3385/77 Genehmigung der Jahresbilanz 1976 der Stadtwerke Steyr.
Stadtwerke
- 20) Bau5-6142/72 Hallenbadanbau - Vergabe von Professionistenarbeiten
a)
b)
c)
- 21) ÖAG-6638/75 Mülldeponie der Stadt Steyr; Durchführung seismischer Messungen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- 22) Bau6-4461/76 Ergänzung der GR-Beschlüsse betreffend die Kanalisation Ennsner Straße.
- 23) Bau6-1781/76 Errichtung des Hauptsammlers A, 1. Teil, 1. Bauabschnitt, im Bereiche des Hartplatzes der Doppelturnhalle.
- 24) Bau3-6440/76 Abbruch der Liegenschaften Eisenstraße 8, 10 und 14 so-wie Schiffmeistergasse 2, 4 und 5.
- 25) Bau5-2378/70 Umbau Ennskai 27; Vergabe der Maler- und Anstreicher-arbeiten.
- 26) Bau3-4488/74 Ergänzung des GR-Beschlusses betreffend die Sanierung
Bau6-1199/76 des Grünmarktes, Straßen- und Kanalbau.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 27) GHJ2-5700/76 Errichtung eines Parkhofes nächts dem Hause Färber-gasse 7.
- 28) Bau3-5107/77 Vergabe der Baumeisterarbeiten für die Verampelung der Kreuzung Pachergasse - Johannesgasse.
- 29) VerkR-977/76 Verampelung der Kreuzung Pachergasse - Johannesgasse.
- 30) Bau3-5698/77 Ausbau Jänergasse und Parkplatz ehem. Areal der Bür-gerlichen Brauerei.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 31) SH-3286/77 Ausspeisungsbeiträge in städtischen Kindertagesheim-stätten und Horten; Erhöhung.

- 32) SH-4550/77 Weihnachtsaktion 1977 zugunsten bedürftiger Pensionisten
-und Rentner.
- 33) Schul-6291/76 Ganztagschule an der HS 2 Ennsleite; Verabreichung des
Mittagessens an die Schüler - Einrichtung einer Betriebs-
küche.
- 34) Schul-6291/76 Ganztagschule an der HS 2 Ennsleite; Adaptierung Spei-
sesaal Peuerbachstraße 2 - 4.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Sie zur heutigen Sitzung herzlich begrüßen. Ich habe zunächst einmal die Feststellung zu treffen, daß der Gemeinderat heute beschlußfähig ist. Es haben sich allerdings eine Reihe von Mitgliedern entschuldigen lassen. Es sind dies Stadtrat Wippersberger, der unabhkömmlich ist, Stadtrat Wallner, der sich im Krankenhaus befindet, ferner die Gemeinderäte Reisner, Frau Liebl, Brunmayr, Holub und Manetsgruber. Letzterer wird vielleicht noch später zur Sitzung kommen. Ich bitte, diese Entschuldigungen dem Protokoll einzuverleiben.

Für die Protokollprüfung der heutigen Sitzung sind vorgesehen die Gemeinderäte Baumann und Dr. Stellberger. Ich sehe aus dem Kopfnicken, daß beide Herren zustimmen. Somit ist auch dieser Akt erledigt.

Meine Damen und Herren, durch das Ausscheiden zweier Gemeinderäte ist es erforderlich, heute die dafür bestimmten Nachfolger, von den Parteien nominierten Nachfolger, im Gemeinderat anzugeloben. Ich bitte Sie, sich dazu von den Plätzen zu erheben.

Von der ÖVP schied aus Herr Gemeinderat Johann Knogler. Es wurde auf Grund des Vorschlages Herr Gemeinderat Ernst Seidl in den Gemeinderat berufen. Er ist anwesend. Weiters schied von der Freiheitlichen Partei Österreichs aus Ing. Wolfgang Fahrnberger. An seiner Stelle wurde nominiert Gemeinderat Alfred Watzenböck. Ich bitte die beiden Letztgenannten, nach der Vorlesung der Gelöbnisformel mit den Worten "ich gelobe" die Angelobung anzunehmen und durchzuführen. Die Berufung für Sie beide erfolgt nach der einschlägigen Bestimmung der Statutargemeinde-Wahlordnung.

1) Präs-591/77

Präs-592/77

Angelobung von zwei neuen Mitgliedern
des Gemeinderates.

Ich lese Ihnen nun die Gelöbnisformel vor. Sie lautet:

"Ich gelobe, die Gesetze der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, die übernommenen Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen und der Stadt die Treue zu halten."

Ich bitte Sie, mit der Antwort "ich gelobe" dies zu bestätigen.

GEMEINDERAT ERNST SEIDL und GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

"Ich gelobe".

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Ihnen und darf Sie nunmehr als neue Mitglieder des Gemeinderates herzlich begrüßen in der Überzeugung, daß es genauso wie bisher gelingen wird, in gemeinsamer Arbeit die Interessen der Stadt, ihrer Bürger, nach den besten Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, zu erfüllen. Ich danke. Sie können wieder Platz nehmen. Die beiden Herren werden gebeten, auf der für die Fraktionen vorgesehenen Seite die Plätze einzunehmen.

Wir kommen nun nach der Angelobung, das war Punkt 1) der heutigen Sitzung, zur Änderung der gemeinderätlichen Ausschüsse. Hiezu darf ich folgendes vorschlagen. Entschuldigung, ich muß vorher den Vorsitz abgeben. Ich bitte Herrn Koll. Schwarz, die Vorsitzführung während meiner Berichterstattung zu übernehmen, um meinen Obliegenheiten nachkommen zu können.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn Bürgermeister zur Berichterstattung das Wort.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auf Grund des Ausscheidens des Herrn Gemeinderates Johann Knogler wird eine Änderung in den Ausschüssen stattfinden müssen. Es wird daher der Antrag an den Gemeinderat ergehen und ich bitte, hiezu die nötige Zustimmung einzuholen.

- 2) Präs-553/77
Präs-576/77
Präs-591/77
Präs-592/77

Änderung in den gemeinderätlichen Ausschüssen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß dem Vorschlag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion vom 30. 9. 1977 wird anstelle des ausgeschiedenen Gemeinderates Johann Knogler

Gemeinderat Ernst Seidl

als Mitglied des gemeinderätlichen Finanz- und Rechtsausschusses sowie des gemeinderätlichen Bauausschusses bestellt.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand zu diesem Antrag zu sprechen? Ich sehe, es liegt keine Wortmeldung vor. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand gegen diesen Antrag oder enthält sich jemand der Stimme? Das ist nicht der Fall, dann so beschlossen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Im 2. Fall bedarf es keiner Bestellung in die Ausschüsse. Für Herrn Ing. Wolfgang Fahrnberger ist nunmehr Herr Gemeinderat Watzenböck in unseren Kreis eingetreten. Herr Gemeinderat Fahrnberger war nicht ordentliches Mitglied der Ausschüsse, sondern wurde auf Grund bestehender Bestimmungen und Festlegungen beigezogen. Es wird daher vorgeschlagen, für Herrn Gemeinderat Watzenböck die Lösung zu treffen, wie sie üblich ist, daß es den jeweiligen Ausschüssen obliegt, die nötige Entscheidung über die Beziehung zu treffen. Es wird meines Erachtens nach sicherlich kein Problem sein, diesen Formalakt zu vollziehen. Eine Beschlußfassung dazu ist nicht erforderlich, da bereits hiezu bestimmte Regeln aufgestellt sind.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu dieser Mitteilung des Herrn Bürgermeisters jemand das Wort? Das ist auch nicht der Fall. Das wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um den nächsten Antrag.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich habe Ihnen einen Antrag des Stadtsenates vorzulegen. Er lautet:

- 3) Ha-5161/77

Österr. Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr;
Subvention - Personalkosten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Über Antrag wird dem Österr. Roten Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt, eine Subvention als Zuschuß zum Personalaufwand für 4 Bedienstete gewährt.

Der Errechnung des Zuschusses werden folgende Vergleichsposten zugrunde gelegt:

- 1 Bediensteter Schema IV/C/V/5, verheiratet, 1 Kind
- 2 Bedienstete Schema IV/D/IV/2, ledig
- 1 Bediensteter Schema III/p 3/III/9, ledig.

Der Zuschuß wird mit 46 % der jährlichen Personalkosten (Gehalt, Leistungszulage, Verwaltungsdienstzulage, Haushaltszulage) für die Vergleichsposten bemessen und beträgt für das Jahr 1977 S 278.200,--.

Zum genannten Zweck wird der Betrag von

S 270.500,--

(Schilling zweihundertsiebzigttausendfünfhundert)

bei VP 51-51 oH freigegeben und bei derselben Haushaltsstelle eine überplanmäßige Ausgabe von

S 7.700,--
(Schilling siebentausensiebenhundert)

bewilligt. Die Deckung für die überplanmäßige Ausgabe hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Es liegt keine Wortmeldung vor. Wenn Sie dem Antrag die Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenteilige Meinungen oder Stimmenthaltungen? Es liegen keine vor. Damit ist dieser Antrag beschlossen. Ich bitte um den nächsten Antrag.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Es liegt ein weiterer Antrag des Stadtsenates vor.

4) Präs-606/77

Rettungs-Verdienstmedaille der Stadt Steyr;
Verleihung an Mitarbeiter des Bergrettungsdienstes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Anerkennung der langjährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete des Bergrettungswesens wird an folgende Personen die Rettungs-Verdienstmedaille der Stadt Steyr verliehen:

In Gold (für eine mehr als 25jährige Tätigkeit):

Eidenböck Heinrich,	geb. 1911 - 27 Jahre
DI. Ehler Otto,	geb. 1922 - 25 Jahre
Friedl Adolf,	geb. 1921 - 30 Jahre
Geyer Max,	geb. 1912 - 30 Jahre
Grundner Max,	geb. 1920 - 30 Jahre
Hikade Fritz,	geb. 1914 - 26 Jahre
Niedermayr Harald,	geb. 1925 - 30 Jahre
Petek Max,	geb. 1913 - 30 Jahre
Raffelseder Kurt,	geb. 1923 - 27 Jahre
Schnellinger Josef,	geb. 1923 - 26 Jahre
Stamberg Franz,	geb. 1900 - 30 Jahre
Weiss Franz,	geb. 1921 - 30 Jahre
Wiesner Leopold,	geb. 1926 - 29 Jahre

In Silber (für eine mehr als 20jährige Tätigkeit):

Dr. Ender Josef,	geb. 1915 - 22 Jahre
Heinrich Otto,	geb. 1925 - 23 Jahre
Hennerbichler Leo,	geb. 1932 - 22 Jahre
Miglbauer Hans,	geb. 1929 - 20 Jahre
Öhlinger Erich,	geb. 1930 - 22 Jahre
Punzengruber Hans,	geb. 1929 - 22 Jahre
Studener Fritz,	geb. 1912 - 21 Jahre

Wenn Sie einverstanden sind und mir das genehmigt wird, verzichte ich auf die Verlesung der Namen, da diese im Amtsbericht angeführt sind und allen Gemeinderatsmitgliedern bekannt sein dürften. Wenn Sie einverstanden sind, bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Liegt eine Stimmenthaltung oder Gegenstimme vor? Auch nicht, dann ein einstimmiger Beschluß.

Ich danke für die Berichterstattung. Koll. Schwarz hat sich zum Wort gemeldet, bitte!

GEMEINDERAT HERBERT SCHWARZ:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Gemäß § 11 Abs. 1 des Stadtstatutes in Verbindung mit § 15 der Geschäftsordnung erlau-

be ich mir an Sie Herr Bürgermeister namens der ÖVP-Fraktion folgende Anfrage:

- 1) Wieviele Anträge auf Gewerbeförderung sind auf Grund der in der Sitzung vom 1. 3. 1977 vom Gemeinderat beschlossenen Gewerbeförderungsrichtlinien eingebracht worden?
2. Wieviele Anträge sind bis jetzt positiv und wieviele negativ erledigt worden?
3. Wie hoch ist der Gesamtbetrag, der der Wirtschaft auf Grund dieser Gewerbeförderungsrichtlinien bisher zugeflossen ist?

Ich danke für die Worterteilung und ersuche um Behandlung.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke. Diese Anfrage wird zur Kenntnis genommen. Gemäß § 15 der Geschäftsordnung ist darüber eine Diskussion nicht möglich. Ich frage Herrn Bürgermeister, ob er gleich antworten will oder nicht?

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich kann nur die kurze Erklärung abgeben, daß ich diese 3 gegliederten Anfragen prüfen lassen werde und in der nächsten Sitzung darüber ein Bericht erfolgt.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte um Kenntnisnahme. Die Berichterstattung des Herrn Bürgermeisters ist damit abgeschlossen. Ich ersuche um Übernahme des Vorsitzes.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Ich übernehme den Vorsitz gerne und erteile zugleich Kollegen Schwarz das Wort zu seinen Berichten.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Der erste Antrag der gemeinderätlichen Personalkommission beschäftigt sich mit einer Verbesserung der familienfördernden Maßnahmen für die Bediensteten der Stadt Steyr. Dazu darf ich einleitend kurz sagen, daß bei der Stadt Steyr seit vielen Jahren als freiwillige Sozialleistung an die Bediensteten in Form einer Familienbeihilfe und Weihnachtsbeihilfe ein Betrag von rund S 620.000,- jährlich zur Auszahlung gekommen ist. Es soll nunmehr diese Regelung abgeändert werden und ich bitte schon jetzt um Ihre Zustimmung zu nachfolgendem Antrag. Der Antrag der gemeinderätlichen Personalkommission lautet:

5) Präs-537/77

Verbesserung der familienfördernden Maßnahmen
für die Bediensteten der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1) Entsprechend dem Amtsbericht des Personalreferates vom 13. 9. 1977 wird ab 1. 7. 1977 den aktiven Bediensteten der Schemata I - IV und I L (Beamte und Vertragessbedienstete) sowie den Ruhe- und Versorgungsgenußempfängern als freiwillige Sozialleistung der Stadt Steyr eine Haushaltsbeihilfe gewährt, die als Sonderzahlung jeweils im Mai und November eines jeden Jahres, erstmals im November 1977, ausbezahlt wird.
- 2) Diese Haushaltsbeihilfe wird mit dem 1 1/2fachen jenes Betrages festgesetzt, der dem einzelnen Bediensteten an Haushaltszulage (Grundbetrag und Steigerungsbeträge) gebührt. Bedienstete, die keinen Anspruch auf Haushaltszulage haben, erhalten eine Sonderzahlung in Höhe von S 300,- für je 6 Monate (Bemessungszeitraum).
- 3) Die erste Auszahlung (November 1977) erfolgt für einen Bemessungszeitraum von 6 Monaten. Die zweite Auszahlung (Mai 1978) umfaßt, wie alle folgenden Auszahlungen, ebenfalls einen Bemessungszeitraum von 6 Monaten. Hiedurch erfolgt für Dezember 1977 einmalig ausnahmsweise eine Doppelzahlung. Bei Bediensteten, bei denen im Dezember die Voraussetzungen für eine Beihilfenzahlung erlöschen, wird der im November bezahlte entsprechende Betrag rückverrechnet.
- 4) Bedienstete, die während des Bemessungszeitraumes für den die Sonderzahlung gewährt wird, nicht im vollen Genuß der Haushaltszulage stehen, erhalten als Sonderzahlung den entsprechenden Teil. Änderungen in der Höhe der Haushaltszulage sind bei der Berechnung der Haushaltsbeihilfe zu berücksichtigen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Ich frage Sie, ob jemand dazu zu sprechen wünscht?
Herr Gemeinderat Schodermayr, anschließend Herr Gemeinderat Radler.

GEMEINDERAT JOHANN SCHODERMAYR:

Wertes Präsidium, meine sehr geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich möchte besonders auf die Wichtigkeit dieses Beschlusses hinweisen. Es handelt sich hier um eine echte Förderung der Familien und im besonderen der Kinder unserer Mitarbeiter. Der Gemeinderat der Stadt Steyr setzt damit eine wohlüberlegte Personalpolitik fort. Gemeinsam mit der Personalvertretung gelingt es immer wieder, die gestellten Aufgaben mit einem sparsamen Personalstand durchzuführen. Vergleiche mit anderen Städten ähnlicher Größenordnung beweisen dies immer wieder. Auch der Anteil der Personalkosten am ordentlichen Haushalt entspricht durchaus einer rationellen Personalpolitik. Umgekehrt jedoch muß sich dann die Stadtgemeinde als Dienstgeber verpflichtet fühlen, im sozialen Rahmen ihre Mitarbeiter so weit als möglich zu unterstützen. Dies gilt für die Essenausgabe, für die Zusatzkrankenversicherung, für dienstfreie Tage bei Familienfesten und dergleichen ebenso wie für diesen Beschluß, welcher der Förderung der Familie dient.

Abschließend soll festgehalten werden, daß der beschrittene Weg in der Personalpolitik zweifellos der richtige war und die sehr wohl überlegten Maßnahmen auch in Zukunft nach Maßgabe der Möglichkeiten durchgeführt werden sollen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Gemeinderat Schodermayr. Als Nächster Gemeinderat Radler zu diesem Punkt.

GEMEINDERAT JOSEF RADLER:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!
Namens der ÖVP-Fraktion darf ich zunächst die Erklärung abgeben, daß wir gerne diesen familienfördernden Maßnahmen, die uns heute als Antrag vorliegen, unsere Zustimmung geben werden. Wir freuen uns darüber, daß die Bediensteten dieses Hauses dadurch in den Genuß erheblicher oder beträchtlicher finanzieller Mittel kommen, insbesondere trifft dies für die Familienerhalter zu. Es ist fast überflüssig, darauf hinzuweisen, daß diese Mittel natürlich aus dem ordentlichen Budget der Stadt kommen. Wenn man allerdings die Aussendung der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten, die ungefähr vor 2 Monaten erfolgt ist, liest, und darin dem Herrn Bürgermeister Weiss, seinem Stellvertreter Schwarz und der Sozialistischen Fraktion der besondere Dank für die damals schon als gegeben angenommenen familienfördernden Maßnahmen zum Ausdruck bringt, können Uneingeweihte den Eindruck gewinnen, daß hier Mittel flüssig werden, die aus einer Kasse der Sozialistischen Fraktion kommen.

Ich freue mich aber trotzdem, daß nun heute dieser Antrag zur Beschlußfassung herankommt und diese Beamten in den Genuß dieser Mittel kommen. Es ist aber auch in diesem Zusammenhang angebracht, des Initiators oder des Urhebers dieser familienfördernden Maßnahmen zu gedenken. Wie wir aus dem Amtsbericht entnehmen, hat die OÖ. Landesregierung bereits am 8. 8. 1977 diese familienfördernden Maßnahmen für die OÖ. Landesbediensteten über Antrag unseres Landeshauptmann-Stellvertreters Possart beschlossen. Ich glaube, daß auch hier als Vorreiter für diese soziale Maßnahme dem Landeshauptmann-Stellvertreter Gerhard Possart ein Dank gebührt.

Wenn wir in einer der letzten Gemeinderatsitzungen oder in der letzten gehört haben, daß davor gewarnt wird, daß man dem Landeshauptmann-Stellvertreter Possart Beamte oder Angestellte, genaugenommen die Musikschullehrer der Stadt Steyr, nicht "in den Rachen werfen" soll, so ist damit mit diesen familienfördernden Maßnahmen, mit denen das Land vorausgegangen ist, das Gegenteil bewiesen.

Wir müssen zugestehen, daß hier das ein bedeutender sozialer Schritt der Landesregierung war, dem sich die Gemeinden sehr gerne anschließen.

Ich darf noch hinzufügen, daß Landeshauptmann-Stellvertreter Gerhard Possart als Vorreiter auch von den Bundesbediensteten gerne gesehen werden würde, weil ich mit Sicherheit sagen kann, daß die Bundesbediensteten bis zum Jahre 1999 oder bis zum Jahre 2000

nicht in den Genuß oder annähernd in den Genuß solcher familienfördernder Maßnahmen kommen werden. Es war also mit dem Ausdruck Landeshauptmann Possart etwas "in den Rachen zu werfen", um bei diesem Ausdruck zu bleiben, vielleicht eine leichte Übertreibung oder eine starke Übertreibung könnte man auch sagen, gegeben, weil wir in der Stadt Steyr genau wissen, daß vom Landeshauptmann-Stellvertreter Possart für diverse Sportstätten und diverse Sportvereine schon bedeutende Mittel zugeflossen sind. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Beitrag. Noch eine weitere Wortmeldung zu diesem Punkt? Nachdem schon ein Nachruf erfolgt ist, Kollege Schwarz.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Dazu möchte ich ganz kurz anführen, daß wir uns unabhängig der von Kollegen Radler angezogenen Bedeutung des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Possart entschlossen haben, diese Regelung frühzeitig einzuführen und damit vollkommen unabhängig vom Land diese Regelung getroffen haben. Im übrigen möchte ich feststellen, daß bezüglich der Zurverfügungstellung von Mitteln seitens des Landes, ich möchte mich nicht verbreitern, bei den Musikschulen die Mittel dort vorhanden sind, wo das Land etwas macht. Die Mittel müssen da sein, weil das Land bereit wäre, die Musikschule zu übernehmen. Es ist mir unverständlich, daß für die Gemeinden nur die Hälfte bereitsteht, obwohl das Land jederzeit bereit wäre, den Gesamtbetrag zu übernehmen, wenn es in die Hoheit des Landes übergeht. Es ist eine Diskrepanz, eine ungleiche Behandlung, die wir uns einfach, glaube ich, doch nicht bieten lassen können und wir werden auf diese Ungleichheit immer wieder hinweisen. Es ist nämlich nicht so wie in vielen anderen Bereichen, daß es heißt, in der Politik ist es nicht so, wer zahlt schafft an, sondern die Mittel kommen von uns allen. Ich möchte nur noch dazu sagen, in der Personalkommission hat die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Stellung genommen zum Vorwurf. Es fehlt ein einziges Wort in diesem Schreiben und das heißt, die Sozialistische Fraktion der Gemeindebediensteten. Das hat Kollege Radler ausdrücklich angeführt und es ist auf Grund der Zusammensetzung der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten aber hier ein Gleichklang ja vorhanden. Soweit die Aufklärung, die ich zu diesen Diskussionsbeiträgen machen wollte. Ich bitte Sie aber um die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Der Ordnung halber muß ich Sie doch bitten, die Hand zu erheben, wenn Sie zu diesen Maßnahmen zustimmen, die berichtet werden. Gibt es eine Gegenstimme? Wer ist dafür, sagen wir so? Gegenstimmen, Enthaltungen? Ich stelle die Einstimmigkeit des Beschlusses fest.

Ich danke und bitte um den nächsten Bericht.

Darf ich das für die beiden neuen Gemeinderäte noch zur Kenntnis bringen. Herr Gemeinderat Watzenböck war bereits schon einmal in diesem Gremium. Wir haben seit geraumer Zeit die Übung, daß die Sprecher auch bei Diskussionsbeiträgen zum Rednerpult kommen wegen der technischen Aufnahme des Beitrages über das Mikrofon zur Protokollaufnahme. Das bitte ich bei Ihren fallweisen Beiträgen beachten zu wollen.

Ich bitte jetzt um den Bericht.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ein weiterer Antrag des Stadtsenates liegt vor. Sie werden darin gebeten, zuzustimmen dem Abverkauf von Grundparzellen im Bereiche der Waldbrandsiedlung. Der Antrag lautet wie folgt:

6) Bau3-2827/75

Bau2- 790/77

Bau2- 890/77

Bau2-1153/77

Verkauf von Grundparzellen im Bereiche
der Waldbrandsiedlung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Verkauf nachstehend bezeichneter Grundparzellen an die genannten Käufer nach den durch Gemeinderatsbeschluß vom 17. 5. 1977 festgelegten Verkaufsbedingungen wird zugestimmt:

Bau2-790/77 Parzellierung West (chem. Ahamergründe) EZ 90 KG Jägerberg:

		<u>Parzelle</u>	<u>Ausmaß</u>
ÖAG-5871/76	Hain Georg, Steyr, Punzerstraße 2/2/7	948/11	731 m ²

Bau2-870/77 Parzellierung Süd (chem. Zdenekgründe) EZ 89 und 91, KG Jägerberg:

ÖAG-4840/77	Knoth Josef, Steyr, Klarstraße 6 a	872/6	708 m ²
ÖAG-3095/77	Hofer Rudolf, Winkling 11, Steyr-Gleink	872/14	584 m ²

Bau2-1153/77 Parzellierung Ost (chem. Zdenekgründe), EZ 62 KG Jägerberg:

ÖAG-3486/77	Kanellopulus Georg Ing. Georgenberg 199/25 a, 5431 Kuchl	854/23	897 m ²
ÖAG-4157/77	Kraus Franz, Steyr, Steinbrecherring 6/11/5	854/33	610 m ²

Ich bitte Sie, auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich frage Sie, ob jemand dazu das Wort wünscht? Ich stelle fest, das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag oder will jemand Enthaltung üben? Auch nicht, somit ist der Antrag einstimmig beschlossen. Danke. Ich bitte um den nächsten.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit dem Ankauf einer größeren Grundfläche aus der KG Stein. Die Landwirtin Maria Brunmayr hat einen sehr großen Teil der ihr gehörigen Liegenschaft der Stadt zum Kauf angeboten. Das gesamte Gebiet liegt an der Hasenrathstraße im Grenzgebiet der Stadt gegen die Gemeinde Wolfern, befindet sich aber noch in der Kat. Gem. Stein in Steyr. Das Gebiet ist im Flächenwidmungsplan derzeit noch als Grünland ausgewiesen. Die Flächen liegen in einem Bereich, der schon wegen der Umwelt, wie Aussicht, Waldnähe usw. nach entsprechender Aufschließung eine hohe Wohnqualität aufweisen wird. Zwar ist infolge des Fehlens von Aufschließungsmaßnahmen an eine Bebauung in größerem Umfang in nächster Zeit noch nicht zu denken, jedoch sind die angebotenen Grundstücke im Sinne einer langfristigen Stadterweiterung als wertvolle Baulandreserve anzusehen. Der entsprechende Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

7) ÖAG-2251/77

Ankauf eines Teiles der Liegenschaft EZ 42, KG Steyr,
von Frau Maria Brunmayr, Steyr, Hasenrathstraße 11.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Ankauf der Grundstücke 351/1, 351/2, 351/3, 352, 354/2, 355, 356/1, 358/4 und 357 der EZ 42, KG Stein, im Gesamtausmaß von 54.234 m² von Frau Maria Brunmayr, Steyr, Hasenrathstraße 11, zum Preise von S 110,-/m², demnach um S 5.965.740,- wird zugestimmt. Der Kaufpreis ist in der Weise zu entrichten, daß S 2.000.000,- innerhalb eines Monats nach Rechtskraft des Vertrages bar zu bezahlen und S 1.920.000,- in wertgesicherten monatlichen Raten von S 8.000,- zu entrichten sind. Der Restbetrag von S 2.045.740,- ist wertgesichert bei halbjährlicher Kündigungsfrist in Teilbeträgen von mindestens S 500.000,- durch die Verkäuferin abzubringen.

Die Kosten des Liegenschaftserwerbes trägt die Stadtgemeinde Steyr. Die Freigabe der

für den Liegenschaftsankauf, einschließlich Kosten und Gebühren im Rechnungsjahr 1978 anfallenden Beträge ist im kommenden Rechnungsjahr zu beantragen.

Ich bitte Sie um die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Entschuldigung. Der Bericht ist zur Kenntnis gebracht und auch der Antrag gestellt. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ich stelle fest, es wünscht niemand dazu zu sprechen. Im Abstimmungsvorgang zuerst die Frage, ob jemand dagegen ist oder Enthaltung übt? Beides nicht, somit einstimmiger Beschluß zu diesem Punkt. Ich bitte Sie um den nächsten.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ein Grundstückstausch der Gemeinde Steyr mit Alfred und Maria Santa liegt dem nächsten Antrag zugrunde. Es ist ein Antrag des Stadtsenates und lautet:

8) GHJ2-6140/74

Tausch des Grundstückes 590/14, KG Steyr (Alfred und Maria Santa) gegen städtische Grundflächen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Abschluß eines Tauschvertrages zwischen der Stadtgemeinde Steyr und den Ehegatten Alfred und Maria Santa, Steyr, Sierninger Straße 69, wonach diese der Stadtgemeinde Steyr die Grundparzelle 590/14 im Ausmaß von 186 m² gegen eine städtische, etwa 200 m² große Grundfläche, bestehend aus den Grundparzellen 903/2 Baufläche (Abbruchgebäude, Sierninger Straße 69 a) und einem Teil des Grundstückes 592/2, wird zugestimmt.

Die mit dem Tausch verbundenen Kosten und Gebühren trägt jeder Vertragsteil für die von ihm erworbenen Grundflächen. Im übrigen wird Wertgleichheit der beiden Tauschflächen angenommen.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch hiezu die Frage, ob jemand das Wort ergreifen will? Es ist das nicht der Fall. Zum Abstimmungsvorgang. Gibt es gegenteilige Auffassungen oder Enthaltungen? Ebenfalls nicht. Der Antrag ist ebenso einstimmig beschlossen. Ich danke für die Berichterstattung. Wir kommen zum nächsten Berichtersteller, das ist Kollege Fritsch.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen insgesamt 3 Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorzulegen. Der erste Antrag an Sie befaßt sich mit einer überplanmäßigen Ausgabe für die Datenverarbeitung und lautet:

9) GHJ1-92/77

Datenverarbeitung; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Aktenvermerkes der Magistratsdirektion vom 28. September 1977 wird für Zwecke der Datenverarbeitung (Mitbenützung des DV-Systems der Rechenzentrum Linz GesmbH und mittlere Datenverarbeitungsanlage in Steyr) eine überplanmäßige Ausgabe von

S 150.000,--

(Schilling einhundertfünfzigtausend)

bei VP 01-52 oH bewilligt. Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es dazu Einwendungen zu diesem Antrag? Nicht zu ersehen. Keine Enthaltung, somit ist der Antrag einstimmig beschlossen. Wir kommen zum nächsten Antrag.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Der zweite Antrag des Stadtsenates an Sie ist ein Grundsatzbeschuß und befaßt sich mit der Sanierung der Ufermauer bei der Schwimmschulbrücke; Grundsatzbeschuß. Er lautet:

10) Wa-3940/61

Sanierung der Ufermauer bei der
Schwimmschulbrücke; Grundsatzbeschuß.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Beteiligung der Stadtgemeinde Steyr an der Sanierung der Ufermauer im Bereiche der großen Fallenbrücke und der Schwimmschulbrücke mit einem Beitrag von 20 % der Gesamtbaukosten, das entspricht einem geschätzten Erfordernis von etwa S 140.000,-, wird zugestimmt. Die Freigabe dieses Betrages hat im kommenden Haushaltsjahr zu erfolgen. Der Magistrat wird ermächtigt, eine entsprechende Erklärung zur Sicherstellung des Interessentenbeitrages in der angeführten Höhe abzugeben.

Infolge Dringlichkeit wird gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch hier um positive Beschlußfassung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Eine Frage an Sie, ob Sie zu diesem Punkt zu sprechen wünschen? Wenn das nicht der Fall ist, darf ich hier zur Aufklärung einen Brief zur Kenntnis bringen, der uns von den Ennskraftwerken zugegangen ist und es, glaube ich, doch gerade im Gemeinderat wichtig ist, den Inhalt zu kennen. Der Brief lautet:

"2. 11. d. J., betrifft Hochwasserverband Kraftwerk Klaus. Wir nehmen Bezug auf die Besprechung vom 20. 10. in obiger Angelegenheit und erlauben uns, das an Sie gerichtete Schreiben vom 8. 9. 1977 auf Grund der zwischenzeitlichen Entwicklung wie folgt zu ergänzen. Wir haben nämlich diesbezüglich einige Gespräche geführt. Wir haben dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft über den Verlauf dieses Hochwassers und die dabei von unserem Unternehmen durchgeführten Maßnahmen zu dessen Abschwächung ausführlich berichtet. Wir haben unsere Maßnahmen an Hand dieses Berichtes überprüft und feststellen können, daß unter Berücksichtigung der außergewöhnlichen Situation dieses Hochwassers wir die zweckmäßigsten Maßnahmen getroffen haben. Das Bundesministerium wird zusammen mit uns und der technischen Hochschule Wien, von welcher die bisherigen Prognosen und die darauf abgestimmten Maßnahmen festgelegt wurden, entscheiden, ob und welche Maßnahmen in Hinkunft notwendig sind, um auch die Abfuhr eines solchen außergewöhnlichen Hochwassers, wie das vom August dieses Jahres, noch verbessern zu können.

Wir rechnen damit, daß uns diese Maßnahmen weitere erhebliche Kosten verursachen werden, die wir jedoch im Interesse eines optimalen Hochwasserschutzes zu tragen bereit sind.

Wir gestatten uns nochmals darauf hinzuweisen, daß wir sowohl beim letzten Hochwasser durch Kappung der Hochwasserspitze und zeitliche Verlagerung der Hochwassermenge als auch bereits 2 Jahre vorher während der Bauzeit durch Auffangen eines Hochwassers eine entsprechende Entlastung auch für die Stadtgemeinde Steyr gebracht haben. Dies wurde uns durch ein Dankschreiben der Firma Hack zum Ausdruck gebracht.

Unterfertigt Ennskraftwerke AG und die Direktoren dazu."

Ich bitte, das zur Kenntnisnahme vorgelegt zu haben, damit ersichtlich ist, daß die Stadt Steyr in dieser Frage initiativ wurde, nachdem das überraschende Hochwasser im August gekommen ist.

Es hat sich keine Wortmeldung zum Antrag des Kollegen Fritsch ergeben. Wir kommen zur Abstimmung. Erhebt sich ein Einspruch gegen die Beschlußfassung oder eine Enthaltung?

Es ist beides nicht der Fall. Auch hier ein einstimmiger Beschluß.
Ich bitte um den nächsten Antrag.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Der dritte Antrag beinhaltet den Ausbau und die Instandsetzung der Feuerwehrgarage, Industriestraße 1 und lautet folgendermaßen:

11) GHJ2-4703/77

Ausbau und Instandsetzung der Feuerwehrgarage Industriestraße 1.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtberichts der Mag. Abt. VI vom 5. 10. 1977 wird dem Ausbau und der Instandsetzung der Feuerwehrgarage Industriestraße 1 mit einem Gesamtaufwand von

S 245.000,--

(Schilling zweihundertfünfundvierzigtausend)

zugestimmt.

Zu diesem Zwecke wird der genannte Betrag bei SN 2-34 freigegeben.

Die Aufträge sind wie folgt zu vergeben:

1. Baumeisterarbeiten:
Firma Drössler zum Anbotpreis von S 80.267,--
2. Elektroinstallationsarbeiten:
Firma Elektrobau AG zum Anbotpreis von S 41.736,--
3. Wasserinstallationsarbeiten:
Firma Schützner zum Anbotpreis von S 9.670,--
4. Maler- und Anstreicherarbeiten:
Firma Seywaltner zum Anbotpreis von S 12.175,--
5. Anfertigung und Montage von Garagentoren:
Firma Riesner zum Anbotpreis von S 51.320,--
6. Kabelkasten und Anschlußleitung:
OKA zum Preise von ca. S 15.000,--
7. Entfernung der alten Elektroinstallation:
Firma Drössler zum Preise von S 10.000,--
8. Glaserarbeiten:
Firma Hayek zum Anbotpreis von S 3.000,--

Gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Es handelt sich auch hier um einen Dringlichkeitsantrag und ich bitte Sie, auch im nachhinein Ihre Zustimmung nicht zu versagen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Kollege Kienesberger zu diesem Antrag. Darf ich eine weitere Wortmeldung registrieren? Das ist nicht der Fall.

GEMEINDERAT WALTER KIENESBERGER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Anschließend an die Ausführungen des Herrn Kollegen Bürgermeister-Stellvertreter Fritsch zu seinem letzten Punkt Ausbau und Instandsetzung der Feuerwehrgarage Industriestraße 1 erlaube ich mir, dazu einige Worte zu sprechen. Eines bin ich mir sicher, daß mein Beitrag keinen Konfliktstoff liefern wird, denn für solche Einrichtungen, wie gerade die Freiwillige Feuerwehr eine ist, die allen unseren Bürgern dient und Schutz bietet, wird jeder dazu positiv stehen. Nun zur Sache.

Für unsere Stadt ist es sehr wichtig, für alle Katastrophenfälle ein geeignetes Hilfsmittel zur Verfügung zu haben. Unsere Stadtfeuerwehr, die ja freiwillig ist und als verpflichteter Katastrophenhilfsdienst gilt, muß daher stets auf das Beste ausgerüstet sein. Es ist dies im Bereich der Wasserwehr und der normalen Brandbekämpfung bereits ge-

schehen. Ein neues Rüstfahrzeug mit einem großen Kostenaufwand, angeblich S 4 Mill., soll gekauft werden, um bei Hochwässern die nötigen Bergungsarbeiten unverzüglich vornehmen zu können. Ein Kranfahrzeug wird nunmehr vom Landesfeuerwehrkommando zur Verfügung gestellt, das bei Katastrophenfällen nicht nur bei uns in Steyr, sondern im gesamten sogenannten Feuerwehrabschnitt, eingesetzt werden kann. Mit seiner großen Hebekraft ist es imstande, auch bei schwersten Unfällen, bei Einstürzen oder dergleichen, rasche Hilfe zu bringen. Unerwähnt soll aber nicht bleiben, daß unsere Stadt Steyr die erste ist, die ein solches Stützpunktfahrzeug vom Landesfeuerwehrkommando erhält. Ganz besonders muß aber hervorgehoben werden, daß der Aufbau auf einem Steyrer Lkw-Fahrgestell vorgenommen wird. Genauso wie der Hubsteiger wird dieses Kranfahrzeug vielleicht einen Prototyp darstellen, der unserer heimischen Automobilindustrie Neuaufträge sichert. Es muß daher dem Landesfeuerwehrkommando für diese für unsere Stadt Steyr so wichtige Entscheidung gedankt werden. Selbstverständlich rechtfertigt sich auch dadurch der Ausbau der Feuerwehrgarage in der Industriestraße 1.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Beitrag. Die Frage vorher hat kein Ergebnis gezeitigt. Ich habe keine Vormerkung mehr zu einer Diskussion vorliegen. Wir kommen daher zur Abstimmung zum gestellten Antrag. Gibt es dagegen eine Meinungsäußerung oder eine Enthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig zur Kenntnis genommen und beschlossen. Ich danke Kollegen Fritsch.

Wir kommen zum nächsten Berichterstatter Kollegen Fürst.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Herr Bürgermeister, sehr geschätzte Mitglieder des Gemeinderates!

Mein erster Punkt, den ich zu referieren habe, ist der Rechnungsabschluß aus dem Jahre 1976. Gestatten Sie mir, bevor ich den lakonisch kurzen Antrag zur Kenntnis bringe, über diesen Rechnungsabschluß ein paar Worte zu verlieren.

Der Rechnungsabschluß für das Haushaltsjahr 1976 stellt sich in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen dar. Der finanzielle Rahmen umfaßt brutto S 384,568.077,-. Dieser Betrag stellt die Gesamtheit der Beschlüsse dieses Gremiums des Gemeinderates, in dem wir uns befinden, dar. Der Rechnungsabschluß ist aber nicht nur die exakte Darstellung dieser Beschlüsse in Zahlen, sondern auch eine Orientierungshilfe für Überlegungen für die Zukunft und stellt die letzte Veröffentlichung der Vermögensrechnung der Stadt dar. Das Reinvermögen der Stadt betrug am Ende des Jahres 1976 S 434,605.483,-, gegenüber 413,754.022,- Anfang des Jahres. Es ergab sich also 1976 eine Reinvermögensvermehrung von rund S 20 Mill. Die erfreulichste Entwicklung, welche aus diesem Zahlenberg abzulesen ist, ist aber die Steigerung der Reineinnahmen gegenüber den Vorjahren um S 33,5 Mill., wovon die eigenen Steuern allein um S 24,6 Mill. mehr erbrachten. Hier sei besonders auf die Gewerbesteuer verwiesen, welche eine Steigerung um 8,6 auf S 31,255.000,- erfuhr, nachdem diese 1975 um rund S 2,5 Mill. unter den Ergebnissen von 1974 rangierte. Unter diesem Aspekt ist auch die geringe Darlehensaufnahme von nur 1,2 Mill. zu sehen. Man darf auch einmal positiv einen Rückgang von Einnahmen vermerken, und zwar wenn es sich darum dreht, daß aus dem Titel der Verwaltungsstrafen die Einnahmen um S 95.000 in diesem Jahr geringer gewesen sind. Auf der Ausgabenseite verdient die Entwicklung Beachtung, daß der laufende Aufwand um 4,1 % mehr, und zwar 70 %, beansprucht hat, sodaß auf Investitionen und vermögenswirksame Ausgaben nur 30 % des Haushaltes entfielen. Dies findet in der Summe von S 94,4 Mill. gegenüber 105,3 im Jahre 1975 für die genannten Zwecke seinen Niederschlag.

Der Personalaufwand, ein wesentlicher großer Posten mit S 116,1 Mill., ist gegenüber dem Vorjahr um 12,6 % gestiegen und beansprucht anteilmäßig 7,1 % der Reineinnahmen, darf aber von der Zahl der Bediensteten her als konstant betrachtet werden. Die Investitionen im Hoch- und Tiefbau sind mit S 59,9 Mill. leicht erhöht gegenüber 1975 mit S 59,4 Mill.

Die Investitionsförderung stand mit 9,2 Mill. zu Buche, Liegenschaften wurden um 8,4 Mill. erworben, die Darlehenstilgung betrug S 2,1 Mill. Aus dem oH konnten 20,1 % der Mittel dem aoH zugeführt werden gegenüber 1975 mit nur 19,4 %. Der aoH erforderte S 77,608.000,-. Im Voranschlag waren präliminiert S 102,500.000,-, das entspricht

einem Wert von 76 % der Realisierung gegenüber dem Voranschlag und ich glaube, meine Damen und Herren, das ist bestimmt kein schlechter Wert. Nachdem ich nun ganz kurz auf die wesentlichsten Faktoren dieses Rechnungsabschlusses hingewiesen habe, darf ich nun den Antrag an Sie zur Verlesung bringen, der lautet:

12) Buch-6500/76

Genehmigung des Rechnungsabschlusses der Stadt
Steyr für das Jahr 1976. (BEILAGE A)

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Rechnungsabschluß der Stadt Steyr für das Jahr 1976 wird genehmigt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag und den Inhalt des Berichtes gehört. Dazu eine Wortmeldung von Herrn Dr. Stellberger, anschließend Gemeinderat Fuchs und dann Bürgermeister-Stellvertreter Schwarz und Gemeinderat Treml. Bitte in dieser Reihenfolge werden wir die Wortmeldungen durchziehen.

GEMEINDERAT DR. ALOIS STELLBERGER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Gemeinderat!

Ich darf gleich vorausschicken eingangs, daß meine Fraktion diesem Rechnungsabschluß 1976 die Zustimmung erteilen wird, wodurch natürlich die Beschlüsse, die wir in der betroffenen Periode nicht gutgeheißen haben, nicht nachträglich gebilligt werden.

Im gegenständlichen Rechnungsabschluß sind Vorgänge, Maßnahmen und Zahlen enthalten, die mindestens 1 oder 2 Jahre zurückliegen und wenn man weiters bedenkt, daß darüber doch schon mancher Anlaß vorhanden war, eingehend zu diskutieren und wenn man weiters bedenkt, daß in den nächsten Sitzungen der Nachtragsvoranschlag 1977 und der Haushaltsplan für das Jahr 1978 viel aktuellere Anlässe sind, über diese Themen zu diskutieren, so scheint mir eine detaillierte Durchforstung der einzelnen Posten nicht mehr attraktiv zu sein und ich möchte ebenfalls meinen Blick nur ganz kurz auf die allgemeine Einnahmenentwicklung richten, wie es zum Teil schon geschehen ist durch den Referenten. Auch ich glaube, daß der erfreulichste Moment aus dem ganzen Bericht die Einnahmenentwicklung 1976 war, hier im besonderen aber das Ansteigen der eigenen Steuern, das immerhin ungefähr 30 % betragen hat gegenüber nur 4 % im Jahre 1975. Es sind zwar außer der Gewerbesteuer auch noch die Grundsteuer B, die Lohnsummensteuer und die Getränkesteuer angestiegen, doch sind diese 3 Steuern im wesentlichen auf künstliche Maßnahmen oder steuerliche Maßnahmen zurückzuführen, weil sie entweder durch den Kaufkraftschwund erhöht werden oder wie bei der Grundsteuer B, die überhaupt auf einer Neufestsetzung eines Einheitswertes beruht, wodurch natürlich das Steueraufkommen erhöht wird. Zum Unterschied davon kann man aus dem Ansteigen der Gewerbesteuer eine echte Vergrößerung einer Steuerquelle schließen, weil der Anstieg nicht nur 2 - 3 % war, sondern wesentlich höher, wie wir schon gehört haben und S 9 Mill. mehr gebracht hat als im Vorjahr. Man konnte in den letzten 5 Jahren beinahe schon zur Auffassung gelangen, daß dieses Steuereinkommen schön langsam versiegen wird, weil ständig ein Rückgang zu verzeichnen war, umso mehr Genugtuung bereitet es nunmehr, daß mit der Gewerbesteuer 1976 beinahe der Höchststand aus dem Jahre 1972 wiederum erreicht wird und nur mehr um ca. S 1 Mill. dieses Einkommen darunter gelegen ist. Auf Grund des Budgetentwurfes ist auch anzunehmen, daß zumindest in den nächsten Jahren 1977 und 1978 kein Rückgang dieser Steuern zu erwarten ist. Die eigenen Mittel sind 1976 beinahe schon so hoch wie die Abgabenertragsanteile. Diese stellen zwar immer den größten Brocken von den Fremdeinnahmen dar, sie sind aber doch relativ mäßig gestiegen im Jahre 1976, wenn man wiederum die Inflationsrate abzieht. Noch eine Tatsache scheint mir bemerkenswert zu sein, und zwar daß die Zufuhr der Mittel aus dem oH an den aoH trotz dem naturgemäßen Ansteigen des Schuldendienstes nach wie vor im Anwachsen begriffen war und 1976 einen Großteil des aoH deckte. Diese Tatsache zeigt aber auch, daß rein finanztechnisch oder finanzmäßig noch eine Forcierung der in Angriff genommenen Investitionen möglich oder vielleicht sogar zweckmäßig gewesen wäre, je nach Dringlichkeit der einzelnen Investitionen. Ich will, wie gesagt, in die Einzelheiten nicht mehr weiter eingehen, ich habe vielleicht noch später Gelegenheit dazu.

Danke schön.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Beitrag. Als Nächster hat sich gemeldet Gemeinderat Fuchs.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Gestatten Sie, daß ich namens der Freiheitlichen Fraktion auch zu einigen Punkten des Rechnungsabschlusses 1976 Stellung beziehe. Der Rechnungsabschluß 1976 weist beim oH gegenüber dem Voranschlag 1976 eine ziemlich genaue Übereinstimmung auf. Die Abweichung beträgt diesmal nur 3,3 % und ist somit die geringste seit ich derartige Rechnungsabschlüsse verfolgen konnte. Der aoH weicht jedoch gegenüber dem Voranschlag um 15,6 % ab. Insgesamt jedoch ist festzustellen, daß man der Budgetwahrheit zufriedenstellend nahegekommen ist. Immerhin sind von 67 verschiedenen Einzelvorhaben des aoH laut Rechnungsabschluß 61 Vorhaben verwirklicht worden. Das außerordentliche Kultur-etat wurde jedoch leider um 50 % unterschritten. Die S 300.000,- für Maßnahmen zur Tausendjahrfeier blieben 1976 so gut wie unberührt. Die Einnahmenseite des aoH weist nach, daß wir durch erhöhte Zuführung aus dem oH weder die mit S 12 Mill. präliminierten Zuführungen bzw. Entnahme aus Rücklage voll in Anspruch nehmen mußten und auch die mit S 20 Mill. veranschlagte Darlehenssumme nicht benötigten. Das wurde bereits von Herrn Finanzstadtrat festgestellt. Das sind wie gesagt die positiven Aspekte der Gebarung und des Rechnungsabschlusses 1976.

Nun auch einige kritische Beleuchtungen. Laut Rechnungsabschlüsse der Vorjahre sind die Investitionen und vermögenswirksamen Ausgaben vor allem gegenüber 1975 aber auch 1974 und 1973 anteilmäßig als auch in Summe leider zurückgegangen. Die Schere zwischen dem laufenden Aufwand und den Investitionen und vermögenswirksamen Ausgaben beträgt nun, wie festgestellt wird, 70 zu 30 %. In den Vorjahren betrug dieses Verhältnis 65 zu 35 %. Das heißt, um es in Summe zu nennen, nur S 94,5 Mill. wurden 1976 für Investitionsmaßnahmen aufgewendet gegenüber 105 im Jahre 1975. Bedenkt man, daß es zwischen 1973 und 1976 einen Kaufkraftschwund bzw. einen Preisanstieg von insgesamt mindestens 24 % zu registrieren gab, so erhärtet sich die Aussage, daß im Jahre 1976 doch zu wenig investitionsfördernde und investitionswirksame Maßnahmen gesetzt wurden. Fest steht aber laut Nachweis dieses Rechnungsabschlusses 1976 auf der anderen Seite, nämlich auf der Seite des laufenden Aufwandes, daß dieser sehr wohl mit der Inflationsrate von 24 % Schritt gehalten hat. Beispiele dafür, 1973 standen 158 Mill. für den laufenden Aufwand zu Buche und 1976 bereits 218 Mill. Sohin ist der laufende Aufwand in diesen 4 Jahren um 38,5 % gestiegen. Die Investitionen und vermögenswirksamen Ausgaben hingegen sind im gleichen Zeitraum jedoch nur um 13 % erhöht worden. Ich stelle daher die Frage in den Raum, ob diese Relation von gestiegenen Ausgaben für den laufenden Aufwand, der um 38,5 % ausgeweitet wurde, zu den weit weniger gestiegenen Ausgaben für investitionsfördernde Maßnahmen um nur 13 % einen gesunden wirtschaftlichen Ausblick enthalten.

Vom Jahre 1975 wollen wir erst gar nicht reden, weil, wie schon angeführt, die Summe für die Investitionen und vermögenswirksamen Ausgaben mit S 105 Mill. weit über der Summe von 1976 mit nur S 94 Mill. liegt. Eine Ursache dieses Auseinanderklaffens von Ausgaben für den laufenden Aufwand zu den Investitionsausgaben sind sicherlich die Personalkosten, die für 1973 auf 1976 von S 79 Mill. auf S 116 Mill. angestiegen sind. Das ist ein Anstieg von fast 47 % in nur 4 Jahren. Die Summe S 116 Mill. für Personalkosten im Jahre 1976 beträgt – auch das wurde bereits vom Finanzstadtrat erwähnt – gemessen an den gesamten Reinausgaben 37,1 % und ist damit der höchste in Rechnungsabschlüssen ausgewiesene Posten seit dem Jahre 1973, seit wir die Dinge verfolgt haben.

Ich will damit nichts, um nicht mißverstanden zu werden, gegen die Gehaltsempfänger, das heißt gegen Beamte und Bedienstete dieses Hauses sagen, sondern nur ganz nüchtern diese ablesbare Feststellung aus dem Rechnungsabschluß 1976 treffen. Vielmehr möchten wir uns dafür verwenden, daß die Stadt bezüglich investitionsfördernder Maßnahmen sich nicht weiter einbremst, sondern mehr Maßnahmen in Zukunft setzt, damit das vorhin erwähnte alte Verhältnis von 65 % zu 35 % zwischen Ausgaben für den laufenden Aufwand und Ausgaben für investitionsfördernde Maßnahmen wieder hergestellt wird. Das Verhältnis im Jahre 1976 zwischen diesen gleichen Ausgabenposten von 70 zu 30 % ist sicherlich kein Beweis für gestiegene Investitionsmaßnahmen. Das dokumentiert letztlich auch die niedrige Summe für Darlehensaufnahmen im Jahre 1976.

Zur Deckung der Gebarung bzw. zur Finanzierung des aoH brauchte man 1976, auch das wurde bereits erwähnt und jeder kann das ablesen, nur S 1,2 Mill. aufnehmen gegenüber Beträgen, die in den Vorjahren zumindest rückblickend bis 1973 stets über S 24 Mill. lagen. Diese Gegenüberstellung hat aber sicherlich auch den positiven Aspekt und das möchten wir sicherlich auch nicht unerwähnt lassen, daß die Steuereinnahmen im Jahre 1976 einen Anstieg erfuhren, wie noch nie zuvor und deshalb keine hohen Darlehen aufgenommen werden brauchten. Daß höhere Steuern nicht unbedingt eine Auszeichnung sind, wissen wir alle. Daß deswegen der aoH 1976 und die Investitionen gegenüber dem Vorjahr 1975 gekürzt werden müssen, ist uns zumindest nicht ganz verständlich. Scheinbar nur des Ruhms wegen, diesmal keine hohen Darlehenssummen aufnehmen zu müssen. Dieser Ruhm ist unserer Ansicht nach keine besondere Tat, die zu loben ist, zumal, wie schon erwähnt, die investitionsfördernden Maßnahmen dabei gesunken sind. Lobenswert hingegen ist die Tatsache, daß aus Überschüssen des oH für 1976 mit S 52,5 Mill. eine noch nie so hohe Summe dem aoH zugeführt werden konnte. Immerhin wurde durch diese Zuführung aus Mitteln des oH zum aoH im Jahre 1976 der aoH zu 67,6 % aus Mitteln des oH finanziert. Hier haben wir Vergleichsergebnisse aus 1975, 1974 und 1973 und die kommen bei weitem nicht an diesen Prozentsatz der Zuführung heran. Aus diesen Ziffern ist einerseits erkennbar, daß die Einnahmen des oH beim Voranschlag 1976 vielleicht zu niedrig angesetzt wurden, andererseits sind mehr eigene Steuern als erwartet worden sind, eingeflossen. Diese Tatsache ist jedoch kein Verdienst eines wirtschaftlichen Erstarkens der Stadt, sondern die höheren Steuereinnahmen sind und das wurde auch bereits vom Vorredner betont, ein Schröpfprodukt gegenüber den Bürgern dieser Stadt, allerdings nicht nur durch Maßnahmen der Gemeinde, sondern durch Bundesmaßnahmen, wenn man einige Steuern betrachtet.

Vielleicht aber ist der Anstieg der eigenen Steuern von 1978 auf fast S 105 Mill. doch auch ein Zeichen einer geringen erfreulichen Verbesserung der Wirtschaftskraft der Stadt Steyr. Sie können ja selbst erkennen, daß das Steueraufkommen bei sämtlichen einzelnen Gemeindesteuern angestiegen ist, besonders bei der Grundsteuer B, durch allerdings eine rückwirkende Anhebung des Hebesatzes. Aber auch der Anstieg der Gewerbesteuer beträgt fast S 9 Mill. und ist nun auf S 31 Mill. gestiegen. Auch das ist eine erfreuliche Tatsache.

Abschließend möchte ich namens der Freiheitlichen Fraktion feststellen, daß wir auf Grund unserer Zustimmungen zu den wesentlichsten Budgetteilen des Vorjahres selbstverständlich dem Rechnungsabschluß 1976, vorbehaltlich jener Tarifierhöhungsmaßnahmen und Subventionserteilungen, die wir nicht mitgemacht haben, auch diesmal die Zustimmung geben werden.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Beitrag des Herrn Gemeinderates Fuchs. Als Nächster ist am Wort Herr Kollege Schwarz.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte mich nicht auf Zahlenspielerien einlassen, sondern etwas Grundsätzliches über diesen Rechnungsabschluß namens der Sozialistischen Fraktion aussagen.

Es sei mir eingangs gestattet, ganz kurz noch auf eine Äußerung des Kollegen Fuchs zu antworten, auf die gestiegenen Personalkosten. Dazu darf ich anführen, daß ich mir kürzlich eine Aufstellung geben habe lassen über die personelle Entwicklung. Wir werden sicher im Rahmen der Budgetdebatte noch ausführlich darauf zu sprechen kommen. Ich darf sagen, daß im Vergleich zu den anderen Städten Steyr einen Personalstand hat, der beispielgebend niedrig ist. Ich möchte auch noch dazu sagen, daß die Struktur des Personalstandes sich auf Grund der Aufgabenstellung zwangsläufig verändern muß und diese Veränderung nicht zuletzt auf Grund unserer aller Wünsche über zusätzliche Dienstleistungen, die die Gemeinde zu erbringen hat, entsteht. Es hat sich in den letzten 10 Jahren der Anteil der im Verwaltungsdienst Tätigen von 35 auf 30 % verringert, obwohl die Aufgabenstellung des Verwaltungsdienstes nicht geringer geworden ist. Es ist das große Gebiet der Bezirksverwaltung, der Staatsbürgerschaftsangelegenheiten, um nur ein Beispiel zu nennen, dazugekommen. Ich darf sagen, daß auf der anderen Seite sich die

Bediensteten des Altersheimes und für die Altenbetreuung von 10 % am Gesamtstand der Beschäftigten auf 20 % erhöht haben. Das ist eine natürliche Gegebenheit, weil durch die Ausweitung unseres Altenheimes selbstverständlich ein zusätzliches Personal notwendig ist. Die vielen tausend m² Grünflächen, die dazugekommen sind, die von der Gärtnerei zu betreuen sind, haben natürlich eine Erhöhung des Personalstandes in der Gärtnerei zur Folge oder die Ausweitung der Müllabfuhr usw. Das sind doch lauter Leistungen, die man nicht einfach damit abtun kann, daß man sagt, die Personalkosten sind gestiegen. Das sind doch Forderungen, die wir alle und unsere Bevölkerung an uns stellen und die wir gezwungen sind, auch durchzuführen. Jeder von Ihnen würde mit Recht sagen, diese Leistung darf nicht eingeschränkt werden und diese auch nicht.

Nur das ganz kurz zu diesen Äußerungen. Ich glaube, daß wir noch bei passender Gelegenheit die Möglichkeit haben, darüber zu reden.

Nun aber zum Rechnungsabschluß. Dazu darf ich sagen, daß die Aussagen über die wirtschaftliche Entwicklung sicher dahingehend übereinstimmen, daß uns überregional gesehen keine besonders rosigen Zeiten ins Haus stehen. Wenn wir heute in der Lage sind, einem Rechnungsabschluß zuzustimmen, der eine gesunde finanzielle Basis für das Jahr 1977, aber auch bereits für 1978 hinterläßt, so ist das für uns alle, für jedes einzelne Mitglied des Gemeinderates, sehr beruhigend. Ein ausgeglichenes ordentliches Budget mit einem Überschuß für den aoH, ein Umstand, der sich auch für 1978 im Budget bereits abzeichnet, gibt uns allen Anlaß zur Genugtuung. Viele österreichische Städte beneiden uns um diese finanzielle Ausgangsposition für die kommenden Jahre.

Nur durch diese Entwicklung, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ist es möglich, der Wirtschaft in Steyr die für eine gute Beschäftigungslage erforderlichen Voraussetzungen und Aufträge zu erteilen. Es gilt für viele infrastrukturelle Entwicklungen genauso wie für den Wohnungsbau im besonderen. Erst der Rechnungsabschluß 1976 schafft die Voraussetzung für die Fortsetzung unseres Straßenbauprogrammes, für die Fortführung der Kanalbauten, für die Umbauten an den verschiedenen städtischen Objekten, wie Volksskino, altes Stadttheater, Hallenbad mit Sauna, den Veranstaltungssaal Münichholz. Hier darf ich sagen, daß viele dieser sehr investitionsträchtigen Bauten zum Teil mit Mehrheitsbeschlüssen gefaßt werden mußten. Auch für den Neubau der Brücken, den darf ich als Beispiel anführen, um nur einige Baustellen zu zitieren, die sehr wesentlich zur Beschäftigungssituation, zur guten Beschäftigungssituation in Steyr dienen.

Die Vergabepolitik der Gemeinde, vorwiegend Steyrer Firmen mit der Durchführung der Arbeiten zu betrauen, gibt über eine Verbesserung der Beschäftigungslage hinaus auch Gewähr, daß diese großen Beträge, die die Stadt zur Verfügung stellt, wiederum allen Steyrern zugute kommen. Die Stadt Steyr gibt aber auch Impulse für Investitionen von privater Seite, so durch die Zurverfügungstellung von Gewerbegründen, die Errichtung von Einkaufszentren und dergleichen.

Die Entwicklung, meine Damen und Herren, der Stadt Steyr zur Einkaufsstadt des Enns- und Steyrtales wird sich nicht aufhalten lassen, auch wenn durch die Uneinsichtigkeit oder vielleicht besser durch die Kurzsichtigkeit einer Gemeinderatsfraktion noch immer Schwierigkeiten bei der Ansiedlung eines Dienstleistungsbetriebes, der 160 weiblichen Arbeitskräften Arbeitsplatz geboten hätte, vorhanden ist.

Wir haben alle – und viele von Ihnen waren ja dabei – in den letzten Wochen und Tagen Geschäftseröffnungen beiwohnen dürfen, die hier eine sehr deutliche positive Entwicklung erkennen lassen. Die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur ist für uns, für die Soz. Fraktion, kein politisches Schlagwort, welches nach Zweckmäßigkeit angewendet wird oder eben nicht angewendet wird. Wir werden die notwendigen Voraussetzungen nach der Raumordnung und dem Flächenwidmungsplan schaffen. Strukturverbesserungen können nicht von heute auf morgen erreicht werden, sondern bedürfen jahrzehntelanger Bemühungen und in manchen Städten sind solche Bemühungen bereits von Erfolg gekrönt. Das Ergebnis ist für uns nicht uninteressant. Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie ist in Steyr um die Hälfte größer als in Wels, im Gewerbe allerdings um die Hälfte niedriger, desgleichen im Handel. Auch hier liegen wir weit im Hintertreffen gegenüber der Stadt Wels. Dabei ist der Gesamtstand der Beschäftigten gar nicht so unterschiedlich. Während er in Wels 20.909 beträgt, macht er in Steyr 18.607 aus. Ein Vergleich bei der Zahl der Betriebe ergibt ein ähnliches Bild. Daraus aber ist klar ersichtlich, daß die Chancen unserer Entwicklung nur auf dem Sektor des Dienstleistungsgewerbes und hier dies auch bei

verschiedenen Untersuchungen z. B. durch Herrn Dipl. Ing. Offterdinger festgestellt wurde. Es wurde darüber eine breite Publikation veröffentlicht. Außerdem, meine Damen und Herren, darf ich hier noch eines anführen. Die Produktionsberufe werden auf Sicht gesehen kaum mehr vermehrbar sein. Die technische Entwicklung in allen Bereichen setzt hier zwangsläufig Schranken; die zweifellos nicht mehr übersprungen werden können. Es wird hier zweifellos das Ausweichen auf Dienstleistungs-, Handels- und Gewerbebetriebe notwendig sein.

Hier darf ich vielleicht noch eine Legende oder Sage kurz anführen. Es ist nicht unbekannt, daß die Fuhrwerksunternehmer im letzten Jahrhundert, es wird gesagt, daß sie allein den Bau der Westbahn über Steyr verhindert haben. Es waren sicherlich auch noch andere Gründe dafür maßgebend. Sicher ist aber, meine Damen und Herren, daß sich damals diese Fuhrleute sehr gefreut haben darüber, daß ihnen das große Glück widerfahren ist, daß die Konkurrenzbahn über Steyr nicht geführt wurde. Heute müssen wir feststellen, daß damals das eine sehr kurzsichtige Entscheidung war und wir alle leiden derzeit noch unter diesem Umstand und wissen, wie schwierig es ist, daß wir gerade den verkehrsmäßigen Anschluß an die Hauptverkehrsadern finden können. Es war also nur eine sehr kurze Freude und der blühende Wirtschaftszweig der Fuhrwerksunternehmer hat sich ja mehr oder weniger aufgelöst. In Steyr ist nicht mehr viel davon übrig.

Ich glaube, daß uns gerade diese Entscheidung damals und die Kenntnisse darüber doch wachsam machen sollten und daß uns nicht aus Kurzsichtigkeit und Überlegungen, die nur dem Augenblick dienen, daß wir Entscheidungen treffen, die nicht nur uns, sondern auch unseren Nachfahren in Zukunft sehr schaden.

Ich richte daher an den Gemeinderat der Stadt Steyr den Appell, die Entwicklung zur Einkaufsstadt nicht durch solche Kurzsichtigkeit auf längere Sicht zu blockieren. Versäumnisse, die wir heute in dieser Richtung begehen, werden andere ausnützen und wir würden dadurch zu kurz kommen. Der kurz bevorstehende Beschluß über den neuen Flächenwidmungsplan wird den Steyrern erweisen, ob der Steyrer Gemeinderat in der Lage ist, für die Zukunft zu planen oder lediglich opportune Augenblicksentscheidungen zu treffen.

Meine Damen und Herren, ich möchte damit abschließen, daß ich allen Beamten, die an der Erstellung des Rechnungsabschlusses und darüberhinaus überhaupt am Zustandekommen dieses Rechnungswerkes, nicht nur als Rechnungswerk, sondern in seiner Gesamtheit beteiligt waren, namens der Sozialistischen Fraktion den herzlichsten Dank zum Ausdruck bringen. Ich darf noch bekräftigen, daß die Sozialistische Fraktion selbstverständlich ihre Zustimmung gibt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke für diesen Beitrag. Als nächster Diskussionsredner ist Kollege Tremml vorgemerkt. Ich frage, ob noch jemand zu sprechen wünscht? Herr Gemeinderat Fuchs zum zweiten Mal.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Meine Vorredner haben sich teilweise sehr ausführlich mit dem Rechnungsabschluß 1976 beschäftigt. Manche sind darüberhinaus gegangen über das Rechnungsjahr 1976.

Ich werde mich bemühen, doch mehr auf das Jahr 1976 einzugehen und der Berichterstatter Finanzstadtrat Fürst hat hingewiesen, daß der Rechnungsabschluß, die in diesem Rechnungsabschluß 1976 beinhalteten Zahlen, eigentlich die Beschlüsse dieses Gremiums des Gemeinderates beinhaltet. Hier möchte ich gleich an die Spitze stellen, daß es bei all den großen Problemen, die auf unsere Stadt zugekommen sind und waren, es eine weitgehend einheitliche Auffassung aller im Gemeinderat vertretenen Fraktionen war. Auch im großen und ganzen kann man sagen, daß die Beschlüsse einstimmig in diese Richtung gefaßt wurden. Ich möchte auch gleich vorausschicken, daß die Kommunistische Partei dem Rechnungsabschluß 1976, dem Ziffern- und Zahlenwerk, die Zustimmung geben wird. Das bedeutet auf keinen Fall nachträglich die Zustimmung zu jenen Posten und Beiträgen, die die Kommunistische Partei im Laufe des Jahres 1976 kritisiert und abgelehnt hat.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Auf Grund der allgemeinen ökonomischen

Krise in den westlichen kapitalistischen Industrieländern in den Jahren 1975/76 und auch des angenommenen Rückganges des Wirtschaftswachstums auch in Österreich wurde – und das kann man heute mit Recht feststellen, weil uns das Zahlenwerk vorliegt, – sehr vorsichtig budgetiert. Dies bestätigt auch der zu beschließende Rechnungsab-schluß und zeigte sich aber bereits schon bei der Beschlußfassung des Nachtragsvor-anschlages für das Jahr 1976 am 9. 12. des Vorjahres. Die Einnahmen des oH wurden bekanntlich gegenüber dem ursprünglichen Voranschlag damals um rund S 40 Mill. er-höhrt. Gegen die pessimistische Wirtschaftsprognose im Steyrer Raum bin ich, wie sich ja die meisten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte erinnern können, bei der Budgeter-stellung entschieden aufgetreten.

Ich möchte auch hier in diesem Zusammenhang erinnern, daß es schon bereits im Sep-tember, Oktober 1975 klar war, daß auf Grund bestimmter Umstände auch im Raum Steyr diese Krisenerscheinungen von 1974/75 nicht voll wirksam werden, weil auch die Spitzen-politiker und auch jene, die das Budget erstellt haben wußten, daß Großaufträge von Sei-ten der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern einerseits mit den entscheidenden Wirtschaftsträgern unserer Stadt, nämlich den Steyr-Werken und des Großbetriebes der GFM, die Arbeitsplätze weitgehend auf Jahre gesichert sind und natürlich auch eine dem-entsprechende Finanz-einnahmsquelle für unsere Stadt bedeuten und den Aus- und Aufbau unserer Stadt ermöglichen. Ich bin nicht ganz der Auffassung meines lieben Vorredners Kollegen Schwarz, der in seinem Diskussionsbeitrag über die Zukunft gesprochen hat und an die Spitze auf Grund der Kontroverse mit der Freiheitlichen Partei – ich spreche es an – die ja nicht zum Ausdruck gekommen ist in seiner Rede im Bezug des Einkaufszen-trums, das hier eine sehr große Diskussion ausgelöst hat. Ich glaube kaum, daß man die Schlußfolgerung ziehen soll von Seiten der Mehrheitsfraktion – und wir haben uns sogar gewehrt gegen bestimmte Absichten von Seiten des Landes – daß eben Steyr oder der Raum Steyr forciert werden soll auf Dienstleistungsbetriebe und zur Schlafstelle, wie wir schon einmal gesprochen haben, des Zentralraumes Oberösterreich wird. Ich glaube nach wie vor wird es natürlich in erster Linie auf Grund unserer Struktur eine andere Entwicklung geben als mit der vergleichbaren Stadt Wels.

Daher glaube ich, eine solche Kontroverse ist nicht heranzuziehen, um unsere grundsätz-lichen einstimmigen Pläne in unserem Entwicklungskonzept doch ein bisschen herabzusetzen oder anders zu interpretieren.

Ich möchte auch in diesem Zusammenhang das Jahr 1976, weil es nicht uninteressant ist für uns als Gemeindemandatäre, anziehen, daß es gerade die großen Wirtschaftsträger waren und vor allem die Steyr-Daimler-Puch AG, die allerdings zu Beginn des Jahres und Ende 1975 sehr groß gesprochen haben, es wird Schwierigkeiten usw. geben. Ich erinnere die Kollegen der Gewerkschaft, der Betriebsräte, als sie zugestimmt haben für Kurzarbeit im Februar, als es angedrohte Kündigungen bei den Angestellten gegeben hat. Aber es sich mehr oder weniger gezeigt hat, daß eigentlich diese Maßnahmen zu bestimmten Rationali-sierungen und Antreibermethoden im Betrieb geführt haben. Sonst wäre es nicht möglich gewesen, in dieser schwierigen internationalen ökonomischen Entwicklung und der Krisen-erscheinung auf diesem Gebiet, daß die Steyr-Werke im Jahre 1976 den größten Umsatz erreicht haben. Daß sie stolz sind nach dem, was Generaldirektor-Stellvertreter Feich-tinger bei jeder Vollversammlung und vor uns Gemeinderäten im Februar erklärt hat, daß er an diese Zahl herankommt. Heute ist das klar, es waren 9,6 Milliarden Umsatz. Also die größte Steigerung, der größte Umsatz in der 2. Republik der Steyr-Daimler-Puch AG. Daß sich das niederschlagen wird auch in den kommenden Jahren, das ist klar und daher soll man auch berücksichtigen diese Entwicklung auf Grund dieser Kooperationsverträge, die weitgehend auf Jahre – wir kennen ja wie lange sie abgeschlossen sind – zumindest in diesem Sektor der Metallindustrie eine bestimmte Sicherheit geben und daß auch wir bud-getär damit rechnen können, daß ein bestimmter Zufluß von dieser entscheidenden Seite kommen wird.

Vergleichen wir unsere Investitionstätigkeit etwa zu einem Betrieb, eben dem großen Be-trieb der Steyr-Werke. Sie ist natürlich nicht sehr groß, wenn man bedenkt, daß es den Steyr-Werken gelungen ist, allein in diesem Jahr 1976 S 500 Mill. zu investieren, die aber nicht ausschließlich dazu geführt haben, unmittelbar die Arbeitsplätze zu sichern oder die Produktion zu modernisieren, um konkurrenzfähig zu sein, denn nur allein ein Bau einer Halle und andere Dinge und auch Kapitaltransferierung ins Ausland auch nicht unmittelbar dazu beigetragen haben, die Konkurrenzfähigkeit zu sichern. Aber wir begrü-

Ben natürlich, das möchte ich nur als Vergleich anziehen, wie kapitalkräftig heute das Kapital und die Großunternehmer zu den Gemeinden sind, wo immer mehr Aufgaben an uns herankommen und wir nicht die Mittel bekommen, nämlich von Bund und Land, die notwendig sind, die großen Investitionen, die uns aufgelastet werden oder Aufgaben tatsächlich im Sinne, nämlich der breiten Kreise der Öffentlichkeit zu erfüllen.

Laut Rechnungsabschluß 1976 wurde bereits festgestellt, daß das Jahr 1976 gegenüber 1975 33,5 Mill. Mehreinnahmen erzielt und daher mußte sich auch die Stadt, konnte sich die Stadt den Weg auf den teuren Kreditmarkt ersparen und faktisch nur S 1,2 Mill. vom Kreditmarkt borgen. Allein bei den eigenen Steuern betrug die Erhöhung fast S 25 Mill. oder S 24,6 Mill., wie es auch der Herr Finanzreferent hier erwähnt hat und dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß durch die rückwirkende Neufestsetzung der Einheitswerte die Grundsteuer B von S 5,4 Mill. im Jahre 1975 auf S 16,8 Mill. angestiegen ist. Dabei muß auch erwähnt werden, daß die kleinen Häusler und die Hausbesitzer unserer Stadt ganz schön damit geschröpft wurden. Das freut uns, daß diese Post sehr gestiegen ist, aber auf der anderen Seite wurden besonders die kleinen Leute, die kleinen Häusler, ganz schön belastet.

Das gleiche möchte ich feststellen, zeigt sich auch bei der Entwicklung der Getränkesteuer, die um S 1,6 Mill. auf nun schon S 12 Mill. angestiegen ist. Auch hier ist es wiederum der kleine Mann, der dieses Volksgetränk Bier konsumiert und dazu beiträgt, daß unsere Kasse aufgefüllt wurde.

Zur Einnahmensteigerung, meine Damen und Herren des Gemeinderates, tragen auch nicht unwesentlich die im Jahre 1976 gegen meine Stimme beschlossenen Gebühren- und Tarifierhöhungen bei. Ich glaube, ich habe das Jahr 1976, die verschiedensten Sitzungen benützt, um immer wieder aufzuzeigen, welche Belastungen hier durch die Beschlüsse der Mehrheit des Gemeinderates auf die Bevölkerung übertragen werden. Zu diesen negativen Erscheinungen, meine Damen und Herren, muß ich natürlich auch objektiv feststellen, daß auch im Jahre 1976, wenn wir auch vorsichtig waren beim Budgetieren, doch vieles geleistet wurde und auch positiv erwähnen. Ich meine es ist nicht unbedeutend, wenn nach wie vor die Stadt allein an Sozialleistungen, an Zuschuß für das Zentralaltersheim fast S 10 Mill. ausgibt, also 9,8 Mill. Wenn die Stadt einen sehr großen Nachholbedarf gehabt hat beim Ausbau unserer Straßen, so müssen wir auch positiv erwähnen, daß 25 Mill. zur Verfügung gestellt wurden und wenn man sich die Entwicklung unserer Straßen und die Lösung des Verkehrsproblems in Steyr ansieht, kann man hier schon Fortschritte feststellen und werden auch wahrscheinlich auf Grund dessen, was wir im Vorentwurf schon gesehen haben, weitergeführt.

Auch möchte ich nicht unerwähnt lassen den Neubau der Handelsakademie, der allein fast S 19 Mill. Ausgaben in diesem Jahr 1976 erforderte oder den Kanalbau mit S 7 Mill. Das sind echte Leistungen, die man auch als Oppositionspartei würdigen muß. Es ist mit Recht schon gesagt worden, es wird in der nächsten Zeit noch einige Male die Möglichkeit sein, daß wir auf die verschiedenen Punkte, die auch im Rechnungsabschluß verankert sind, näher eingehen. Ich meine damit nicht das mit den Ausgaben von fast S 1,4 Mill. für die Luftschutzkeller usw., daß man sich die ersparen hätte können und für andere wichtige soziale Leistungen hätte verwenden können. Aber es gibt noch eine Reihe Dinge, die wir bei der nächsten Gelegenheit im Rahmen der Beschlußfassung des Budgets für das Jahr 1978, noch eine Reihe Anregungen, die wir durchführen können.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Tremel für seinen Beitrag. Es hat sich noch einmal Kollege Fuchs gemeldet. Ist eine weitere Wortmeldung vorzumerken? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Kollege Fuchs ist damit der letzte Diskussionsredner.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Wertes Präsidium, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe an und für sich nicht vorgehabt, mich zum selben Gegenstand zweimal zu melden. Aber die Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Schwarz reizen einen doch zu sagen, daß er entweder absichtlich oder unabsichtlich, das lasse ich dahingestellt, uns doch unrichtig interpretiert hat zum Beispiel im Bezug auf Großkaufhaus.

Zuvor jedoch noch ein Satz zu den Personalkosten. Ich habe ausdrücklich erwähnt, daß

wir nichts gegen die Personalkosten an und für sich einzuwenden haben, sondern lediglich die Schere zwischen laufendem Aufwand und Investitionsmaßnahmen einer Kritik unterzogen haben. Im übrigen habe ich mich ja ausdrücklich nur auf den Rechnungsabschluß bezogen.

Doch nun zu der zitierten Kurzsichtigkeit, denn es war doch ganz klar, Herr Gemeinderat Tremel hat das ja auch ausgesprochen, daß man hier nicht so klar kam, wer damit gemeint war. Wir sind der Auffassung, wenn man dies schon als "Kurzsichtigkeit" betrachtet, so war dies von unserer Seite aus ein Pochen auf die Einhaltung von Gesetzen, die nicht wir, nicht die Gemeinde, sondern das Land geschaffen hat, und zwar das Raumordnungsgesetz bzw. die Novelle dazu. Steyr soll selbstverständlich, Herr Bürgermeister Schwarz, Einkaufsstadt werden, aber zuerst muß doch etwas anderes geschehen. Nämlich die infrastrukturellen Voraussetzungen müssen verbessert werden. Es klang schon an vom Vorredner, Steyr ist derzeit leider noch nicht vergleichbar mit Wels, weil Wels geradezu straßenverkehrsmäßig überfüttert wird, möchte ich fast sagen, mit Straßenzufahrten, Autobahnen, Ausbau der B 1 usw., Schienennetz und so fort, natürlich dadurch ein besseres Hinterland aufweist wie Steyr und daher war es unsere Absicht, zuerst diese Regelungen, die auch von der Sozialistischen Partei gewünscht werden, zu treffen. Ich verweise nur auf die Resolution, die in der Presse kürzlich war, die auch in die gleiche Kerbe schlug wie alle Parteien dieses Gemeinderates dieses Vorhaben wollen, nämlich Ausbau der S 37 usw. Ich glaube, es wäre kurzsichtig gewesen, wenn die Stadtgemeinde Steyr nach dem GR-Mehrheitsbeschluß vom 14. 6. sofort einen Baubescheid Herrn Weindl zugestellt hätte, gleich nach dem 14. 6., da unter Umständen, vielleicht sogar sicher, damit zu rechnen gewesen wäre, wenn Herr Weindl die Absicht verwirklicht hätte, ein 6.000 m² großes Kaufhaus zu errichten, das Land sicherlich einen Einspruch erhoben hat, da das Land verpflichtet ist, die Raumordnungsgesetznovelle einzuhalten und nichts anderes haben wir hier verlautet. Wenn Sie wollen, dann ist jetzt der Ball nicht beim Gemeinderat Steyr, sondern in Linz bei der Landesregierung bzw. beim zuständigen Referenten, um hier zu entscheiden, ob der zu ändernde Flächenwidmungsplan für die Stadt Steyr im Sinne des Raumordnungsgesetzes eingehalten werden kann oder nicht, das heißt, wenn die Umwidmung der Stadlmayrgründe vom Bauland auf das gewünschte, von Ihnen gewünschte Gebiet für Geschäftsbauten für den überörtlichen Bedarf sanktioniert werden kann. Ich glaube also, daß hier Mißverständnisse vorliegen und würde ersuchen, hier nicht unbedingt dieses hochscharfe Wort von Kurzsichtigkeit zu verwenden. Wir haben nichts anderes getan, als darauf gepocht, daß Gesetze eingehalten werden. Sie sind ja schließlich dazu da.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Wir haben keinen weiteren Diskussionsbeitrag mehr vorgemerkt. Kollege Fürst zum Abschlußwort.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Sehr geschätzte Damen und Herren!

Da ja alle Fraktionen dem Rechnungsabschluß, dem Zahlenwerk, die Zustimmung geben, so darf ich in meinem Schlußwort vielleicht nur auf ein paar elementare Überlegungen hinweisen. Es ist in der Kritik angeklungen, der laufende Aufwand – das ist Tatsache – ist geringfügig gestiegen, die investitionsfördernden Maßnahmen sind etwas zurückgegangen. Nun, darin liegt aber die Entscheidung, die wir getroffen haben. Wollen wir mehr Service für unsere Bevölkerung haben, sprich Erhöhung des Personalstandes, sei es für Pflegedienst, sei es für Essen auf Rädern, sei es in der Schule, in den Kindergärten, so heißt das Erhöhung des laufenden Aufwandes, bedingt bei gleichbleibender Einnahmenentwicklung eine Minderung der Investitionen. Wollen wir dem auskommen, müssen wir zur Aufnahme von Krediten schreiten, die in fernerer Folge einen Schuldendienst entwickeln, der sich wieder in den laufenden Ausgaben ausweist.

Also, es wird auch in Hinkunft sehr sorgfältig zu überlegen sein, wieviel man Kredite aufnimmt, wieviel man dem laufenden Aufwand zuerkennen will, dem Service und wieviel der Investition. Nur eine echte Einnahmensteigerung erlaubt eine Ausweitung, eine echte Ausweitung eines Budgets. Wenn man sagt, wir haben wieder wie immer sehr vorsichtig budgetiert, dann ist das ein Lob für alle, die hier die Verantwortung tragen und die dafür belobt werden sollen.

Verehrte Damen und Herren! Ein euphorisches Bild entwickelt sich, wenn man den Abschluß und die Einnahmensteigerung des Jahres 1976 sieht, aber trotzdem wäre es verfehlt, aus diesem einen Jahr und aus dieser Entwicklung von dort schon die Entwicklung auch für das nächste Budget zu sehen und erst jüngste Entwicklungen am Gebiet der Steuereinnahmen, hoffentlich sind sie von vorübergehendem Moment, beweisen uns wieder, daß wir sehr gut daran tun, wenn wir auch in Zukunft der Vorsicht folgen bei der Erstellung eines Budgets.

Ich bitte nun den Herrn Bürgermeister, die Abstimmung über diesen Antrag vorzunehmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Schlußbemerkungen. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte Sie, wenn Sie zustimmen, die Hand zu erheben? Danke. Gegenprobe oder Enthaltung? Der Beschluß ist einstimmig gefaßt, den Rechnungsabschluß zu genehmigen.

Ich bitte um den nächsten Antrag.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Der nächste Antrag befaßt sich mit einer Krediterhöhung in der Höhe von S 180.000,- bei VP 454-43. Er lautet:

13) Buch-5825/77

Genehmigung einer Krediterhöhung
bei VP 454-53 o.H.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. V - Zentralaltersheim vom 17. Oktober 1977 wird eine Aufstockung des Kreditansatzes bei VP 454-53 um

S 180.000,--

(Schilling einhundertachtzigtausend)

bewilligt.

Zu diesem Zwecke wird eine überplanmäßige Ausgabe in der gleichen Höhe bei VP 454-53 bewilligt.

Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte Sie, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich bitte Sie, auch diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Ich frage, ob hiezu jemand zu sprechen wünscht? Keine Bemerkung. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen vorzu-merken? Auch nicht. Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Wir kommen zum nächsten Punkt.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Der nächste Antrag des Stadtsenates an Sie befaßt sich mit der Restaurierung der Marienkirche bzw. der Nordseite und der Gewährung einer Subvention hiezu. Der Wortlaut des Antrages lautet:

14) Bau5-4404/76

Marienkirche; Subvention zur Restaurierung
der Fassade an der Eisengasse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. III vom 4. Oktober 1977 wird für die Restaurierung der Fassade der Marienkirche in Steyr an der Eisengasse eine Subvention von

S 250.000,--

(Schilling zweihundertfünzigtausend)

bewilligt.

Die Mittel werden bei VP 354-91 aOH freigegeben.

Gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte den Herrn Bürgermeister, die Debatte und die Beschlußfassung darüber abzuführen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es hiezu eine Wortmeldung? Herr Kollege Tremml dazu.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Vom Gesichtspunkt der Denkmalerhaltung und auch im Hinblick auf die Tausendjahrfeier unserer Stadt und unter Berücksichtigung des hohen baukünstlerischen Wertes der Marienkirche werde ich diesem Antrag auf Subventionierung zur Finanzierung dieser Fassadenaktion der Marienkirche von S 250.000,- die Zustimmung geben.

Ich möchte dazu auch erklären, daß es mir leichter fällt bei dieser Sanierung, weil gerade hinter dieser Fassade der Marienkirche agierten nämlich Priester in einer sehr harten Zeit unserer Stadt, und zwar während des 2. Weltkrieges und ich kann sagen, daß es sehr mutige Priester waren, die nach der Verhaftung des Stadtpfarrers der Stadt Steyr, Stadtpfarrer Steinbock, den Mut gehabt haben, hinter dieser Fassade junge Menschen zusammenzufassen und gegen das Gewaltregime, das damalige Gewaltregime, zu erziehen und auch in einem Geist für Österreich zu erziehen. Das ist der Grund, warum auch hier eine bestimmte Änderung als Stellungnahme abgegeben wird von mir.

Aber gleichzeitig knüpfe ich auch die Erwartung vor allem an die Mehrheit, nämlich an die Sozialistische Partei, daß sie genauso großzügig, wie sie in diesem Fall jetzt ist bei der Marienkirche, bei der Fassadenaktion in einem Arbeiterviertel in Münichholz ist. Daß sie auch im kommenden Jahr in Richtung der Tausendjahrfeier auch dort darandankt mitzuhelfen, nicht nur in Worten, sondern auch in Taten. Wir wissen und ich weiß, daß von Seiten der Stadtgemeinde Initiativen ergriffen wurden, die entscheidenden Leute nämlich der Steyr-Werke aufgefordert haben, weil sie auch diese Häuser besonders nützen zu ihrem Gebrauch, nämlich daß sie das Einweisungsrecht beanspruchen faktisch für diese Häuser und Mietwohnungen beanspruchen, daß sie moralisch die Verpflichtung hätten, den größten Anteil zu geben. Aber ich glaube auch in Hinblick darauf, daß es höchste Zeit wäre nach 32 Jahren nach Kriegsende, daß die Stadt Steyr hier dementsprechende Großzügigkeit zeigt, wo Arbeiter, Angestellte und Pensionisten dieser Stadt wohnen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke für diesen Beitrag, Kollege Fürst dazu.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Zu den Ausführungen des Kollegen Tremml habe ich weiters keine Ausführungen zu machen. Ich bitte, die Abstimmung darüber abzuführen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich darf doch aufklärend sagen, daß im Bezug auf die Marienkirche, das ist nicht unbekannt aus der Presse, ein Gespräch stattgefunden hat zwischen Vertretern der Diözese Oberösterreich und der Stadtgemeinde, wobei einmal ventiliert wurde, welche Gebäude auf Grund des Denkmalschutzes und im Hinblick auf die Tausendjahrfeier restaurierungswürdig sind und in welchem Ausmaß die Stadt Steyr in der Lage wäre, sich an einer Restaurierung zu beteiligen. Vornehmlich geht es hier, nachdem es sich um ein Gebäude am Stadtplatz handelt, um die Marienkirche. Es ist zweifelsohne nicht Schuld der Mehrheitsfraktion im Haus, daß vielleicht Jahrzehnte an diesen Gebäuden nichts oder wenig gemacht wurde, es ist zweifellos auch eine Verantwortung auch der Mehrheit genauso wie der Minderheiten, hier dafür zu sorgen, daß die Stadt Steyr sich zum Zeitpunkt der Tausendjahrfeier zu ihrem Jubiläum in einem entsprechenden Licht präsentiert. Das sind Dinge, die mit Religionsauffassung einerseits wenig zu tun haben, andererseits auch nichts mit Bekenntnissen, sondern ich glaube, daß es hier doch um die Einstellung des Steyrners schlechthin zu seiner Altstadt, zu seinen Darstellungen als Bürger und Stadt-

verwaltung und als Stadt selbst geht.

Ich danke jedenfalls für die Erklärung des Kollegen Tremml, daß er sich als Vertreter der Kommunistischen Partei in diesem Sinne geäußert hat.

Ich darf nunmehr die Abstimmung vornehmen, nachdem der Referent auf das Schlußwort verzichtet hat. Wer ist für den Antrag, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Gegenprobe? Enthaltung? Keine zu vermerken, somit einstimmig beschlossen. Ich bitte um den nächsten Antrag.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Der nächste Antrag befaßt sich mit der Zuerkennung einer Subvention an die Österreichischen Kinderfreunde in Steyr, und zwar zum Zweck der Errichtung eines Veranstaltungszentrums und Jugendheimes in der Waldrandsiedlung.

15) Ha-5210/77

Gewährung einer außerordentlichen Subvention
an die Bezirksorganisation Steyr der
Österreichischen Kinderfreunde.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Bezirksorganisation Steyr der Österr. Kinderfreunde wird über Ansuchen zur Errichtung eines Veranstaltungs- und Jugendhauses in der Waldrandsiedlung eine außerordentliche Subvention von

S 350.000,--

(Schilling dreihundertfünfzigtausend)

gewährt und der Betrag bei VP 43-50 oH bewilligt, wobei S 305.000,- freigegeben und S 45.000,- als überplanmäßige Ausgabe bewilligt werden können. Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Die Auszahlung des Subventionsbetrages hat in der üblichen Form gegen Vorlage von Originalrechnungen zu erfolgen.

Ich bitte Herrn Bürgermeister, über diesen Antrag die Debatte und Beschlußfassung abzuführen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wunschgemäß darf ich die Debatteneröffnung vornehmen. Es hat sich als erster Redner Kollege Fritsch gemeldet. Darf ich noch eine weitere Wortmeldung registrieren? Kollege Fuchs, anschließend Kollege Schwarz.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Wie aus den beschlußfassenden Sitzungen des Stadtsenates, aber auch des Finanz- und Rechtsausschusses hervorgegangen ist, sieht sich meine Fraktion nicht in der Lage, diesem heute vorgelegten Antrag die Zustimmung zu geben. Als Gründe dafür mögen kurz, nüchtern und leidenschaftslos angeführt werden:

Die österr. Kinderfreunde haben in den letzten Jahren seitens der Stadt Steyr Subventionen erhalten, beginnend ab dem Jahre 1971/72, ohne den heute zur Beschlußfassung vorliegenden Antrag zu inkludieren, in einer Höhe von S 751.000,-. In Erinnerung gebracht detailliert sich diese Summe S 511.000,- für den Ersatzbau der Werndlbaracke, S 240.000,- für den Einbau einer öffentlichen Toiletanlage am Resthof. Ich rede nicht von kleineren laufenden Subventionen, die diese Summe noch erhöhen würden. Ich stelle fest, daß auch andere Institutionen jeweils entsprechende Subventionen erhalten haben. Daher mögen sie aus diesem Vergleich herausgenommen sein.

Wenn Sie nun heute S 350.000,- für die genannte Institution freigeben, hat seit dem Jahre 1971 die Vereinigung der österr. Kinderfreunde einen Betrag von rund S 1,1 Mill. erhalten.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ALFRED BAUMANN:

Das ist eh zweng!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Wenn nun Kollege Baumann sagt, das ist "eh zweng", ich freue mich für diese Zwischenbemerkung, dann kann ich dem entgegenhalten, es ist "eh zvä".

Verzeihe mir, wenn ich auch Deinen Dialektausdruck diesbezüglich erwidere. Es ist zuviel deswegen, weil sich die entsprechenden Mittel, die wir heute dafür freigeben sollen, nicht aus den Einnahmen des oH, sondern aus der Aufnahme von Darlehen rekrutieren. Es ist selbstverständlich aber auch noch zu vermerken, daß scheinbar die Stadt Steyr, das heißt die den Antrag vorlegende Mehrheitsfraktion, genügend Geld zur Verfügung hat, um Subventionen zu gewähren, auf der anderen Seite aber kein Geld mehr zur Verfügung hat, auch bedürftigen Teilen unserer Bevölkerung nicht zusätzliches Geld aus der Tasche ziehen zu müssen. Ein Antrag, der heute noch beschlossen werden wird im Referat des Koll. Zöchling, möge diese meine Argumentation als Erläuterung heranziehen. Wenn Sie sich nun weiters vorstellen, und Erklärungen sind immer am günstigsten mit Zahlen zu belegen, daß die Vereinigung der Kinderfreunde vor kurzem durch einen gemeinsamen GR-Beschluß auf den ehemaligen Rennbahngründen Gründe verkauft hat zu einem Gesamtpreisausmaß von S 1.603.500,-, mit einem m²/Preis von S 750,-, daß auch durch einen gemeinsamen Beschluß dieses Gemeinderates der Vereinigung der Kinderfreunde ein Grund in der Waldrandsiedlung im Ausmaß von 5.562 m² zu einem Gesamtpreis von S 346.800,- zur Verfügung gestellt wurde, so ist daraus leicht ersichtbar, daß auf Grund der durch die Verkäufe und durch andere Subventionen gebildeten Finanzlage die Vereinigung Kinderfreunde diesen Bau aus Eigenkapital finanzieren könnte.

Ich stelle eines fest, ich kenne die Baupläne nicht, ich kenne die Großvorhaben nicht, die mein geschätzter Nachredner Ihnen wahrscheinlich darlegen wird.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich werde Dich einladen zur Eröffnung!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Es wird mich freuen, um zu sehen, wie weit dieses Geld dort doch zumindest nutzbringend angelegt wurde, denn für die Eröffnung des Kindergartens Resthof, für die Eröffnung des Spielplatzes Resthof, wo die Mittel durch gemeinsamen Gemeinderatsbeschluß freigegeben wurden, wurde nicht der gesamte Gemeinderat eingeladen. Es freut mich, daß Koll. Schwarz als Verantwortlicher diesbezüglich seine Meinung geändert hat. Ich darf aber nun vielleicht doch wieder in die nüchterne Sachatmosphäre rückschreiten. Nach unserer Vorstellung wäre es denkbar gewesen, eine Subvention den Kinderfreunden in einem vertretbaren Ausmaß zu gewähren, insbesondere dann, wenn durch die Einkäufe und Verkäufe bedingt nicht Kapital aufgestockt werden mußte durch Subventionen. Ich kann mir aber auch gleichzeitig denken, daß durch einen Zuschuß des Landes Oberösterreich die Finanzsituation der Institution der Kinderfreunde auch nicht unbedingt geschmälert wurde. Es steht also heute einzig und allein nicht die Aktion Subvention für die Kinderfreunde, sondern es steht grundsätzlich die Überlegung einer Subventionspolitik gezielter Ausmaßes zur Debatte. Ich stehe nicht an zu erklären, daß hier im Gemeinderat schon vor längerer Zeit darüber einmal gesprochen, auch im Finanz- und Rechtsausschuß darüber gesprochen wurde, vorwiegend in Anlehnung an die Ablösung des Schülerheimes Tabor. Sie kennen alle noch die Beweggründe, die uns diesbezüglich argumentieren ließen. Wenn wir nun heute diese Zustimmung zu einer Subvention von S 350.000,- nicht geben, dann möge klar festgehalten sein, daß es sich nicht gegen die subventionswerbende Institution richtet, sondern dann möchten wir klar feststellen, daß gerade heute durch einen Freigabebeschluß von S 350.000,-, der wahrscheinlich gefällt werden wird, einerseits dokumentiert wird, daß die Stadt leicht in der Lage ist, Subventionen in diesem Ausmaß zu geben, aber auch gleichzeitig durch einen später folgenden Antrag und Beschluß dokumentiert wird, daß wir nicht mehr in der Lage sind, den Bürgern unserer Stadt entsprechende Subventionen, wenn auch im wesentlich kleineren Ausmaß für die Ausspeisungsbeiträge in den Kindergärten, Heimen und Horten zu gewähren. Hier scheint eine Zwiespältigkeit in der Überlegung stattgefunden zu haben und dieser Zwiespältigkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, ist die ÖVP nicht in der Lage, zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich nehme den Beitrag zur Kenntnis. Als Nächster hat sich gemeldet Kollege Fuchs.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir können dem vorliegenden Antrag nicht die Zustimmung erteilen, wollen diesen Antrag aber auch nicht ablehnen, weil doch und das muß objektiverweise festgestellt werden, die österr. Kinderfreunde eine an Mitgliederzahlen starke aktive Organisation darstellen. Doch unsere Haltung muß auch begründet werden. Man geht, so scheint es, scheinbar stetig daran, ein Dauermotiv zu schaffen, wie man manchen Vereinen, die einer bestimmten Partei nahestehen, Zuschüsse in Form von Subventionen gewähren kann. Es wurde schon angeführt, im Resthof wurde vor kurzem den Kinderfreunden ein hoher Betrag zugeschanzt mit dem Motiv, weil der dortige städtische Kindergarten nicht allen Anforderungen gerecht werden kann. Wir registrieren auch aus den Vorjahren, daß den Vereinen Arbeiterheim und Lehrlingsheim bereits Millionen gegeben wurden. Jetzt soll wieder eine Viertelmillion deshalb gewährt werden, weil laut Amtsbericht ein Gasthaus zusperrt. Vielleicht bekommen Vereine, die künftighin – das möchte ich jetzt verallgemeinern – die von Vertretern der Großparteien geführt werden, allmählich auch Ausschankkonzessionen, um z. B. den Getränkebedarf der Bewohner der Waldrandsiedlung zu decken. Ein Motiv dafür wäre zweifellos durch das Zusperrn des Gasthauses Puttinger vorhanden.

Die Geschenkepolitik nimmt also kein Ende. Dafür steigen aber die Tarife. Wir werden ja heute noch auf eine Erhöhungsmaßnahme zu sprechen kommen. Wir wiederholen daher unseren Ruf nach Schaffung einer Subventionsordnung. Damit könnte die allgemeine Subventionspolitik dieses Gemeinderates auf eine notwendige reglementierte Grundlage gestellt werden. Man muß sich nämlich Vorwürfe, meine Damen und Herren des Gemeinderates, nicht nur von uns, sondern auch von diesem Gemeinderat außenstehenden Personen so lange gefallen lassen, bis endlich der Gemeinderatsauftrag vom 9. 12. 1976 nach Schaffung von Richtlinien einer Subventionsordnung – das ist übrigens ein einstimmiger Auftrag gewesen, der verabschiedet wurde – erfüllt wird durch den Finanz- und Rechtsausschuß. Herr Bürgermeister, das möchte ich auch noch erklären; hat am 8. 11. 1976 einen derartigen Antrag von uns erhalten, er wurde dem Gemeinderat zugeführt auf Erlassung von Richtlinien für Subventionsvergaben. Am 9. 12. hat, wie schon betont, der Gemeinderat einstimmig beschlossen, den Finanz- und Rechtsausschuß mit der Ausarbeitung dieser Richtlinien zu beauftragen. Nun ist fast ein Jahr seit diesem Beschluß vorübergerollt und nur ein einziges Mal, und zwar bei der Finanz- und Rechtsausschußsitzung am 24. 2. 1977, kam diese Angelegenheit auf die Tagesordnung dieser Finanz- und Rechtsausschußsitzung. Ich habe allerdings bei einer weiteren Finanz- und Rechtsausschußsitzung am 14. 4. den Herrn Bürgermeister höflich ersucht um eine weitere Behandlung. Zuvor im März habe ich dem Herrn Bürgermeister, dem Herrn Magistratsdirektor und allen Fraktionssprechern eine erste Textvorlage einer derartigen Subventionsordnung übermittelt. Diese Vorlage kam schließlich auf eine Empfehlung des Herrn Bürgermeisters, die er an uns richtete, zustande. Darnach haben wir vom Magistrat zwei Muster-Subventionsordnungen von den Städten Linz und Wels zugesandt erhalten. Seitdem jedoch ist, ich möchte das so betonen, eine große Pause. Diese Pause soll jedoch nicht in einen Dauerpausenzustand überleiten, um das müssen wir sehr bitten. Wir enthalten uns also bei dem vorliegenden Antrag der Stimme, weil wir der Ansicht sind, zuerst gehört Ordnung durch eine Subventionsordnung geschaffen. Diese wollen wir sehen, weil doch, wie wir meinen, es gibt vielleicht andere Meinungen in dieser Frage, weil wir glauben, daß in dieser Beziehung, was die Subventionsvergabe betrifft, doch eine Reglementierung hergehört. Motivationen derartiger Art, wie vom Gasthaus zusperrn, sind meines Erachtens nicht die geeignetste Form, um Zuschüsse in dieser Höhe zu erhalten.

Wir enthalten uns also nochmals bei diesem Antrag der Stimme. Es tut uns leid, weil wir darauf reflektieren, daß wir zuerst die Subventionsordnung, die wir durch GR-Beschluß auszuarbeiten hätten, zuerst da haben sollen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Es wird auch dieser Beitrag zur Kenntnis genommen. Es spricht nun Kollege Schwarz, anschließend Gemeinderat Tremml.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es war zu erwarten, daß bei diesem Tagesordnungspunkt eine längere Debatte sich entwickeln wird und einleitend möchte ich sagen, um meine Begründungen darnach entsprechend bekräftigen zu können, die Kinderfreunde haben bestimmte Grundsätze. Einer dieser Grundsätze, den wir auch immer unseren jüngeren Menschen mitgeben, heißt: Der Gemeinschaft mehr geben, als von ihr verlangen. Unsere derzeitige Situation in Steyr ist so, daß wir um einen sehr bescheidenen Betrag für die Bürger dieser Stadt, eben seit dieser Zeit die Kollege Fritsch angeführt hat, schon sehr viele Leistungen gesetzt haben.

Der Ersatzbau im Werndlpark. Die Errichtung dieses Ersatzbaues brauche ich nicht mehr anführen, wurde hinlänglich diskutiert, beruht auf viele Jahre zurückliegenden Gesprächen und dieser Ersatzbau wird aber auch laufend für Veranstaltungen der verschiedensten Organisationen und nicht nur von Organisationen, die der Sozialistischen Partei nahestehen, sondern auch anderen zur Verfügung gestellt. Ich verweise nur z. B. darauf, daß bei den Fitmärschen usw. diese Räumlichkeiten immer offen stehen, daß jederzeit die Möglichkeit ist, für Organisationen, die im Schloßpark Veranstaltungen durchführen, dieses Haus zu benützen. Das haben wir zugesagt und es steht jederzeit auch zur Verfügung.

Auf der Ennsleite besitzen die Kinderfreunde ein Kinderheim, das seit vielen Jahren der Gemeinde als Kindergarten vermietet ist, sowohl das Heim als auch der dazugehörige Garten zu einem Preis, meine Damen und Herren des Gemeinderates, den Sie in privatwirtschaftlichem Verkaufs- und Verkehrswert niemals bekommen würden. Rund S 3.000,- monatlich erhalten die Kinderfreunde als Miete für einen Kindergarten, der durchaus allen Anforderungen entspricht und ein 2.000 m² großes Grundstück dazu. Der Kindergartenbau im Resthof wurde von uns deshalb vorgezogen, weil wir eingeschaut haben, daß es notwendig ist, für die Bevölkerung hier etwas zu machen. Die Gemeinde hat hier einen Beitrag geleistet, das geben wir zu. Ich frage aber auch hier Kollegen Fritsch, ob er dort nicht bestätigen kann, daß nahezu ausschließlich dieses Gebäude bis jetzt für den Kindergarten und auch der dazugehörige Grund verwendet wurde. Daß also dieser Kindergarten im Resthof nicht den Kinderfreunden bis jetzt, sondern der öffentlichen Hand und der Öffentlichkeit zur Verfügung steht.

In der Waldrandsiedlung ist die Situation ähnlich. Kollege Fuchs, das Gasthaus hat schon geschlossen seit längerer Zeit und die Bevölkerung oben hat überhaupt keine Möglichkeit, in irgendwelche Räumlichkeiten zu gehen. Es wäre sogar soweit, daß bei Durchführung von Wahlen nicht einmal ein Wahllokal zur Verfügung stehen würde. Das möchte ich hier eindeutig sagen. Wir haben uns auch deswegen entschlossen, diesen Bau, der uns finanziell sehr trifft, das muß ich sagen, vorzuziehen, um dort der Bevölkerung eine Möglichkeit, eine Kommunikationsmöglichkeit zu geben. Dieses Haus wird nicht nur den Kinderfreunden, sondern allen Bevölkerungsgruppen in der Waldrandsiedlung zur Verfügung stehen, das darf ich auch sagen. Es hat ein Aufruf an die Bevölkerung erwirkt und es ist bedauerlich, daß sich die ÖVP nicht dazu bekennen kann, hier zuzustimmen, weil diese Teile der Bevölkerung werden sicher keine große Freude mit der Ablehnung haben. 20 und mehr Leute sind Samstag und Sonntag derzeit an dieser Baustelle und arbeiten aktivst mit. Es ist damit zu rechnen, daß bis Mai dieses Haus dort fertig wird. Ich darf meine Einladung jetzt wiederholen, es wird selbstverständlich bei der Eröffnung der gesamte Gemeinderat eingeladen, damit er sich überzeugen kann, was dort geschaffen wurde.

Im übrigen darf ich sagen, daß es kein Novum ist, was hier geschieht. Immer ist die Initiative von Organisationen ausgegangen. Ich darf erinnern, in Gleink haben wir das Haus der Begegnung, das allen Organisationen offen steht. Hier wurden auch seitens der Gemeinde Zuschüsse gewährt. Es sind alle Organisationen dort vertreten. Aber nicht nur sozialistische Organisationen haben in den einzelnen Stadtteilen Stützpunkte errichtet. Ich darf auch erinnern, die Union hat beträchtliche Zuschüsse zu ihren Sportanlagen bekommen, auch der ATSV. Nicht zuletzt der Allgemeine Turnverein bei seiner riesigen Sportanlage unten. Die Mittel waren gar nicht so bescheiden, die die Gemeinde dort zur Verfügung gestellt hat. Die Initiative ist dort von den Organisationen ausgegangen und wir alle waren bereit, unabhängig der Parteizugehörigkeit, die entsprechende Finanzierung auch in einem bescheidenen Rahmen nach unseren Möglichkeiten mit zu gestalten.

Ich glaube, warum sollen gerade die Kinderfreunde davon ausgeschlossen sein? Das kann ich einfach nicht verstehen und begreifen. Nur weil es eine Organisation ist, die der Sozialistischen Partei und das bestreite ich nicht, sehr nahesteht.

Unsere Organisation ist auf jeden Fall bei der Landesregierung auf positives Echo gestoßen, weil wir durch einen einstimmigen Beschluß der Landesregierung für dieses Bauwerk eine Subvention von S 500.000,- erhalten haben.

Dort haben auch die Fraktionskollegen der ÖVP zugestimmt. Es wird also im Land die Leistung anerkannt, hier in der Stadt wird diese Leistung nicht anerkannt. Wir mußten auch dort unsere Belege usw. vorlegen. Man bekommt ja nicht so ohne weiteres diesen Betrag.

Ich darf nur, weil ich gefragt wurde, was das kostet sagen, das Haus würde ca. S 2,2 Mill. kosten. Durch die Eigenleistungen der Bevölkerung in der Waldrandsiedlung wird es möglich sein, um ca. 1,7 Mill. dieses Haus herzustellen. Ich glaube, daß von dieser Größenordnung aus der Betrag der Gemeinde gerechtfertigt erscheint.

Ich bitte auf jeden Fall alle um die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diese Aufklärungen und diesen Beitrag. Als nächster Sprecher Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, geschätzter Gemeinderat!

Ich möchte gleich bei dem letzten Argument des Kollegen Schwarz anknüpfen. Ich habe hier eine Pressenotiz, da heißt es, S 350.000,-- für Kinderfreunde treiben Steyrs ÖVP auf die Palme. Wenn ich mir den Amtsbericht anschau und auch jetzt den Diskussionsbeitrag von Kollegen Schwarz, so zeigt er ganz deutlich, daß für diesen Zweck, für diese Einrichtung oder dieses Veranstaltungszentrum mit Jugendheim sogar die OÖ. Landesregierung einstimmig 1/2 Million Schilling zur Verfügung stellt. Ich glaube kaum, daß jemand hier sitzt, daß ich jetzt das Wort der Mehrheit sprechen muß, weil mit Ausnahme aller anderen Parteien, die im Gemeinderat vertreten sind, die Kommunistische Partei keinen Schilling bis jetzt für Gebäudeerhaltung oder Jugendheime als Subvention von der Stadt Steyr bekommen hat. Das möchte ich ausdrücklich feststellen, damit ich nicht in Verruf komme, ich muß immer die Soz. Partei vertreten. Aber auf Grund der Haltung der Freiheitlichen Partei und der ÖVP komme ich immer wieder zur Überzeugung, daß es sich hier ausschließlich um eine politische Frage handelt und es zeigt sich auch im Verhalten zu vielen anderen Subventionierungen. Wenn man sagt, den Kinderfreunden, denen gibt man andauernd, sie haben schon über S 1,1 Mill. in den Jahren seit 1971 erhalten. Na bitte schön, sie haben die Ablöse bekommen für das Gebäude Werndlpark. Aber kein Wort wird hier erwähnt, daß z. B. auch im selben Gebiet eine andere Institution, nämlich die Frohe-Jugend-Wiese ganz schön abgelöst wurde. Keine Stimme dazu. Oder bei der Errichtung der Turnhalle des Allgemeinen Turnvereines. Es ist doch jedem klar oder glauben Sie, nur die Kommunisten sind so gescheit und durchschauen das. Jeder hat gewußt, daß mit der Ablösesumme Pachergasse, der Notwendigkeit des Abbruches der Turnhalle, eine ganz schöne großzügige Subvention drinnensteckt.

Ich meine, die Halle ist gelungen, sie wird auch von allgemeinen anderen Vereinen benutzt, soweit ich weiß. Ich war der Einzige, der dagegen aufgetreten ist aus politischen Gründen, nicht gegen die Initiative der einzelnen Funktionäre des Allgemeinen Turnvereines, die haben hier Großes geleistet, auch das muß ich als Kommunist anerkennen. Aber die politischen Motive, verbunden mit ihrer ganzen Agitation, Turnerzeitung usw., das ist halt ein bisserl etwas anderes, so muß man halt die Sache sehen.

Aber ich bin der Auffassung auch als Kommunist und wir werden wahrscheinlich dieses Veranstaltungszentrum ebenfalls am wenigsten benötigen und beanspruchen, daß es notwendig ist, für dieses Wohngebiet eine Möglichkeit zu schaffen, daß die Menschen, unabhängig ihrer Parteizugehörigkeit, ob sie jetzt von Vereinen, Klubs usw. kommen - das wurde zugesichert durch die Rede von Schwarz und steht auch im Amtsbericht - daß dieses Gebäude und die Einrichtung auch der Allgemeinheit dient und unbedingt notwendig und höchste Zeit ist, daß wir das Veranstaltungszentrum oder Haus in Münichholz bekommen.

Ich verstehe daher beide Parteien nicht. Wir haben z. B. eine ähnliche Situation im

Casino. Es wird jedesmal, wenn eine Subvention gegeben wurde, das Casino auch scharf angegriffen. Wenn ich mir aber die Veranstaltungen in Steyr ansehe oder die Plakate, sie hängen ja teilweise noch oder sind noch aufgestellt, so benützt es gerade im verstärkten Maß auch diese Partei, nämlich die ÖVP mit der Taus-Versammlung, die jetzt vor wenigen Tagen stattgefunden hat. Auch die Freiheitliche Partei feiert dort ganz gut Oktoberfeste. Mit Recht, weil eben Gemeindegelder drinnen stecken.

Auch die Kommunistische Partei benötigt diese Räumlichkeiten, aber nicht nur für sich, sondern weil eben verschiedene kulturelle Veranstaltungen der Bevölkerung geboten werden. Ich glaube, von dieser Warte aus soll man es betrachten und nicht immer nur in eine Richtung, wo man wohl immer die Hand erhebt, wenn es geht, in einer bestimmten Richtung Subventionen zu geben. Es sind auch nicht wenige, ich nehme mir nicht die Mühe, daß ich jetzt nachrechne, aber es macht jedenfalls mehr aus als die S 1,1 Mill., die die Kinderfreunde für dieses Veranstaltungszentrum benötigen. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Beitrag. Ich habe keine weitere Wortmeldung mehr vorgemerkt zu diesem Thema. Wir kommen daher zur Abstimmung des Antrages.

Ich frage nun den Referenten, ob er noch dazu eine Schlußbemerkung machen möchte? Nicht, er verzichtet darauf. Wir entscheiden über den Antrag. Wer ist für die Beschlußfassung, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Gegenprobe? Enthaltung? Der Antrag ist mit Mehrheit beschlossen.

Für den Antrag: 20 SPÖ, 1 KPÖ
gegen den Antrag: 6 ÖVP
Enthaltungen: 2 FPÖ.

Wir kommen zum nächsten Punkt.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Mein letzter Antrag befaßt sich mit der Anschaffung eines Betrachtungsgerätes für Röntgenschirmbilder. Es stellt dies eine letzte, wenn auch zum Vergleich zu den vorhergehenden Ausgaben für die Einrichtung der neuen Röntgenanlage kleine Summe dar. Der Antrag an Sie, meine verehrten Damen und Herren, lautet:

16) GHJ1-4042/77

Anschaffung eines Betrachtungsgerätes
für Röntgenschirmbilder.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. X vom 8. September 1977 wird zum Ankauf eines Filmbetrachtungsgerätes für Röntgenschirmbilder der Firma SiemensAG zum Preise von S 62.575,- eine außerplanmäßige Ausgabe im Betrage von

S 62.600,--

(Schilling zweihundsechzigtausendsechshundert)

bei VP 50-91 bewilligt. Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte, dem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Eine Frage an Sie, ob Sie dazu zu sprechen wünschen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich komme zur Abstimmung. Gibt es eine Gegenmeinung oder Enthaltung vorzumerken? Beides nicht, der Antrag ist beschlossen. Ich danke dem Referenten für die Berichte.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Bitte Herr Bürgermeister, gemäß § 15 der Geschäftsordnung des Gemeinderates darf ich eine Anfrage an Sie richten, und zwar über den Stand der Verhandlungen über ein neues Statut für unsere Stadt. Wie weit sind diese Verhandlungen gediehen, wie sehen sie aus?

Es ist eine Frage, die jeden der anwesenden Gemeinderäte bestimmt interessiert.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Die Anfrage war eigentlich zu erwarten. Ich hätte geglaubt, daß sie aus einer anderen Fraktion kommt.

Gelächter!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Dennoch bin ich gerne bereit, darauf näher einzugehen, weil ich glaube, daß dieses Problem für Steyr, für die Entwicklung der Stadt, äußerst gravierend ist. Ich darf darauf verweisen, daß in Steyr schon vor etwas mehr als einem Jahr ein Mehrheitsbeschluß gefaßt wurde, die Statuten der Stadt in verschiedenen Punkten abzuändern. Der Antrag wurde damals mit mehr als 2/3-Mehrheit beschlossen, rechtskräftig wurde für unsere Beschlußfähigkeit und zum Land Oberösterreich als Aufsichtsbehörde zur Bestätigung weitergereicht wurde. Der Antrag liegt dort noch zur Behandlung, ebenso wie ein Antrag der ÖVP, der als Initiativantrag damals eingebracht wurde vom Land aus ohne Rückfrage bei den Statutarstädten die Statute so quasi von der Obrigkeit her abzuändern. Es ist über Anregung des Gemeindereferenten des Landes Oberösterreich, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Hartl nunmehr zu einer Wiederaufnahme der Gespräche gekommen. Ich habe es übernommen, hier die Verhandlungen zu leiten, die Fraktionen zusammenzuführen, zumal in der Zwischenzeit mit Verspätung in Linz ein Entwurf beschlossen wurde, der von allen Fraktionen einhellig im Linzer Gemeinderat gebilligt worden ist. Dieser Antrag liegt ebenfalls nunmehr beim Land Oberösterreich zur Behandlung, Beschlußfassung und Bestätigung auf. Dazu nur eine reine formalrechtliche Erklärung. Die Statuten der Stadt Steyr oder der Statutarstädte müssen vom Gemeinderat mit 2/3-Mehrheit beschlossen werden, damit sie überhaupt den Gemeinderat passiert haben und weitergegeben werden können. Das Land Oberösterreich benötigt diese 2/3-Mehrheit nicht und könnte ohne weiteres mit einer einfachen Mehrheit eine Verfassungsbestimmung beschließen, die über die Köpfe der Städte Steyr, Wels und Linz hinweg zu beschließen wäre. Ich darf hinzufügen, daß wir in der Zwischenzeit seit der Wiederaufnahme der Gespräche im September oder war es Ende September eine doch einigermaßen gute Atmosphäre und Gesprächsbereitschaft vorgefunden haben, daß es in einigen Punkten schien, als ob in Steyr doch die bewährte Zusammenarbeit auch auf diesem Gebiet möglich scheint und es hat sich in vielen Belangen ergeben, daß eine Annäherung stattgefunden hat. Das möchte ich hier ganz offiziell zur Kenntnis bringen. Insbesondere hat es aber Schwierigkeiten gegeben, nachdem in Wels die Verhandlungen gescheitert sind. Es ist dort zu bisher keiner weiteren Gesprächsbasis gekommen.

In Steyr sind wir immer noch für Gespräche offen und bereit. So wurde mir das auch von den Fraktionssprechern im letzten Gespräch dieser Woche am Dienstag erklärt. Die Schwierigkeiten entstehen in einigen gravierenden Punkten, einerseits daß die Sozialistische Fraktion der Auffassung ist, daß 36 Gemeinderäte vollauf genügen und den Geschäften des Gemeinderates damit Genüge getan ist und andererseits auch den Obliegenheiten der Stadtverwaltung damit voll nachgekommen werden kann. Es ist die Teilungsziffer 36 auch äußerst günstig für die Verteilung der Mehrheiten, etwa einfache oder Zweidrittelmehrheit usw. in den Ausschüssen wie in allen Gremien des Gemeinderates. So auch bei der Aufteilung der Sitze im Stadtsenat. Es ist eine Forderung der ÖVP anhängig, die verlangt, daß die Zahl auf 37 abgeändert werden muß, ansonsten sie nicht bereit ist, einer weiteren Gesprächsführung zuzustimmen. Nun aber glaube ich, daß die Frage doch noch offen zu sein scheint und es für ein weiteres Gespräch auch in dieser Richtung noch Möglichkeiten gibt.

Eine schwierige Frage ist die Stellung der Stadtsenatsmitglieder. Die ÖVP insbesondere wünscht hier, den Statuts des amtsführenden Stadtrates in voller Weisungsberechtigung und Selbständigkeit der Anordnungsbefugnisse. Das ist ein Punkt, der zweifelsohne ein gravierendes Moment in der Verwaltungstätigkeit sein wird, wobei ich noch zur Frage der Gemeinderatsmandate hinzufügen muß, es ist eigenartig die Unterschiedlichkeit der Gesetzgebung. Der Gemeinderat benötigt auch in der Statutarstadt Steyr eine Zweidrittelmehrheit für Änderungen von Verfassungsbestimmungen. Das Land Oberösterreich braucht nur eine einfache Mehrheit, um Verfassungsgesetze des Landes Oberösterreich oder der

Statutarstädte oder Gemeinden abändern zu können. Darüberhinaus hat das Land Oberösterreich keineswegs eine ungerade Ziffer von Landtagsmandaten, sondern auch die Zahl 56, also eine gerade Zahl. Es ist für mich persönlich unerklärlich, warum gerade in den Statutarstädten eine ungerade Zahl verlangt wird. Sie rührt vermutlich daher, daß der Entwurf für die Gemeinden in den Bezirken auch die Zahl 37 ab 5.000 Wählern vorsieht. Ich glaube aber, hier in diesem Kreis brauche ich das nicht besonders erläutern, daß doch eine Statutarstadt mit etwa 16.000 Wählern in Steyr mit anderen Maßstäben zu sehen ist als eine Gemeinde mit bis zu 5.000 Wählern. Aber das sind Dinge, die noch im Laufen sind.

Die demokratische Reife, wenn ich schon in dieser Richtung angesprochen wurde, des Gemeinderates und der gesamten Verwaltungsbereiche des Landes und der Statutarstädte, glaube ich, wird eines erforderlich machen. Wenn nämlich immer von bürgernaher Verwaltung, von Demokratie und persönlicher Freiheit die Rede ist, kann es in meinen Augen überhaupt nicht möglich sein, wenn hier nicht von diktatorischen Bestimmungen geredet werden darf, daß das Land Oberösterreich, egal, wie sich die Städte in ihrer Entscheidung nunmehr einigen werden, über den Kopf der Gemeinderäte der Statutarstädte hinweg andere Entscheidungen treffen wird als es die Gemeinden oder Statutargemeinden in diesem Fall wünschen. Wäre das nicht der Fall, müßte ich von einem sehr argen Bruch der Möglichkeiten sprechen, die bisher üblich waren und die sich das Land Oberösterreich, in diesem Fall aneignen würde.

Ich kann noch einmal sagen, es wäre beschämend, wenn der Landtag ohne Nennung einer bestimmten politischen Partei, wenn der Landtag von Oberösterreich ein Gesetz, ein Statut für die Städte Linz, Wels und Steyr beschließen würde, das die Städte nicht wünschen. Das wäre ein Eingriff in die bisher stets von allen Seiten anerkannte Autonomie und ich glaube daher, daß es diesbezüglich doch Möglichkeiten einer Einigung oder zumindest einer Annäherung gibt, die in der Folge eine Einigung im Sinne einer demokratischen Abstimmung, vor allem aber auch im Sinne einer Kompromißbereitschaft auf allen Seiten ergeben wird können. Das wäre nur die Beantwortung, mit der ich nicht warten wollte bis zur nächsten Sitzung, weil es heute ohne weiteres auf Grund des Standes der Dinge aus den letzten Gesprächen möglich ist, sie direkt zu beantworten.

Ich komme damit

Bitte!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Zur Geschäftsordnung, Herr Bürgermeister!

Nur eine Frage. Ist es möglich, Herr Bürgermeister, hier im Anschluß an Deine Erklärungen auch einige Worte anzufügen oder nicht?

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Es ist eine Debatte zu einer Beantwortung meines Erachtens nicht zulässig.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Laut Geschäftsordnung?

Dann darf ich aber auch hier dezidiert und klar feststellen, daß die Anfrage als solche und auch die Beantwortung der Anfrage geschäftsordnungswidrig vorgenommen wurde deswegen, weil gemäß Bestimmung § 15 der Geschäftsordnung die Anfragen an den Bürgermeister schriftlich zu stellen sind. Wir haben uns hier außerhalb der Geschäftsordnung bewegt, daher wäre es an und für sich loyalerweise recht, auch hier einige Erklärungen außerhalb der vorgesehenen Geschäftsordnung abzugeben. Ich bitte um die entsprechende Entscheidung als Vorsitzender, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Kollege Fritsch, ich sehe die Aufregung nicht ein, die bei Dir vorherrscht, denn es hat bevor ich die schriftliche Erklärung oder Anfrage des Kollegen Gemeinderat Schwarz erhalten habe, die mündliche Anfrage an mich stattgefunden und ich habe daraufhin erklärt, ich werde sie in der nächsten Sitzung beantworten. Mir wurde dann die schriftliche vorgelegt. Zum Zeitpunkt der Anfrage ist mir eine schriftliche Vorlage nicht bekannt gewesen. Ich sehe es buchstäblich wirklich nicht ein, warum eine Diskussion zu einem Punkt, der

eine Anfrage betrifft, notwendig wäre. Zur Frage des Kollegen Fürst - ich hätte eher gedacht, daß die Frage kommt, ob die nötige Unterstützung für seine Anfrage gegeben ist -

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

..... laut Geschäftsordnung

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich glaube, auch die wäre kein Problem, sie beizubringen. Ich habe mich nur der Beantwortung der Anfrage direkt entledigt. Es wäre möglich gewesen, diese in der nächsten Sitzung zu geben. Nachdem aber der Stand der Dinge so offensichtlich ist und jedem in Erinnerung ist, sehe ich mich jederzeit imstande, eine Erklärung zu einer solchen Anfrage direkt abzugeben. Damit ist der Punkt abgeschlossen, eine Diskussion zu diesem Punkt erübrigt sich.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Herr Bürgermeister, nur muß ich zurückkommen, ist die Anfrage schriftlich vorliegend oder nicht?

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Kollege Fritsch, ich stelle fest, daß die Anfragebeantwortung ordnungsgemäß

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Liegt sie schriftlich vor?

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Kollege Fritsch, darf ich bitten, sonst müßte ich einen Ordnungsruf erteilen, das wäre mir sehr peinlich, das am Vorsitzendentisch zu machen. Aber ich bitte, hier die Regeln einzuhalten, die sonst in diesem Kreis üblich sind. Schauspiele vor den neuen Gemeinderäten, glaube ich, sind heute nicht notwendig.

Wir kommen damit zur Fortsetzung der weiteren Sitzung. Ich erteile nunmehr Kollegin Kaltenbrunner das Wort zu ihrem Vortrag.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER!

Verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen heute 2 Anträge aus dem Stadtsenat zur Beschlußfassung unterbreiten. Der erste Antrag beschäftigt sich mit der Auswechslung der Eingangstüren zu den Bürgermeisterräumen, 1. Stock vorne, und Ankauf eines Lusters.

17) Bau5-4634/77

Auswechslung der Eingangstüren zu den Bürgermeisterräumen, 1. Stock vorne, und Ankauf eines Lusters.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. VI vom 18. Oktober 1977 wird der Auswechslung der Eingangstüren zu den Bürgermeisterräumen, 1. Stock vorne und dem Ankauf eines Lusters für die Bürgermeister-Vorkanzlei zugestimmt.

Zu diesem Zwecke wird eine außerplanmäßige Ausgabe von

S 56.100,--

(Schilling sechshundfünfzigtausendeinhundert)

bei VP 00-91 oH bewilligt. Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Die Aufträge werden wie folgt vergeben:

1. Lieferung der Türen:
Firma Siller, Steyr, zum Anbotpreis von S 51.094,--
2. Lieferung eines Lusters:
Firma Kammerhofer zum Preise von S 5.000,--.

Gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Punkt eine Wortmeldung? Ich sehe, das ist nicht gegeben. Eine Enthaltung dazu oder eine Gegenstimme? Auch nicht, somit gilt dieser Antrag als einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum nächsten Punkt.

STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

Der zweite Antrag betrifft:

18) GHJ-738/77

Dachinstandsetzung städtisches Objekt Wagnerstraße 2 - 4.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. VI vom 17. Oktober 1977 wird für Dachinstandsetzungsarbeiten am städtischen Objekt Wagnerstraße 2 - 4 der Betrag von

S 600.000,--

(Schilling sechshunderttausend)

bei VP 921-92 oH freigegeben und ein weiterer Betrag von

S 400.000,--

(Schilling vierhunderttausend)

bei derselben VP als überplanmäßige Ausgabe bewilligt. Die Deckung der überplanmäßigen Ausgabe hat aus Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Die Aufträge sind wie folgt zu vergeben:

1. Dachdeckerarbeiten:

Firma Wittner, Steyr, zum Anbotpreis von S 768.350,--

2. Spenglerarbeiten:

Firma Wittner, Steyr, zum Anbotpreis von S 129.413,--

3. Blitzschutzarbeiten:

Firma Gstöttner, Steyr, zum Anbotpreis von S 46.020,--

4. Zimmermannsarbeiten:

Firma Weidinger, Steyr, zum Anbotpreis von S 13.840,--

Gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch hier um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch dieser Antrag steht zur Diskussion.

Die Frage einer Wortmeldung? Kollege Treml dazu.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Bei diesem Objekt, ich weiß nicht, ob jeder Gemeinderat informiert ist, handelt es sich um das Gebäude der Wagnerstraße 2 - 4, das der Stadtgemeinde gehört und an die AEG Telefunken verpachtet wurde. Ich habe schon im Finanz- und Rechtsausschuß Stellung genommen, weil wir auch im letzten Gemeinderat, in der letzten Sitzung, für die Instandsetzung der Heizung 1/2 Million bewilligt haben, also S 500.000,- und heute, innerhalb weniger Wochen, rund eine weitere Million zur Verfügung stellen müssen, daß Reparaturarbeiten an diesem Gebäude durchgeführt werden können. Also insgesamt in den letzten 8 - 10 Wochen muß die Stadtgemeinde S 1,5 Mill. aufwenden bei diesem Gebäude.

Ich habe auch im Finanz- und Rechtsausschuß hingewiesen darauf, wenn der Vertrag derartig abgeschlossen ist, daß wir verpflichtet sind, dann müssen wir diesen Betrag freigeben, weil die notwendigen Arbeiten dort durchgeführt werden. Aber auf der anderen

Seite erhebt sich schon die Frage, ob dieser Vertrag mit Telefunken gar so gut ist für die Gemeinde, wenn man innerhalb so kurzer Zeit S 1,5 Mill. aufwendet und allein im heurigen Jahr und das ist schon wesentlich erhöht gegenüber den anderen Jahren, was wir an Pacht hereingebracht haben. Heuer haben wir insgesamt S 750.000,- hereingebracht. Das würde bedeuten, daß die Telefunken, die seit 1969 installiert sind im Hotel, dann 2 Jahre davon eigentlich keinen Pacht entrichtet haben. Also es ist ungefähr so wie in der Aufbauzeit, wo die Steyr-Werke nicht so verpflichtet waren, Steuern an die Stadt zu zahlen.

Der Vergleich stimmt natürlich nicht ganz genau, aber das muß man natürlich auch sehen. Ich glaube, auf jeden Fall ist es nicht ganz richtig wenn man sagt, hier handelt es sich um Förderungsmaßnahmen, um Arbeitsplätze zu sichern. Denn es handelt sich nicht um einen Kleingewerbebetrieb oder um einen Mittelbetrieb. Ich glaube, jedem von uns ist doch bekannt, daß es sich bei der Firma AEG Telefunken um einen multinationalen Konzern handelt, der immerhin rund 100 Betriebe hat und weit über 70.000 Beschäftigte. Also man darf daher nicht so werden wie bei Förderungen an Klein- und Mittelbetriebe. Daher, meine Damen und Herren, sollten wir in Zukunft doch bei derartigen Verträgen etwas vorsichtiger sein, denn es ist so, daß man nicht immer zu jeder Zeit jede Ausgabe rechtfertigen kann mit der Arbeitsplatzsicherung. Auch der Gewerkschaftssekretär Dresl weiß ganz genau, daß z. B. Telefunken einmal über 500 beschäftigt hat, heute nur mehr über 300 beschäftigt.

STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:
350!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

350, nicht ganz 350. Da sind inbegriffen auch die Teilzeitbeschäftigten. Aber das ist unwesentlich. Entscheidend ist, daß sich so manche ein bisschen mehr interessieren sollen in diesem Frauenbetrieb über die Zustände. Das wäre schon Aufgabe einer sozialistischen Mandatarin bzw. auch der Gewerkschaft. Dort gibt es Zustände, die bestimmt nicht würdig sind, daß man sie besonders auf den Tisch legt. Trotzdem glaube ich, daß wir gemeinsam, Gewerkschaft und Mandatäre, auch in diesem Betrieb, wenn wir schon soviel Geld ausgeben, auch ein bisschen Einfluß nehmen, daß dort menschenwürdige Arbeitsverhältnisse geschaffen werden, die bis heute nicht sind. Eine Heizung ist notwendig, das Dach ist gut. Aber auch Garderobenräume und anderes, das nicht einmal versperrbar ist usw. Es gibt Dinge, die man hier aufzeigen könnte, die nicht unmittelbar mit der Sachfrage zu tun haben, aber aufgezeigt gehören.

In diesem Sinne möchte ich schon Bedenken hier anmelden.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Eine weitere Bemerkung zu diesem Antrag? Kollege Dresl dazu.

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren!

Ich wurde direkt angesprochen, Problematik Telefunken. Gleich zur Sache selbst, ob es gerechtfertigt ist, die Investitionen, die von uns aus, von der Gemeinde aus, durchgeführt werden, zu sanktionieren. Man darf, glaube ich, auch nicht außer Betracht lassen, daß zur Substanzerhaltung des Hauses – es gehört der Gemeinde – ebenfalls Ausgaben auf Aufgaben damit verbunden sind. Ich glaube durchaus, wenn eine Heizung drinnen ist, wenn die Räume anständig – und das sind sie – instandgesetzt sind, wenn das Dach hergerichtet wird, wenn die Fenster hergerichtet werden, so gehört das eigentlich doch, wenn man Besitzer dieses Hauses ist, dem Besitzer zu, daß er dieses instandsetzt.

Zu den anderen Bemerkungen, die durch den Raum gegeistert sind, wie die Zustände, die dort unten sind. Ich kann nur feststellen, daß die Arbeitsräume in tadellosestem Zustand sich befinden, daß ferner sehr wohl jede Beschäftigte – es handelt sich überwiegend um Frauen – neben ihrem unmittelbaren Arbeitsplatz ein versperrbares Kästchen hat, wo die Wertsachen, Handtasche und dergleichen untergebracht werden können.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sonst haben sie einen Nagel im Keller!

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Sonst haben sie in den Parterreräumen – Moment lieber Herr Kollege Treml, da muß Du Dir das einmal anschauen – neu ausgebaute Sozialräume. Es ist eine anständige Kantine da; ich wäre froh, hätten alle Betriebe solche Gemeinschaftseinrichtungen geschaffen in den letzten Jahren wie in den Telefonen.

Daß es Schwierigkeiten gibt bei den verschiedensten Arbeitsabläufen, das ist bekannt. Das ist mir bekannt, unter Umständen auch Dir. Ich glaube, das dient aber nicht als Tagesordnungspunkt und einer Erörterung im Gemeinderat. Das sind arbeitsrechtliche und sozialrechtliche Fragen unter Umständen. Sie gehören, glaube ich, nicht unmittelbar in diesen Raum.

Aber wenn kritisiert wird, daß die Einrichtungen, sprich sanitärer Art, nicht gewährleistet sind, da muß man sich einfach zum Wort melden und das richtigstellen. Das verdient der Betrieb dort unten nicht, vor allem aber auch nicht die Gemeinde, die zum Teil als Erhalter dieses Gebäudes verantwortlich ist.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Gemeinderat Treml noch einmal zu diesem Problem.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Normal hätte ich es nicht für notwendig befunden, ich habe mich bei der letzten GR-Sitzung auch nicht gleich zu Wort gemeldet, wo ich auch nicht einverstanden war.

Ich mache das sehr ungern auch gegenüber einem Gewerkschaftssekretär, weil er im großen und ganzen doch die Aufgaben seiner Mitglieder vertritt und ich bin eben auch Mitglied dieser Organisation seit über 30 Jahren. Aber wenn Koll. Dresl auftritt, ich beziehe mich jetzt nicht darauf, was mir unterstellt wurde, von Toiletteanlagen habe ich gar nicht gesprochen, ich habe konkret gesagt das, was er selbst bestätigt hat, daß es Mängel gibt. Man muß das auch sehen, wenn man etwas fördert in so einer Situation, da muß man auch zur Kenntnis nehmen, daß man Mängel und Mißstände aufzeigt. Aber das Argument, das Haus gehört der Gemeinde und weil es der Gemeinde gehört, muß man es instandhalten. Man braucht ein Dach, eine Heizung, das muß man in Ordnung halten. Einverstanden. Dieses Haus beherbergt jetzt einen multinationalen Konzern, einen Industriekonzern. Da kommt der Gewerkschaftssekretär und Gemeinderat Dresl heraus und sagt, bitte das müssen wir instandhalten. Derselbe Funktionär wohnt auf der Ennsleite. Dort gehören auch Häuser der Gemeinde, über 80 Jahre alte Häuser, wogegen diese Häuser erst 40 Jahre alt sind, dort wäre es auch notwendig, die Häuser instandzuhalten und daß man hier Initiativen entwickelt.

Wir Kommunisten haben es schon gemacht. Aber das wäre Aufgabe zu stellen, aber nicht in erster Linie dort bei einem Gebäude, wo ein Betrieb untergebracht ist.

Da hat es keine Gegenstimme gegeben, als man diese alten Miethäuser, die Mietzinse gleich verdoppelt hat bei Neuvermietungen. Aber seit 80 Jahren fast nichts gemacht hat außer die Dachrinne oder irgend etwas ausgebessert. Das kann man nachlesen in bestimmten Schriften hier beim Magistrat. Das wundert mich sehr und zu dem, daß alles in Ordnung ist, kann ich auch nicht recht der Auffassung sein, bin ich zumindest nicht der Auffassung, weil man das letzte Betriebsratswahlergebnis kennt. Von 300 gesicherten Arbeitsplätzen haben immerhin 120 ungültig gewählt. Ich glaube kaum, daß das Kommunisten waren.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Eine weitere Wortmeldung ist mir nicht mehr bekannt. Wir kommen daher zur Abstimmung. Gibt es gegen den Antrag Einwendungen? Ich bitte Sie, das aufzuzeigen. Enthaltungen dazu? Das ist nicht der Fall, somit ist der Antrag einstimmig beschlossen. Ich danke der Referentin. Wir kommen zum Nächsten, Kollegen Kinzelhofer.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Wertes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Es liegt Ihnen der Rechnungsabschluß bzw. die Jahresbilanz 1976 der Stadtwerke vor, die zu beschließen ist. Bevor ich Ihnen den Antrag des Stadtsenates dazu stelle, erlauben Sie mir, daß ich einige Betriebe herausnehme und Ihnen einige Mitteilungen mache, die interessant sind. Ich habe bei der letzten GR-Sitzung über den Verkehrsbetrieb ganz kurz berichtet. Ich möchte nur feststellen, daß die Jahresbilanz eine Umsatzsteigerung von

S 3,5 Mill. aufweist, das heißt, daß der Umsatz S 43.632.000,- darstellt. Davon haben das Wasserwerk und Gaswerk einen wesentlichen Anteil sowie der Verkehrsbetrieb. Sie kennen ja unser Gebiet. Wir versorgen mit dem Gaswerk die ganze Stadt und einzelne Landgemeinden. Wir haben ein Leitungsnetz von 130 km und haben im Jahre 1976 11.391 m³ pro Tag gefördert. Der Tagesverbrauch ist 222 l. Wenn wir bedenken, daß vor Jahren noch 150 l verbraucht wurden, so ist das eine wesentliche Steigerung. Wir hatten auf der anderen Seite unsere Leitungen repariert. Es sind 81 Rohrbrüche zu verzeichnen gewesen. Wir haben 1.644 m neue Leitungen verlegt. Wir hatten eine Höchstförderung am 7. Juli 1976 von 17.570 m³.

Ich möchte aber auch festhalten, daß wir an die Randgemeinden 195.229 m³ Wasser verkauft oder geliefert haben. Es wurden im Jahre 1976 rund 4 Mill. m³ gefördert und 3,5 Mill. m³ verkauft. Soweit das Wasserwerk.

Zum Gaswerk möchte ich nur mitteilen, daß wir 6,9 Mill m³ Erdgas verkauft haben. Daß das Gaswerk es ermöglicht hat, auf Grund der Investitionen, die Sie durch den Gemeinderat kennen, war es möglich, den Verlust, die Rohrnetzverluste von 6,8 % im Jahre 1975 auf 2,9 % zu senken. Wir haben hier auch eine Länge unserer Gasleitung von 61.392 m. Wir haben die Gasabnehmer auch erhöhen können, und zwar um 94 auf 4.514 Gasbezieher in Steyr.

Soweit ein kleiner Überblick über zwei von diesen 7 Betrieben, die die Stadtwerke zu verwalten haben bzw. wo die Bilanz jetzt vorliegt.

Ich darf den Antrag des Stadtsenates an Sie stellen:

19) ÖAG-3385/77

Stadtwerke

Genehmigung der Jahresbilanz 1976

der Stadtwerke Steyr. (BEILAGE B)

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die beiliegende Jahresbilanz 1976 der Stadtwerke Steyr wird genehmigt.

Gleichzeitig wird gemäß § 59 Abs. 2 Z. 1c der Dotation der Rücklagen (freie Rücklagen) bei den Teilbetrieben

Bestattungsanstalt	S 80.000,--
Krematorium und Leichenhalle	S 250.000,--
Wasserwerk	S 1,600.000,--
Gaswerk	<u>S 1,100.000,--</u>
S u m m e	S 3,030.000,--

zugestimmt.

Ich ersuche um Ihre Genehmigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben diesen Antrag gehört. Ich habe bereits 2 Wortmeldungen hier liegen. Es hat sich zuerst Herr Gemeinderat Schwarz gemeldet, anschließend Herr Gemeinderat Mayrhofer. Ist eine weitere Wortmeldung noch in Vormerkung zu bringen? Bis jetzt nicht der Fall.

GEMEINDERAT HERBERT SCHWARZ:

Wertes Präsidium, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn man sich die Bilanz der Stadtwerke Steyr ansieht und Vergleiche mit dem Vorjahr anstellt, so kann man eine gleichmäßige Entwicklung feststellen. Eine ähnliche Erklärung wurde jetzt bereits von Herrn Stadtrat Kinzelhofer abgegeben.

Die Einnahmen erhöhten sich in Anlehnung an die Inflationsrate und durch eine geringfügige Steigerung des Umsatzes. Bei den gesamten Ausgaben ist eine größere Erhöhung eingetreten. Die Steigerung liegt hier zwischen 10 und 15 %. Hingegen ist die Umsatzausweitung bei durchschnittlich 9 %. Das raschere Steigen der Ausgaben als die Einnahmen hat zu einem Gewinnrückgang gegenüber 1975 geführt. 1975 waren die Gewinne bei Bestattung, wenn ich das noch in Erinnerung rufen darf, Bestattung, Krematorium und Leichenhalle, Wasser- und Gaswerk rund S 4,641.000,-. 1976 ergab sich ein Reingewinn bei den gleichen Betrieben von S 3,121.000,-. Lediglich beim Betrieb Leichenhalle, Krematorium ist ein Ansteigen des Gewinnes von S 176.000,- im Jahre 1975 auf 261.000,- im Jahre 1976

zu verzeichnen.

Die Verluste bei den Verkehrsbetrieben, Stadtbad und Kunsteisbahn sind auf Grund der vorherwähnten größeren Ausgaben weiter gestiegen. Die Vermögenslage der Stadtwerke hat sich weiterhin verbessert, da die 1975 erlittenen Verluste bei Stadtbad und Kunsteisbahn zur Gänze aus dem Gemeindehaushalt ersetzt wurden. Die Belastung des Verlustes 1975 aus den Verkehrsbetrieben im Betrage von rund S 1,115.000,- wurde durch eine Kapitalanlage von rund S 1,200.000,- zur Gänze aufgesaugt. Durch diese Kapitalzuführung wirkte sich der gesamte Gewinn kapitalerhöhend aus.

Das Reinvermögen beträgt nunmehr zum 31. 12. 1976 S 59,506.000,- gegenüber einem Anfangsreinvermögen vom 1. 1. 1976 S 56,867.000,-. Bei diesen Summen ist die freie Rücklage zum 1. 1. und 31. 12. 1976 bereits dem Reinvermögen zugerechnet.

In den Vorjahren wurde angeregt, die Form der Bilanzen nach dem Handelsgesetzbuch und dem Aktiengesetz zu wählen. Es sind darin genaue Bezeichnungen der einzelnen Bilanzpositionen sowie Gliederungen gesetzlich vorgeschrieben.

Weiters wären trotz des Berichtes von Herrn Stadtrat Kinzelhofer dem Antrag ein Bericht, ein kurzer Geschäftsbericht über die Lage des Unternehmens, die künftige Entwicklung des Unternehmens sowie geplante Investitionen in den nächsten Jahren der Bilanz beizuschließen. Die ÖVP-Fraktion wird den Anträgen positiv zustimmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Erklärung. Als nächster Beitragsredner Herr Gemeinderat Mayrhofer.

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Einige Bemerkungen zu den Stadtwerken und deren Bedeutung über die, glaube ich, jeder Steyrer ganz genau Bescheid weiß.

Die Verkehrsbetriebe versuchen immer mehr, dem lokalen Verkehrsbedürfnis zu dienen. Dort, wo neue Linien nicht sofort den gewünschten Erfolg bringen, wird versucht, zumindest etappenweise durch die Führung von Einkaufskursen den Bedürfnissen der Bewohner abgelegener Stadtteile Rechnung zu tragen. Der Schülerverkehr wird vorgenommen, aber auch der Transport bei Notsituationen einwandfrei durchgeführt. Es steht uns Steyrern aber auch Wasser von hervorragender Qualität und in ausreichender Menge zur Verfügung. Was aber geleistet werden muß, um dieses Wasser herzubringen, zu verteilen oder aber um die Quellen zu warten und zu schützen, wissen nur wenige.

Im übrigen sind die Stadtwerke dabei, ein zweites Brunnenschutzgebiet im Norden der Stadt zu erschließen, um für alle Eventualfälle gerüstet zu sein.

Auch die Gasversorgung schafft keine Schwierigkeiten.

Über die übrigen Aufgaben der städtischen Unternehmungen, glaube ich, gibt die Jahresbilanz genug Aufklärung. Ich glaube, es hat sich durch Jahrzehnte bewährt, daß diese kommunalen Versorgungseinrichtungen durch unsere Stadtwerke, also durch eine städtische Einrichtung, geführt werden. Es ist auch der Ruf nach Reprivatisierung nur sehr schwach zu vernehmen. Scheinbar will man sich nur wenige Bereiche, die etwas gewinnbringend sein könnten, herausgreifen.

Die Steyrer sind jedoch mit diesen kommunalen Einrichtungen der Stadtwerke zufrieden und ich glaube, daß es einer Änderung wirklich nicht bedarf.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Eine weitere Wortmeldung ist nicht vorgemerkt. Ich frage den Referenten, ob ein Schlußwort gewünscht wird?

Gemeinderat Luksch verläßt um 17.50 Uhr die Sitzung.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Nein, ich möchte nur dem Gemeinderat mitteilen, daß dem Antrag der Bericht des Kontrollamtes beiliegt, der die Bestätigung der Bilanz gibt. Ich bitte um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Im Zuge des üblichen Vorganges darf ich Sie fragen, ob jemand gegen den Antrag zu stimmen wünscht oder eine Enthaltung aufzeigt? Beides ist nicht der Fall, der Antrag ist somit einstimmig beschlossen. Danke. Wir kommen zum nächsten Punkt.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Werte Damen und Herren!

Ich habe Ihnen weiter~~s~~ den Antrag für den Hallenbadanbau vorzulegen.

20 a) Bau5-6142/72

Hallenbadanbau -

Vergabe von Professionistenarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der MA III vom 30. August 1977 wird der Auftrag zur Ausführung der Elektroinstallationsarbeiten für den Hallenbadanbau mit Lehrschwimmbecken und Sauna der Firma Berger zum Anbotpreis von S 420.668,- übertragen.

Die Mittel sind aus VP 722-92 aoH zu nehmen.

Gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Darf ich eine Korrektur vornehmen, weil hier die Frage wieder auftaucht, damit Mißverständnisse verhindert werden. Zur Genehmigung der Jahresbilanz hat der Referent erklärt, der Kontrollbericht liegt dem Antrag bei. Das ist ein Mißverständnis, er liegt dem Akt bei. Bitte das zur Korrektur, damit keinerlei Mißverständnisse auftreten oder irgendwo das Gefühl der Unterversorgung besteht.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Entschuldigung!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wir kommen zu diesem Punkt. Ich würde bitten, beide Fragen, sowohl die der Elektroinstallation wie auch die Professionistenarbeiten in einem zusammenzufassen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

20 b) Bau5-6142/72

Hallenbadanbau -

Vergabe von Professionistenarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der MA III vom 6. Oktober 1977 wird für Gewichts- schlosserarbeiten, Spenglerarbeiten, Leichtmetallfenster und -türen und für Glaserarbeiten für den Hallenbadanbau der Betrag von

S 613.720,--

bewilligt.

Die Mittel sind aus VP 722-92 aoH zu nehmen.

Die Aufträge werden wie folgt vergeben:

1. Spenglerarbeiten:
Firma Ploberger, Pasching, zum Anbotpreis von S 71.752,--
2. Gewichtsschlosserarbeiten:
Firma Weichselbaumer, Steyr, zum Anbotpreis von S 92.390,--
3. Leichtmetallfenster und -türen:
Firma Gebau, Steyr, zum Anbotpreis von S 277.366,--
4. Glaserarbeiten:
Firma Tillian, Steyr, zum Anbotpreis von S 172.212,--.

Gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

20 c) Bau5-6142/72

Hallenbadanbau -

Vergabe von Professionistenarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 28. 9. 1977 wird für nachstehend angeführ-

te Professionistenarbeiten für den Hallenbadanbau Steyr der Betrag von

S 324.800,--

(Schilling dreihundertvierundzwanzigtausendachthundert)

bewilligt. Die Mittel sind aus VP 722-92 aoH zu nehmen.

Die Aufträge sind wie folgt zu vergeben:

1. Alu-Paneeeldecken:
Firma Foli-Flex, Linz, zum Preise von S 207.865,--
2. Kunststeinarbeiten:
Firma Töpl, Steyr, zum Preise von S 106.430,--
3. Lichtkuppeln:
Firma Polilux, Mauthausen, zum Preise von S 10.772,--.

Ich ersuche, auch diese Beträge zu genehmigen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Bevor ich die Frage stelle, ob eine Diskussion gewünscht wird, darf ich noch einmal erklären, daß unter einer Aktennummer der Hallenbadzubau, sowohl die Elektroinstallationsarbeiten beinhaltet sind als auch diverse Professionistenarbeiten. Ich frage, ob jemand dazu zu sprechen wünscht? Ich bemerke, das ist nicht der Fall. Eine Gegenstimme oder eine Enthaltung zum Antrag? Es wird beides nicht angezeigt, somit ist dieser Antrag einstimmig angenommen. Wir kommen zum nächsten Punkt Mülldeponie.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Bei der Mülldeponie soll die seismische Messung durchgeführt werden.

21) ÖAG-6638/75

Mülldeponie der Stadt Steyr -
Durchführung seismischer Messungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß dem Amtsbericht der Magistratsdirektion vom 22. 9. 1977 wird der Auftrag zur Durchführung der seismischen Messungen im Bereich der Mülldeponie der Stadt Steyr an Prof. Dr. Weber zum angebotenen Preis in Höhe von

S 142.128,--

vergeben. Dieser Betrag wird bei VP 81-91 oH überplanmäßig bewilligt. Die Deckung hat durch Beiträge zur Reinhaltung des Grund- und Quellwassers zu erfolgen.

Der Magistrat ist im Sinne des § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses befugt.

Ich ersuche auch hier um die Genehmigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Eine Frage an Sie, ob Sie dazu zu sprechen wünschen? Es scheint dies nicht der Fall zu sein. Herr Gemeinderat Köhler bitte!

GEMEINDERAT WALTER KÖHLER:

Geehrtes Präsidium, werte Damen und Herren!

Einige Bemerkungen zu diesem Antrag. Oberstes Gebot für die Stadt Steyr ist der Schutz des Trinkwassers. Bevor daher eine Entscheidung über den Weiterbestand unserer Mülldeponie, über die Umwandlung in eine Rotteanlage mit einem Müllbeseitigungsverband, der den Bezirk Steyr-Land einschließen soll, getroffen werden kann, muß eindeutig feststehen, daß eine Gefährdung des Trinkwassers im Brunnenschutzgebiet nicht möglich ist. Mit großer Genauigkeit werden daher von der Wasserrechtsbehörde und Stadt Steyr diese Untersuchungen geführt. Profile des Untergrundes, die durch Bohrungen und durch die Einmessung vorhandener Hausbrunnen bereits bestehen, werden nun durch modernste seismische Messungen der Montanistischen Hochschule in Leoben ergänzt. Erst dann wird es möglich sein, genaue Aussagen zu machen.

Sicher muß auch das Müllproblem geklärt werden und ich bin sehr froh, daß von der Stadt

Steyr hier bereits mehrere Möglichkeiten ins Auge gefaßt werden. Zug um Zug soll es auch hier zu einer Endlösung kommen, die dem modernen Umweltschutz und vor allem aber auch den neuesten Erkenntnissen der Wirtschaft entspricht.

Abschließend wird daher die Durchführung dieser Messungen im Interesse der gesicherten Wasserversorgung und einer künftigen Müllentsorgung begrüßt.

Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke schön. Eine Frage, ob eine weitere Wortmeldung vorliegt? Nicht gegeben. Stimmen Sie dem Antrag zu, dann darf ich Sie bitten, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Gegenstimme, Enthaltung? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke auch dem Referenten für seine Antragstellungen.

Wir kommen zum nächsten Berichterstatter. Anstelle des erkrankten Stadtrates Wallner wird Gemeinderat Dr. Stellberger berichten.

BERICHTERSTATTER GEMEINDERAT DR. STELLBERGER anstelle des abwesenden Stadtrates Wallner:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf Ihnen 5 Anträge folgenden Inhaltes vorbringen. Der erste Antrag betrifft die Kanalisation Ennser Straße und lautet:

22) Bau6-4461/76

Ergänzung der GR-Beschlüsse betreffend die
Kanalisation Ennser Straße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit den GR-Beschlüssen vom 8. 11. 1976 und 1. 3. 1977 wurde der Auftrag zur Herstellung der Kanalisierung Ennser Straße der Firma Negrelli zum Anbotpreis von S 2.058.300 übertragen und wurden die erforderlichen Mittel freigegeben bzw. bewilligt.

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 5. September 1977 wird eine Überschreitung der obengenannten Anbotsumme um S 231.948,- nachträglich genehmigt.

Zur Berichtigung dieser Forderung wird hiermit eine überplanmäßige Ausgabe von

S 235.000,--

(Schilling zweihundertfünfunddreißigtausend)

bei VP 713-920 aOH bewilligt. Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen. Gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte zu Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Haben Sie zum Antrag eine Wortmeldung? Ich sehe keine. Gibt es Gegenstimmen, Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist beschlossen.

GEMEINDERAT DR. ALOIS STELLBERGER:

Der zweite Antrag betrifft einen Teil der Errichtung des Hauptsammlers A und lautet:

23) Bau6-1781/76

Errichtung des Hauptsammlers A, 1. Teil, 1. Bauabschnitt,
im Bereiche des Hartplatzes der Doppelturnhalle.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der MA III vom 24. Oktober 1977 wird der Errichtung des Hauptsammlers A, 1. Teil, 1. Bauabschnitt, im Bereiche des Hartplatzes der Doppelturnhalle zugestimmt.

Die Mittel in Höhe von

S 830.000,--

(Schilling achthundertdreißigtausend)

sind aus V 85 zu nehmen.

Der entsprechende Auftrag wird der Firma Beer und Janischofsky zum Anbotpreis von S 830.000,-- übertragen.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch dieser Antrag steht frei zur Diskussion. Eine Wortmeldung gewünscht? Ich sehe keine. Haben Sie eine Gegenstimme oder Enthaltung dazu? Auch nicht, einstimmig beschlossen.

GEMEINDERAT DR. ALOIS STELLNBERGER:

Der nächste Antrag betrifft den Abbruch verschiedener Liegenschaften und lautet:

24) Bau3-6440/76

Abbruch der Liegenschaften Eisenstraße 8, 10 und
14 sowie Schiffmeistergasse 2, 4 und 5.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 19. September 1977 wird zum Abbruch der Liegenschaften Eisenstraße 8, 10 und 14 sowie Schiffmeistergasse 2, 4 und 5 eine überplanmäßige Ausgabe von

S 178.500,--

(Schilling einhundertachtundsiebzigtausendfünfhundert)

bei VP 664-916 aOH bewilligt. Die Deckung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Der entsprechende Auftrag wird der Firma Beer und Janischofsky zum Anbotpreis von S 178.534,- übertragen.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch zu diesem Antrag die Frage, ob Sie dazu zu sprechen wünschen? Ich sehe keine Wortmeldung. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Beides nicht, einstimmig angenommen.

GEMEINDERAT DR. ALOIS STELLNBERGER:

Der nächste Antrag betrifft Umbau Ennskai 27 und lautet:

25) Bau5-2378/70

Umbau Ennskai 27; Vergabe der
Maler- und Anstreicherarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der MA III vom 29. September 1977 werden die Maler- und Anstreicherarbeiten für den Umbau des Hauses Ennskai 27 der Firma Sulzenbacher zum Anbotpreis von S 236.301,- übertragen.

Die Mittel sind aus VP 01-92 aOH zu nehmen.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Zu diesem Antrag eine Bemerkung? Keine. Gegenstimme, Enthaltung? Beides nicht, somit einstimmig beschlossen.

GEMEINDERAT DR. ALOIS STELLNBERGER:

Der letzte Antrag bezieht sich auf die Sanierung des Grünmarktes und lautet:

26) Bau3-4488/74

Bau6-1199/76

Ergänzung des GR-Beschlusses betreffend die Sanierung

des Grünmarktes, Straßen- und Kanalbau.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 10. 6. 1976 wurde u. a. die Firma Beer u. Janischofsky mit der Ausführung der Straßenbauarbeiten im Zusammenhang mit dem Straßenbau des Bauvorhabens "Sanierung Grünmarkt" zum Preise von S 2.909.487,70 beauftragt.

Entsprechend dem Amtsbericht der MA III vom 8. September 1977 wird einer Auftrags-erweiterung um

S 420.144,30

nachträglich zugestimmt.

Zur Restabwicklung des Vorhabens wird für das laufende Rechnungsjahr eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

S 976.000,--

(Schilling neunhundertsechundsiebzigttausend)

bei VP 664-923 aoH bewilligt. Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch hier ist der Antrag auf Zustimmung gestellt. Eine Bemerkung dazu? Keine. Enthaltung oder Stimmenverweigerung? Auch keine. Somit einstimmig beschlossen.

Ich danke dem Berichterstatter. Wir kommen zum nächsten. In Vertretung des verhinderten Stadtrates Wippersberger Herr Gemeinderat Dresl.

Gemeinderat Radler verläßt um 18.00 Uhr den Sitzungssaal.

BERICHTERSTATTER GEMEINDERAT VINZENZ DRESL anstelle des abwesenden Stadtrates Wippersberger:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen 4 Anträge zur Beschlußfassung vorzutragen. Darf ich die Amtsberichte weglassen, sie sind einigermaßen umfangreich und nur den Antrag formulieren.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Einverstanden.

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Der erste Antrag lautet:

27) GHJ2-5700/76

Errichtung eines Parkhofes nächst dem Hause Färbergasse 7.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA VI vom 25. Juli 1977 wird zur Errichtung eines Parkhofes für 15 Pkw nächst dem Hause Färbergasse 7 eine außerplanmäßige Ausgabe von

S 168.000,--

(Schilling einhundertachtundsechzigtausend)

bei VP 922-91 bewilligt. Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Die Aufträge werden wie folgt vergeben:

1. Erdarbeiten:
Firma Weizinger zum Anbotpreis von S 29.360,--
2. Baumeisterarbeiten:
Firma Zwettler zum Anbotpreis von S 101.080,--
3. Elektroarbeiten:
Firma Berger zum Anbotpreis von S 5.060,--
4. Garagenablöse, zu leisten an die GWG in Höhe von S 29.700,--.

Ich bitte um Beschlußfassung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Haben Sie dazu Bemerkungen? Kollege Treml dazu.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe schon im zuständigen Ausschuß, im Bauausschuß, in dieser Richtung plädiert, daß mit dieser Errichtung von 15 Abstellplätzen für Pkw der letzte Kinderspielplatz im Ennsdorf, nämlich der öffentliche Kinderspielplatz, eingeengt wird auf sage und schreibe 300 m².

Wir wissen auch, daß einer der nächsten Punkte die Frage des Parkplatzproblems im Ennsdorf behandeln soll, aber trotzdem glaube ich, müssen wir uns überlegen, ob die Autos vor den Kinderspielplätzen einzureihen sind. Wenn man vielleicht der Annahme war, bitte vielleicht in diesem Gemeindebau im Hochhaus sind ohnedies derzeit weniger Kinder, daß dieser Kinderspielplatz nicht so benötigt wird, dann müssen wir doch ein wenig weitblickender sein und auch wissen, daß dort in diesen Bau wahrscheinlich wieder jüngere Menschen einziehen und auch dort wieder mehr Kinder sein werden, denn umsonst haben wir ihn dort nicht errichtet. Das heißt, mit dieser Maßnahme beseitigen wir den letzten öffentlichen Kinderspielplatz. Daher kann ich auf keinen Fall die Zustimmung geben und werde es nicht verhindern, denn Kollege Dresl kann hier sofort einem Kollegen berichten, daß weitgehend diese Arbeiten schon fortgeschritten sind. Die Durchfahrt ist gesichert durch zwei Garagen, sie verlieren nämlich 2 Garagen und 2 Plätze gewinnen. Bitte schön eine, sie gewinnen damit dann nur 14 Abstellplätze, aber der Kinderspielplatz wird damit beseitigt. Diese Arbeiten sind weitgehend gediehen, daß wahrscheinlich mein Reden sehr wenig nützt. Darum halte ich mich sehr kurz.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Eine weitere Bemerkung? Kein Beitrag mehr gewünscht. Ich frage, ob vom Referenten noch ein Wort gesagt wird?

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Ich habe einige Bemerkungen nur zu dem Problem jetzt, weil der Kinderspielplatz angezogen wurde. Wenn man Dich so hört, Kollege Treml, so müßte jeder herinnen Dir recht geben. Es stimmt, wenn dieser Kinderspielplatz gewesen wäre, muß ich, der unmittelbar seit 1974 dort arbeitet, feststellen, was auf dem Platz geschieht. Da erlasse mir bitte, daß ich das in einer öffentlichen Sitzung sage. Der Platz ist bisher überwiegend benützt worden für die Hunderl, die dort "äußerln" geführt wurden und ihre Notdurft verrichtet haben. Meine Damen und Herren, fest steht eines. Von den rund 750 oder 800 m² wurde durch diese Maßnahme der Platz halbiert. Aber auf der anderen Seite, die Kinder haben bisher diesen Platz nicht angenommen, aus welchen Gründen, das weiß ich nicht. Sie haben aber den Platz angenommen vor den Garagen dort und es sind einige da, die die Verhältnisse sehr gut kennen, die dauernd bei den Autos herumgespielt haben. Scheinbar war ihnen dieser Platz lieber und seit einigen Jahren gibt es keine Kinder mehr, weil sie einfach aus dem Kindesalter entwachsen sind und andere Interessen scheinbar haben und die derzeit dort Wohnenden haben keine kleinen Kinder. Das schließt aber das nicht aus, was richtigerweise gesagt wurde, es werden unter Umständen wiederum jüngere Ehepaare dort einziehen. Zumindest 300 oder 350 m² stehen diesem Zweck nach wie vor zur Verfügung und hoffen wir in Zukunft, daß dann dieser Platz von den nachkommenden Kindern angenommen wird.

Das wäre mein Beitrag dazu. Ich ersuche um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der Antrag ist gestellt. Ein weiterer Debattenbeitrag wird nicht vorgebracht. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand dagegen? Enthaltung? Keine, somit beschlossen. (1 Gegenstimme - KPÖ-Fraktion).

Ich unterbreche die Sitzung wegen Wechselung des Tonbandes.

Pause von 18.07 - 18.10 Uhr

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren!

Wir setzen die Sitzung nach der kurzen Unterbrechung während der Wechselung des Tonbandes fort. Ich bitte den Referenten weiterzufahren.

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Der zweite Antrag, meine Damen und Herren, befaßt sich mit den Baumeisterarbeiten für die Verampelung der Kreuzung Pachergasse - Johannesgasse. Er lautet wie folgt:

28) Bau3-5107/77

Vergabe der Baumeisterarbeiten für die
Verampelung der Kreuzung Pachergasse - Johannesgasse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 19. September 1977 wird zum Zwecke der Durchführung der Baumeisterarbeiten für die Verampelung der Kreuzung Pachergasse - Johannesgasse für den Fußgängerverkehr der Betrag von

S 235.000,--

(Schilling zweihundertfünfunddreißigtausend)

bei VP 14-91 oh freigegeben.

Der entsprechende Auftrag wird an den Städt. Wirtschaftshof zum Preise von S 235.000,- übertragen.

Gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Beschlußfassung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Dazu eine Bemerkung? Kollege Dr. Stellnberger!

GEMEINDERAT DR. ALOIS STELLNBERGER:

Sehr verehrte Damen und Herren!

Ich glaube, die Verkehrsregelung in diesem Bereich ist an und für sich ganz gut gelungen, wengleich sie nach Durchführung der Verampelung noch besser zum Tragen kommen wird. Leider kann man das gleiche nicht behaupten von der Fortsetzung dieser Straße, nämlich in der Dukartstraße. Durch die derzeitige Bodenmarkierung ergeben sich verschiedene Nachteile für den Verkehr, die unseres Erachtens durch eine andere Markierung beseitigt werden könnten. Vielleicht darf ich kurz aufzählen, was dort unseres Erachtens nicht ganz in Ordnung ist. Und zwar vor allem wird durch die Sperrlinie, wie sie jetzt gestaltet ist, eine starke Behinderung des Fließverkehrs in Richtung Schönauerbrücke erzielt, vor allem müssen schnellere Fahrzeuge einige hundert Meter hinter langsamen nachfahren oder sie überschreiten die Sperrlinie, was öfter vorkommt. Und zwar wenn sie von der Kompaßgasse in Richtung Schönauerbrücke fahren.

Das Zweite ist, daß in derselben Richtung die Abbiegespur zu klein bzw. zu kurz ausgemalt ist, sodaß dort zu wenig Autos Platz haben und diese auch den Rechtsabbiegeverkehr teilweise blockieren, obwohl er immer praktisch grünes Licht hätte.

Das Dritte ist, daß die Doppelspur und die Abbiegespur in Richtung Kompaßgasse auf Kosten der anderen Verkehrsteilnehmer zu großzügig ausgestattet ist, weil durch das Verkehrsaufkommen dort diese Änderung nicht gerechtfertigt ist. Außerdem wird durch die derzeitige Markierung auch eine gewisse Gefahr an der Kuppe für Frontalzusammenstöße heraufbeschworen. Es wäre daher, glaube ich, eine bessere Lösung zu erzielen, wenn man vor allem durch die Markierung eine Leitlinie anstelle der Sperrlinie von der Kompaßgasse in Richtung Schönauerbrücke bis zur Kuppe eine Leitlinie anbringt, wodurch der Verkehr viel fließender in beiden Richtungen gehalten werden kann.

Ebenso müßte man, wie schon angekündigt, die verkürzte Einordnungsspur verlängern und vor allem auch müßte man die Markierung einer Sperrfläche im Bereiche der Kuppe, also bei der Einfahrt Frachtenbahnhof entsprechend anders gestalten.

Ich würde ersuchen, diese Maßnahmen zu überprüfen und wahrscheinlich wird es sich erst im Frühjahr machen lassen, weil es jetzt zu spät ist, das dort entsprechend zu berücksich-

tigen. Nötigenfalls könnte ich auch eine entsprechende Skizze vorlegen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Beitrag. Damit darf ich auf eines hinweisen. Ich möchte das kurz aufklären. Es wäre eine Überforderung des ersatzweisen Referenten, der sonst nicht mit diesen Agenden beschäftigt ist, wenn er jetzt eine konkrete Erklärung zu diesem Punkt abgeben würde. Ich kann aus eigener Wahrnehmung berichten, daß mehrmalig mehrere Varianten beim Neubau der Dukartstraße von der Beamtenschaft ausprobiert wurden, die aber nicht dem Bürgermeister zur Kenntnis gebracht wurden, auch glaube ich nicht dem Verkehrsreferenten. Es wurde das in Abstimmung mit der Verkehrspolizei so gelöst. Es ist aber zweifelsohne die Kritik richtig an dieser Sperrlinienführung und es ist bereits der Auftrag vor zwei Wochen ergangen, so bald es möglich ist, ohne daß man unnötige Kosten verursacht, eine Revision der derzeitigen Sperrlinienordnung und Leitlinienordnung herbeizuführen und so bald es geht – ich denke auch dabei ans Frühjahr, das scheint vielleicht der vernünftigste Weg zu sein – dann sofort eine Ummarkierung im Sinne eines besseren Fließens des Verkehrs herbeizuführen. Vielleicht das nur zur Erklärung, weil Kollege Wippersberger heute nicht hier ist, der von diesen Dingen Kenntnis hat.

Bitte der Berichterstatte!

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Ich bitte um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Dann darf ich zur Abstimmung kommen. Haben Sie eine Einwendung gegen den Antrag selbst? Es ist das nicht der Fall. Eine Enthaltung dazu? Somit darf ich hier die Einstimmigkeit dieses Beschlusses protokollieren lassen. Wir kommen zum nächsten Punkt.

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Der dritte Antrag ist ein Folgeantrag und lautet wie folgt:

29) VerkR-977/76

Verampelung der Kreuzung

Pachergasse – Johannesgasse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 20. September 1977 wird zum Zwecke der Verampelung der Kreuzung Pachergasse – Johannesgasse der Betrag von

S 65.000,--

(Schilling fünfundsechzigtausend)

bei VP 14-91 freigegeben und eine überplanmäßige Ausgabe von

S 163.000,--

(Schilling einhundertdreiundsechzigtausend)

bei derselben Haushaltsstelle bewilligt. Die Deckung für die überplanmäßige Ausgabe hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Der entsprechende Auftrag wird der Firma Austria Email, Wien, zum Anbotpreis von S 228.000,-- übertragen.

Gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Dazu eine Bemerkung? Ich stelle fest, das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen zum Antrag? Auch nicht, somit ist dieser einstimmig angenommen.

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Der letzte Antrag lautet:

30) Bau3-5698/77.

Ausbau Järgergasse und Parkplatz ehem. Areal
der Bürgerlichen Brauerei.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 24. Oktober 1977 wird zum Ausbau der Järgergasse und des Parkplatzes auf dem ehemaligen Areal der Bürgerlichen Brauerei eine außerplanmäßige Ausgabe von

S 356.400,--

(Schilling dreihundertsechsfundfünfzigtausendvierhundert)

bei VP 664-941 aoH bewilligt. Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen. Der entsprechende Auftrag ist der Firma Hamberger zum Anbotpreis von S 356.426,- zu übertragen.

Gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Dazu eine Wortmeldung? Herr Kollege Gemeinderat Schwarz.

GEMEINDERAT HERBERT SCHWARZ:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Es steht zwar heute nur zur Debatte der Ausbau der Järgergasse und des Parkplatzes am ehemaligen Areal der Bürgerlichen Brauerei. Nachdem es aber auch hier Investitionen gibt an Tafeln und Bodenmarkierungen, erlauben Sie mir hiezu einige Bemerkungen. Nach Aussage des Herrn Bürgermeisters ist die Errichtung einer Kurzparkzone auf dem gesamten Parkplatz vorgesehen. Dieser ist von der Bürgerlichen Brauerei als Grundeigentümer, die Parkfläche, gegen Entgelt vermietet worden. Die Kfz-Besitzer und bisherigen Benutzer dieser Parkfläche sind gezwungen, sich um eine andere Abstellfläche, im besonderen in der Tiefgarage Pachergasse zu hohen Kosten umzusehen oder die in diesem Stadtteil spärlich vorhandenen Dauerparkplätze sehr zeitraubend zu suchen. Dem Zentrum am Stadtplatz steht z. B. die Promenade und dem Steyrdorf der Wieserfeldplatz als Parkfläche zur Verfügung. Hingegen bleibt den Bewohnern und den betroffenen Stadtteilen nur der relativ kleine Platz in der Färbergasse, der schon bisher stets voll besetzt war. Durch eine weitere Reduzierung der normalen Parkflächen würde sich die Parkplatzsituation noch verschlechtern. Im Verhältnis zu den Dauerparkplätzen ist hingegen ein reicheres Angebot an Parkplätzen, die zur Kurzparkzone erklärt sind, vorhanden. Ich stelle daher das dringende Ersuchen im Namen der Beschäftigten und Bewohner dieses Stadtteiles, die Parkfläche zumindest zur Hälfte als normalen Parkplatz einzurichten. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Kollege Treml dazu als nächster Debattenredner. Noch eine weitere Bemerkung? Ich sehe keine.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren!

Ich habe schon in ähnlicher Richtung im Finanzausschuß Stellung genommen, weil ich auch ein wenig die Verhältnisse dort genauer kenne. Es ist wirklich so, daß in diesem Gebiet im Ennsdorf, mit wenigen Ausnahmen die schon angeführt wurden, nämlich des Parkplatzes unmittelbar bei der Färbergasse, wo es noch Dauerparkplätze gibt - gegenüber vom derzeitigen Autobusbahnhof glaube ich sind auch noch 10 oder 12 Dauerparkplätze - ansonsten besteht in diesem ganzen Gebiet kein Dauerparkplatz mehr. Das ist ein unhaltbarer Zustand und ich glaube, wir müssen auch in dieser Richtung vorgehen und so wurde mehr oder weniger einstimmig empfohlen, im Gemeinderat das auch zum Ausdruck zu bringen, daß sie einmal gebaut werden und noch Überlegungen angestellt werden im Verkehrsausschuß oder in anderen Gremien, wie weit man dort Dauerparkplätze zur Verfügung stellen kann. Auf

keinen Fall, daß wir Gebührenparkplätzen zustimmen, wie sie auch gefordert wurden besonders von einer Reihe Geschäftsleuten. Das habe ich auch verwiesen, daß gerade die Stadtgemeinde sehr großzügig war, dieses Areal zu kaufen für öffentliche Parkplätze und er soll auch öffentlich zugänglich sein auch in Form, daß man zumindest einen Teil Dauerparkplätze installiert.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Eine weitere Wortmeldung dazu liegt nicht mehr vor. Der Berichterstatter dazu.

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Meine Damen und Herren!

Vielleicht doch einige Bemerkungen abschließend zu den zwei Akten, die beschlossen wurden und einer noch zum Beschluß aussteht. Es ist das Problem öffentlicher und privater Parkplätze. Das heißt das Abstellen von Fahrzeugen ist ziemlich vielschichtig und jeder Bewohner eines Gebietes hat eigene Ansichten, eigene Vorstellungen. Fest steht, daß jeder Bewohner eines Hauses möglichst vor seiner Haustür einen freien Parkplatz vorfinden möchte. Daß jeder, der zu einem Geschäft fährt, zum Arzt fährt oder sonst irgendwo Besorgungen hat, ebenfalls einen freien Parkplatz zur Verfügung haben möchte. Dazu kommt noch, daß alle, die dort wohnen, möglichst wenig belästigt werden möchten von Zu- und Abfahrt des Parkplatzes. Also ein riesiges Problem an und für sich mitten in einer Stadt. Aber eine Stadt zeichnet sich auch vielleicht darin aus, wie es ihr gelingt, das Problem des ruhenden Verkehrs zu lösen. Hier wird es sicherlich Aufgabe der Gemeindefunktionäre sein, einen vernünftigen Ausgleich zu finden. Echt benachteiligt, das muß man sagen und das haben diese beiden Sprecher ja angeführt, ist bisher der Stadtteil Ennsdorf. Man darf aber auch dabei nicht außer Betracht lassen, daß bis vor wenigen Jahren das Angebot und auch die Nachfrage an Parkflächen nicht so groß war, vor allem deswegen, weil dort eine Turnhalle gestanden hat, die in der Regel nur in den Abendstunden von Besuchern und Benutzern frequentiert wurde. Jetzt natürlich es noch zu einer Verschärfung dieser Situation dort kommt, weil Zwischenbrücken gebaut wird und daher eine Reihe von Parkplätzen in der Damberggasse verloren gehen bzw. Bahnhofstraße. Entschuldigen Sie. Ich glaube und das ist durchaus diskutabel und man möge unter Umständen im Verkehrsausschuß darüber beraten, daß für die dort betroffenen Geschäfte - ich könnte mir denken z. B. für das Hotel Minichmayr - einige Parkplätze reserviert werden. Letztlich ist er darauf angewiesen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Es sind schon fünf zugesichert während der Bauzeit!

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Sind schon fünf zugesichert? Davon hatte ich bisher keine Kenntnis.

Hochhaus Färbergasse, um auch diese Parkplätze noch kurz anzusprechen. Die Situation ist beinahe untragbar, es sind dort überwiegend Mieter, aber es befinden sich auch die Stadtwerke im Haus. Es befindet sich nebenbei das Amtsgebäude der Arbeiterkammer. Nebenbei sind noch Geschäfte und es ist unbedingt erforderlich, daß diese 15 Parkplätze ebenfalls zur Erleichterung der anderen und zur Entlastung der anderen Parkplätze beitragen.

Natürlich die Schwierigkeiten werden dadurch nicht kleiner, denn wenn man sich die Verkehrsdichte, die Zulassungen an Neuwagen - ich habe die letzte Importziffer im Kopf, die wird für heuer rund 270.000 Fahrzeuge betragen. Eine Vergleichsziffer vielleicht, weil man tut sich leichter, wenn man vergleichen kann. Im Jahre 1970 waren es 100.000 Autos, die importiert wurden. Man kann daraus schon das sehr starke Ansteigen des Verkehrs beobachten und daraus müssen wir unsere Schlüsse ziehen.

Zum Ausbau Jänergasse. Dieses Projekt, das vorgenannte Projekt, erfordert rund 750.000,- Schilling an öffentlichen Mitteln. Bisher haben dort, wie richtigerweise schon gesagt wurde, um sehr geringes Entgelt Privatpersonen auf einem Privatgrund ihr Fahrzeug abstellen können. Jetzt werden diese Flächen der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt und es kann sich beim besten Willen um keine Dauerparkplätze bzw. markierten und reservierten Parkplätze handeln, sondern man könnte sich im besten Fall vorstellen, daß wiederum eine Teilung gemacht wird in einem vernünftigen Ausmaß, wo beiden Teilen, der Geschäftswelt und den Büros, die unter Umständen dort sind, daß die Dauerparkplätze haben, aber auch eine Kurz-

parkzone vorhanden ist, um einigermaßen den Geschäftsbetrieb zu gewährleisten. Wenn man sich die Problematik überhaupt des ruhenden Verkehrs in Steyr ansieht, so ist er äußerst schwierig zu lösen gerade in dem Gebiet Ennsdorf. Auf der Stadtseite mit Promenade und dergleichen ist das Angebot beinahe ausreichend. Jeder kann einfach nicht am Stadtplatz sein Auto abstellen. Es ist immer möglich, in diesem Bereich ohne bauliche Maßnahmen Veränderungen durch Verkehrszeichen und Verordnungen herbeizuführen und ich glaube, man sollte jetzt froh sein, daß ein erhöhtes Angebot vorhanden ist, ein erhöhtes Angebot an Parkplätzen und vielleicht wird es möglich, daß man im Verkehrsausschuß vernünftige Lösungen diskutiert und anbietet. Es ist natürlich klar, daß auf einem privaten Grund, wie schon eingangs meiner Ausführungen erwähnt, Dauermieter nicht sein können. Das ist einfach nicht Aufgabe der öffentlichen Hand. Nur daß man den dort Beschäftigten, die dort das Einkaufszentrum benützen, auch entsprechend Gelegenheit bietet, das in Ruhe zu tun, dafür hat die öffentliche Hand, sprich die Gemeindefunktionäre, zu sorgen. Das wäre mein Beitrag dazu und ich ersuche um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Eine weitere Wortmeldung war nicht mehr vorhanden. Das Schlußwort ist gesprochen. Ich bitte Sie, die Abstimmung durchzuführen, indem Sie ein Zeichen mit der Hand geben, wenn Sie zustimmen zu diesem Antrag? Danke. Eine Gegenprobe, Enthaltung? Es ergibt einen einstimmigen Beschluß. Ich danke dem Referenten. Es kommt jetzt der Letzte des heutigen Tages, Stadtrat Zöchling, an die Reihe.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Sehr geehrtes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich darf Ihnen die letzten vier Anträge vortragen. Der erste betrifft:

31) SH-3286/77

Ausspeisungsbeiträge in städtischen Kindertagesheimstätten und Horten; Erhöhung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Unter Beibehaltung der bisherigen Normen hinsichtlich der Kinderausspeisung in den städtischen Kindertagesheimstätten und Horten werden die Ausspeisungsbeiträge mit Wirkung vom 1. 1. 1978 pro Tag und Essensportion wie folgt festgelegt:

in den städtischen Kindertagesheimstätten S 17,--

in den städtischen Kinderhorten S 19,--

In diesen Beträgen ist die Umsatzsteuer nach den Bestimmungen des Umsatzsteuergesetzes 1972, BGBl. Nr. 223/72, i. d. g. F., enthalten.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wortmeldungen zu diesem Antrag? Kollege Fritsch.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Korrespondierend zu den Ausführungen anläßlich der Subvention von S 350.000,- an die Kinderfreunde sehen wir uns außerstande, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Ich möchte aber den Damen und Herren des Gemeinderates, die nicht Stadtsenatsmitglieder sind, nicht vorenthalten, daß mit der heutigen Beschlußfassung die Ausspeisungsbeiträge in den Kindergärten und in den Kindertagesheimstätten und Horten zu erhöhen, auch gleichlaufend damit die Erhöhung der Ausspeisungsbeiträge für die Bewohner unserer Pensionistenheime, desgleichen aber auch die Erhöhung der Ausspeisungsbeiträge für die im Verein Lebenshilfe Erfassten vor sich geht. Es ist, Sie werden sicherlich sagen, nur eine Erhöhung um S 1,-, weil die Lebenshaltungskosten gestiegen sind. Das mag in der Statistik sicherlich richtig sein, die Ursachen der steigenden Lebenshaltungskosten möchte ich heute hier, um bundespolitische Aspekte und Probleme nicht in den Raum zu stellen, nicht erörtern, möchte aber festhalten, daß es gerade für die Eltern unserer Kinder, auch für die Eltern unserer Schwerstbehinderten, aber auch gleichzeitig für die Pensionisten zielfüh-

render gewesen wäre, auf diese S 1,-Erhöhung zu verzichten, um Ihnen damit aber auch die Großzügigkeit der Stadtgemeinde Steyr vor Augen zu halten. Aus diesen Überlegungen heraus sind wir nicht imstande, dem Beschluß die positive Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der Beitrag wird zur Kenntnis genommen und protokolliert. Nächster Gemeinderat Fuchs.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Wertes Präsidium!

Dies ist jener Antrag, meine Damen und Herren des Gemeinderates, dem wir unter 34 heute gestellten Anträgen nicht die Zustimmung erteilen können. Bereits im Vorjahr haben wir uns vergeblich gegen eine Erhöhung dieser Ausspeisungsbeiträge in Tagesheimstätten und Horten zur Wehr gesetzt. Der Antrag sieht diesmal zwar nur eine Erhöhung von 6,25 bzw. von 5,55 % vor, er ist also nicht hoch. Dennoch ist es für uns eine prinzipielle Frage. Wir weichen nicht von unserer Ansicht ab, daß jene Mütter, die arbeiten und dazuverdienen müssen und damit zur Umsatz-, Vermögens- und Steuereingangssteigerung beitragen, nicht mit derart hohen Beiträgen für Ihre Arbeitsleistungen bestraft werden sollen, wenn Sie Ihre Kinder in Horten oder Tagesheimstätten unterbringen müssen. Für 1 Kind muß man also ab 1. 1. 1978 im Monat statt bisher 352,- nun 374,- in der Tagesheimstätte und im Hort statt bisher 396,- nun 418,- allein für 22 verabreichte Essenportionen bezahlen. Dazu kommen noch die Hortbeiträge, sodaß da und dort die Eltern für die Unterbringung eines Kindes im Hort außer diesen heute zu beschließenden Beiträgen insgesamt etwa S 600,- bis nahezu etwa S 800,- bis S 900,- für die Unterbringung eines Kindes bezahlen müssen. Ich weiß nicht, ob es sich da und dort noch lohnt, daß man da noch arbeiten und dazuverdienen geht, weil kaum etwas bleibt.

Unverständlicher Zwischenruf.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Das ist eine andere Frage, eine Kalkulationsfrage. Ob eine Essenportion, meine Damen und Herren des Gemeinderates, für Kleinkinder tatsächlich S 23,- bzw. 26,- kostet, wenn man den Zuschußbedarf noch dazuzählt, noch dazu von einer städtischen Küche hergestellt, das scheint auch nicht den Realitäten nach kalkuliert worden zu sein. Denn und ich habe ein Beispiel zu bieten, in Linz ist keineswegs z. B., ich habe mich erkundigt in dieser Beziehung, seitens der Gemeinde ein Zuschußbedarf nötig. Interessant ist in diesem Zusammenhang und ich kann es hier belegen durch einen Antrag dieser Stadt, daß z. B. in Linz die monatlichen Ausspeisungsbeiträge in den Krippen S 236,- betragen, im Kindergarten S 180,- und im Hort S 204,-. Also nur halb soviel wird in Linz eingehoben für derartige Ausspeisungsbeiträge im Hort als in Steyr. Das heißt, in Linz kostet eine Essensportion im Hort S 9,27, in Steyr künftig das Doppelte, nämlich S 18,- für jenen, der diesen Beitrag entrichten muß.

Ich glaube doch sagen zu können, daß derartige Unterschiede zwischen zwei Städten, obwohl sie nicht größtmäßig vergleichbar sind, doch nicht angebracht sind und ich glaube auch sagen zu müssen, daß hier von besonderer sozialer Tat des Antragstellers oder jener Fraktion, die diesen Antrag unterstützt, nicht viel zu spüren ist.

Wir müssen also diesen Antrag ablehnen, wollen jedoch noch einmal versuchen, mittels eines Abänderungsantrages, den ich hier mündlich stelle, Sie zu bitten, bei den derzeit geltenden Beiträgen zu bleiben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nächster Gemeinderat Tremml. Der Abänderungsantrag ist in Vormerkung genommen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die Erhöhung der Ausspeisungsbeiträge bei den städtischen Kindertagesheimstätten und Horten so wie Vizebürgermeister Fritsch schon angeführt hat, ist auch gekoppelt für die älteren Menschen, nämlich für die Pensionistenheime, daß diese Essensportionen um S 1,-

teurer werden. Nun mag vielleicht der eine oder andere sagen, na was ist heute in der Inflation schon S 1,-? Da muß ich ihm recht geben, was ist das heute schon, dieser Schilling? Aber wir Kommunisten sehen halt auch diesen Antrag, die Beantragung der Erhöhung um S 1,- pro Essensportion im Zusammenhang mit der allgemeinen Belastungspolitik der derzeitigen Regierung, die vor allem den schwächeren Schichten und es trifft eben die arbeitenden Menschen und Pensionisten und wenn ich dem gegenüberstelle, muß man doch auch eines bedenken. Daß in derselben Zeit, wo man der Masse der Bevölkerung Belastungen auferlegt, daß man zur gleichen Zeit den Reichen, den Superreichen Steuergeschenke gibt, daß die Großunternehmer, da rede ich jetzt nicht vom kleinen Greißler, die Großunternehmer dem Staat allein 10 Milliarden schulden. Kein einziger Arbeiter, Angestellte oder Pensionist ist dem Staat eine Steuer schuldig, denn dem werden sie ja sofort abgezogen, entweder von einer Pension oder von Lohn oder Gehalt. Oder wenn ich mir anschau, daß allein seit dem Jahre 1966, rund 10 Jahre in Oberösterreich die Unternehmer 3.129 Steuervergehen aufzuweisen haben. Ich glaube, daß hier genügend Geld vorhanden wäre, daß man von dort diese Gelder für die Finanzierung des Budgets heranziehen könnte.

Mit dem vom Nationalrat vor kurzem beschlossenen Maßnahmenpaket will sich der Finanzminister, der einer Sozialistischen Partei angehört, allein im kommenden Jahr 14,5 Milliarden überwiegend zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung, der Arbeiter, Angestellten und Pensionisten, ersparen. Mit einem dritten Mehrwertsteuersatz von 30 % werden, wie Sie alle wissen, vor allem die Massengebrauchsgüter belegt. Die Beiträge zur Pensionsversicherung steigen um 1/2 % und in der Krankenversicherung wird die Höchstbeitragsgrundlage angehoben usw. Ich könnte das weiter fortführen, die meisten Gemeinderäte kennen, wie dieses Belastungs- oder Maßnahmenpaket, wie es von Seiten der Regierungspartei genannt wird, aussieht. Es ist auch nicht verwunderlich, wenn wir in den Gemeinden immer wieder feststellen, daß man oft sehr leichtfertig herangeht, daß man auch feststellen muß, daß auch die Vertreter dieser schwächeren Gruppen im Staat, die ich angeführt habe, der Arbeiter und Angestellten ähnlich ins Horn blasen, und zwar daß man z. B. in der letzten Nummer der Privatangestellten, in der Oktobernummer 1977, feststellt, wenn man das in einer Industriellenzeitung liest, bin ich einverstanden, aber daß man das gerade in einer sozialistisch geführten Gewerkschaft als Verteidigung dieser Maßnahmen anführt, wo es unter anderem wörtlich heißt: "Der Staat ist zugunsten der Arbeitnehmer, also dieser Gruppe, die ich angeführt habe, ärmer geworden. Die Arbeitnehmer konnten sich immer mehr leisten." Wenn ich natürlich von diesem Standpunkt ausgehe, dann werde ich immer wieder diese Belastungen auf die Kleinen abschieben. In Wirklichkeit ist doch gerade das Gegenteil der Fall, daß die Reichen, die Großunternehmer, auch unter der Sozialistischen Regierung am meisten verdient haben und sich immer mehr leisten konnten, nicht die Arbeiter. So sehen wir Kommunisten auch unsere Stellung zu der Gebühren- und Tarifpolitik, auch wenn Sie hier im kleinen Maßstab erfolgt zu ungunsten dieser schwächeren Gruppen, daß wir im Hinblick des Belastungspaketes allgemein einer Erhöhung von S 1,- nicht zustimmen können.

Ich unterscheide mich offenbar wesentlich von den Erklärungen meiner beiden Vorredner.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Kollegin Kaltenbrunner dazu!

STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:
Verehrter Herr Bürgermeister Fritsch!

Diesen Antrag auf Erhöhung der Ausspeisungsbeiträge in unseren städtischen Tagesheimstätten und Horten sowie meinen damaligen Antrag auf Erhöhung von Verpflegungskosten an die Mieter der Pensionistenheime und an den Verein Lebenshilfe, haben Sie ja bereits in der Stadtsenatssitzung am 13. 10. für Ihre Fraktion abgelehnt. Es ist sehr einfach und billig, auch hier gegen eine Erhöhung zu stimmen. Tragen diejenigen, die hier ihre Stimme erheben, doch nicht die Verantwortung für die städtischen Finanzen. Diese überlassen sie sehr gerne der Mehrheitsfraktion. Auch handelt es sich hier nicht um riesige Beträge. Aber wer bemüht ist, seine Gebühren und Tarife in Einklang mit dem Gebotenen zu bringen, muß eben auch den Mut haben, solche Beschlüsse vorzunehmen. Wir haben im Altersheim selbst die Valorisierung eingeführt, das heißt, mit der Erhöhung der Renten werden auch die Insassen im Altersheim höhere Verpflegungsgebühren zu zahlen haben. Es wäre daher unvertretbar, in diesem Altersheim Mahlzeiten herzustellen und sie

an städtische Einrichtungen weiterzugeben, ohne der Kostenentwicklung Rechnung zu tragen. Der Zuschuß der Stadt beträgt nämlich noch immer S 7,- pro Portion.

Nicht bei der Stadtgemeinde Steyr ist daher der Hebel anzusetzen, meine Herren. Die ÖVP-Fraktion würde ich heute bitten, beim Land Oberösterreich in dieser Angelegenheit vorstellig zu werden. Wenn nämlich das Land Oberösterreich ebenso bereit ist, wie bei den Personalkosten der Kindergärten, einen Anteil zu übernehmen, dann ist die Stadtgemeinde Steyr sicherlich die letzte, die diesen finanziellen Beitrag des Landes nicht sofort an die Eltern weitergeben würde.

Versuchen Sie doch bei Ihren Parteifreunden im Land Oberösterreich eine Erhöhung der Kindergartenzuschüsse zu erwirken und spielen Sie nicht hier auf Gemeindeebene den sozial besorgten Politiker. Dort haben Sie es in der Hand und Sie werden sicher die Zustimmung der ÖVP finden, eine Änderung herbeizuführen. Es ist sehr billig, lediglich im städtischen Bereich den starken Mann zu spielen. Im übrigen sind wir der Meinung, daß unsere Bürger diese bescheidene Erhöhung wohl verstehen, hat sich doch auch für die Familien in Österreich eine Verbesserung der finanziellen Situation durch die Maßnahmen der sozialistischen Bundesregierung ergeben, die eine derartige Tarifregulierung leichter ertragen lassen. Bleiben Sie daher bei der Wahrheit und betreiben Sie nicht Demagogie! Wir Sozialisten wissen, was geordnete finanzielle Verhältnisse und Aufklärung der Bevölkerung bedeuten und werden uns daher von Ihnen mit Ihren Begründungen nicht abbringen lassen.

Ich darf nun ein paar Worte noch zur Lebenshilfe sagen. Dort werden zur Zeit 35 Zöglinge betreut und gepflegt und daß die Erhöhungskosten pro Essensportion das Sozialamt der Landesregierung bezahlt. Ebenso bezahlt das Sozialamt der Lebenshilfe pro Zögling einen Tagessatz von S 183,-. Von diesem Tagessatz werden Essen, Miete, Licht, Heizung, Kraftfahrzeugpauschalkosten und Gehälter der Erzieher, also alle Ausgaben, die mit der Erhaltung der Tagesheimstätte zusammenhängen, bezahlt. Gott sei Dank bekommen die Eltern der behinderten Kinder, auch wieder dank der Sozialistischen Bundesregierung, eine erhöhte dreifache Kinderbeihilfe. Aber nur eine Beihilfe müssen sie, falls sie ihr Kind in der Tagesstätte untergebracht haben, an das Sozialamt der Landesregierung zurückerstatten. Auch unsere Gemeinde bezahlt jährlich sehr große Subventionen an den Verein Lebenshilfe. 1976 waren es S 200.000,-. Sie sehen also, verehrte Herren der ÖVP, auch um unsere Lebenshilfe brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen. Diese Sorgen macht sich einer und das ist unser sozialistischer Landesrat Ing. Hermann Reichl, der im Rahmen des OÖ. Sozialhilfegesetzes immer bestrebt ist, sein Budget gerecht zu verteilen und Sozialeinrichtungen schafft, die es wirklich verdienen, einmal ganz besonders hervorgehoben zu werden.

Abschließend glaube ich doch sagen zu können, daß Sie, verehrte Herren der Minderheitsfraktionen, grundsätzlich ja gegen jede Tarifregulierung sind. Wie ich schon sagte, Sie tragen ja auch nicht die Verantwortung hier im Gemeinderat. Es scheint mir wirklich nicht vom wirtschaftlichen Verantwortungsgefühl zu zeugen, wenn man über Defizite klagt, aber selbst von allen sozialen Errungenschaften mitprofitiert und zusätzlich immer wieder verhindert, daß unsere Kommunalwirtschaft durch ihre Einnahmengestaltung in die Lage versetzt wird, möglichst kostendeckend zu arbeiten.

Ich danke schön.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Kollege Fritsch zu dem Punkt noch einmal.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Nachdem Frau Stadtrat Kaltenbrunner mich direkt angesprochen hat, seien mir ein paar Worte dazu gestattet. Ich nehme eines vorweg und ich bitte daher um Entschuldigung, wenn ich einer Dame gegenüber unter Umständen unhöflich werde. Nachdem ich aber die Frau Kollegin Kaltenbrunner sehr gut kenne, gehe ich richtig in der Annahme, daß Sie das, was Sie Ihnen heute vorgebracht hat, sehr gut vorgelesen hat, aber nicht selbst konzipiert hat.

Verschiedene Zwischenrufe!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Gehe ich richtig in der Annahme, Kollege Baumann

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Weil das nicht die Wahrheit ist!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Und nun zu den Ausführungen der Frau Stadtrat Kaltenbrunner doch einiges. Mir gefällt es, daß man dort das Land anruft, um Hilfe heischend, wo es unter Umständen hineinpaßt. So z. B. bei den erhöhten Kostenanteilen für die Kindergärtnerinnen. Mir gefällt es aber gleichzeitig nicht, daß man dort, wo das Land entsprechende zusätzliche Zuschüsse gewährt, man durch Beschlüsse hier im Gemeinderat auf diese zusätzlichen Zuschüsse verzichtet. Ich verweise im besonderen darauf, ich habe die Zahlen nicht genau im Kopf. Es sind im Budget des Jahres 1978 präliminiert für die Personalkosten der städtischen Musikschule S 1,8 Mill. Die Stadt Steyr nimmt davon nur den kleinen Zuschuß des Landes in der Größenordnung von 55 % an. Das heißt, die Stadt Steyr verzichtet dank eines Mehrheitsbeschlusses hier herinnen auf Zuwendungen des Landes in der Größenordnung von annähernd S 900.000,-. Gleichzeitig aber will man nun wiederum das Land anrufen, auf den Kindergarten-sektoren entsprechende erhöhte Zuschüsse zu gewähren. Seien Sie mir bitte nicht böse, Frau Stadtrat Kaltenbrunner, wenn ich hier die Zwiespältigkeit der Darlegungen besonders herausstelle.

Vielleicht nur noch eines zu der Erklärung, wir tragen hier die Verantwortung, wir, die Mehrheitsfraktion. Sie, meine Herren der Minderheitsfraktionen, so kann ich mich richtig auf den Passus erinnern, lehnen jede Tarifregulierung ab.

ZWISCHENRUF STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:
Das stimmt ja auch!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Das ist richtig, daß wir jede ablehnen, stimmt sicherlich nicht, daß wir in letzter Zeit abgelehnt haben, das ist beweisbar und da stehe ich nicht an zu erklären, es stimmt. Aber, Frau Referentin, in diesem Falle die Erklärung, warum wir dem heutigen Tarifantrag die Ablehnung bescheiden, glaube ich habe ich auch vorher gegeben. Ich kann nicht nur namens der Mehrheitsfraktion, denn sie ist ja durch Ihren Beitrag zum Ausdruck gebracht worden, erklären, wir geben großzügigerweise Institutionen Subventionen in einem erklecklichen Ausmaß und ich kann aber auch nicht namens der Mehrheitsfraktion erklären, daß die Tarifregulierung unabdingbar notwendig ist, weil wir unter Umständen in entsprechende Zuschußbeträge kommen. Hier ist auch eine Diskrepanz in der Überlegung zu verzeichnen. Wenn schon Großzügigkeit, dann bitte allen Bürgern unserer Stadt, die davon zu partizipieren haben.

Noch etwas. Wenn man immer wieder nach anderen Städten schaut, z. B. wie Kollege Fuchs die Berechnungen und die Kostengrößen der einschlägigen Materie aus der Stadt Linz herangezogen hat, dann muß man sagen, entweder sind die Sozialisten in Linz sozialer als die in Steyr oder aber sie haben entsprechende Mittel zur Verfügung, die wir eben nicht haben. Nur noch etwas. Frau Kollegin Kaltenbrunner hat als Mandatarin der Sozialistischen Partei von den sozialen Errungenschaften der Bundespolitik gesprochen. Ich würde gerade zum jetzigen Zeitpunkt die sozialen Errungenschaften der Bundespolitik in diesem Raum nicht ins Treffen führen, denn die Auswirkungen der sozialen Errungenschaften der Bundesregierung haben Sie heute schon verspüren können und werden Sie in späterer Zeit in der eigenen Tasche noch viel mehr zu verspüren bekommen. Es wäre also günstiger gewesen, darauf nicht entsprechend von Ihnen als sozialistische Mandatarin einzugehen.

STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

Herr Kollege Fritsch, entschulden Sie den Zwischenruf, so gut wie jetzt, ist es uns noch niemals gegangen!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Darf ich bitte den Zwischenruf beantworten. Dann, Frau Kollegin Kaltenbrunner, würde ich unter Umständen einen Großteil der Bevölkerung befragen, ob es denen auch noch so gut geht, wie ihnen normalerweise vorschwebt.

Mehrere Zwischenrufe!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Als nächster Debattenredner Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich möchte mich, meine Damen und Herren, nicht gleich entschuldigen, weil die Stadträtin Kaltenbrunner ist auch nicht so sanft umgegangen mit den Minderheitsfraktionen. Es ist so in der Politik, ich bin auch für Gleichberechtigung. Eine Frau hat genauso das Recht, daß sie uns angreift. Ich glaube, wir brauchen auch nicht zurückhaltend sein. Mich hat nur gewundert bei Ihren ganzen Ausführungen, daß Sie eigentlich auf die Argumente, die ich aufgezeigt habe, nämlich von wo man das Geld nehmen kann, nicht eingegangen ist. Ich habe nicht nur gesagt, wir lehnen die Tarifpolitik ab, den 1,- Schilling, der analog nach dem Index vielleicht gerechtfertigt ist, sondern man muß doch das im Zusammenhang sehen. Man kann doch auch nicht sagen, die Kommunisten treten gegen jede Gebühren- und Tarifierhöhung ein, weil sie keine Verantwortung haben. Meine Damen und Herren, es gibt Protokolle, gar so sind wir auch nicht. Wir haben einige Vorschläge hier im Gemeinderat gemacht, von wo man das Geld nehmen kann. Wir haben auch Vorschläge in der großen Politik in der Richtung. Wenn ich natürlich sehe, daß von Seiten politischer Mandatäre, es gibt verschiedene Mandatäre, die in Körperschaften drinnen sind, die einen Einfluß ausüben können auf Politiker, die im Land, im Bund tätig sind. So wie man es mit Recht der ÖVP vorwirft. Man muß da auch die eigene Partei sehen, was macht denn die eigene Sozialistische Partei, um die Forderung nach 100 %iger Vergütung der Kindergärtnerinnen zum Beispiel? Da sind die Sozialisten und die Kommunisten einer Meinung, da könnt Ihr auch im Protokoll nachlesen. Bitte, wie vertreten Eure Abgeordneten - wir haben einen Landtagsabgeordneten im Steyr-Werk, wir haben einen Landesrat Genossen Reichl, der ist Bezirksobmann der Sozialistischen Partei und vertritt auch die Politik in vielen Fragen vom Standpunkt, vom Sozialen usw. Richtig und gut, er setzt sich nicht überall durch. Aber die Forderung nach 100 %iger Vergütung ist bis jetzt nicht gestellt worden. Das würde analog bedeuten, daß wahrscheinlich, soweit ich die Mandatäre dieses Hauses, nämlich der Mehrheit, kenne, gar nicht auf den Gedanken kommen, wenn die Preise jetzt nicht kostendeckend sind, daß man um einen Schilling hinaufgeht. Ich weiß schon, daß die Frage des kostendeckenden Tarifes bei uns gar nicht stimmt, in vielen Fragen nicht stimmt, denn die Zuschüsse habe ich sogar beim Rechnungsabschluß positiv angeführt. Es unterscheidet sich wohl eine sozialistische Gemeinde in Steyr von einer anderen, das muß man objektiv zugeben. Die Sozialistische Partei ist meiner Meinung nach in Oberösterreich so stark, daß sie Forderungen stellen kann oder auch durchsetzen und nicht nur immer darauf wartet, bis sie die Mehrheitsverhältnisse zu ihren Gunsten ändert. Denn gar so schwach ist auch die Sozialistische Partei in der Landesregierung nicht. Es gibt viele Verhandlungen, wenn es manchmal auch etwas härtere Bandagen gibt. Aber eines ist auch dabei bemerkenswert, das möchte ich hier anziehen. Vielleicht überlegt sich der eine oder andere Kollege das.

Wir reden recht, auch die ÖVP greift, wie ich es jetzt mache, die sozialistischen Vertreter an, daß sie mehr machen sollen für die Gemeinden. Aber im Finanzausschuß des Landes wurde bereits einstimmig mit allen Vertretern der drei Parteien, die im Landtag drinnen sind, der Budgetentwurf für das Jahr 1978 beschlossen. Da hat die Sozialistische Partei auch zur Kenntnis genommen, daß die Gemeinde in der Richtung der Unterstützung Ersatz der Kindergärten nicht dagegen gestimmt bzw. nicht einmal die Forderung erhoben. Wir sind in manchen Punkten nicht einverstanden, dafür stimmen wir für das Budget. Aber Sie haben nicht einmal diese Forderung in dieser Richtung erhoben, was die Sozialistische Partei mit Recht übereinstimmend von uns verlangt hat.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Kollege Schwarz dazu.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es ist ein grundsätzlicher Unterschied. Im übrigen möchte ich sagen, die Forderung ist sicher erhoben worden, weil alle unsere Landespolitiker die Bestrebungen unterstützen, daß nicht 75 sondern 100 % der Kosten für die Kindergärten vergütet werden. Aber nicht nur der Personalkosten, sondern darüberhinaus auch des Sachaufwandes und der Kosten,

die für die Reinigung usw. anfallen.

Ich möchte aber doch noch einen Unterschied hier anziehen, weil er, glaube ich, hier zu wenig zum Ausdruck gekommen ist. Es ist ein sehr wesentlicher Unterschied zwischen Tarif- und Subventionspolitik. Wenn ich hier den Vergleich ziehe mit dem Land, dann muß ich sagen, daß sich das Land hier sehr leicht tut. Weil das Land nur eine Subventionspolitik machen kann, fast nur eine Subventionspolitik machen kann, weil ihre Einnahmen nur zu 0,9 % aus eigenen Steuern zustandekommen. Das Land kann praktisch die Einnahmen, die es bekommt, nur im Wege von Subventionen, von Bedarfszuweisungen usw. ausgeben. Das Land kommt ganz wenig in die Gefahr, Tarife und Gebühren zu erhöhen, weil alle Einnahmen nicht aus Steuern erfolgen, sondern eben durch Zuweisungen. Bei uns ist die Relation ja wesentlich anders. Ca. 40 %, das schwankt immer etwas, also müssen wir aus eigenen Steuern aufbringen. Wenn man das aus dieser Sicht sieht, da muß man auch verstehen, daß wir unbedingt in der Lage sein müssen, die Ausgaben eben auch durch Erhöhung dieser Steuern entsprechend dadurch zu decken, daß wir bei Tarifen, bei Steuern usw. die entsprechenden Regulierungen durchführen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang doch auch noch einmal auf das Musikschulgesetz hinweisen. Ich möchte noch einmal ausdrücklich betonen, daß wir es nicht einsehen, daß hier eine verschiedene Wertigkeit gibt. Wir verstehen nicht, daß das Land für Landesmusikschulen 100 % vergütet und daß die Schulen in den Gemeinden nur 55 % wert sind. Das verstehen wir nicht. Deswegen verzichten wir auf Almosen. Wir wollen nur die gleiche Behandlung. Das verlangen wir. Wir kommen also nicht bitten zum Land, sondern wir verlangen, daß wir genauso behandelt werden als Stadt. Wir haben dasselbe Recht dazu wie alle anderen. Ich weiß nicht, was für Motive dafür sprechen, daß dort 100 % und hier nur 55 % gewährt werden.

Diese Begründung hat mir noch niemand sagen können.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Auch die Sozialisten nicht, die einstimmig im Landtag dieses Gesetz beschlossen haben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wir haben keine weitere Wortmeldung mehr zu diesem Problem.

Darf ich den Referenten bitten.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Ich habe gar nicht geglaubt, daß 1,- Schilling eine solche Debatte heraufbeschwört. Aber die anderen Fraktionen haben diesen Schilling zu verschiedenen anderen Sachen benützt. Ich glaube, ich habe mir auch das Essen in den Kindergärten angesehen. Es gibt außer Suppe, Hauptspeise auch eine Nachspeise. Das heißt, es ist Nachmittag zum Großteil noch eine Jause dabei. Die Erhöhung von S 1,-, das heißt auf S 17,- bzw. S 19,- ist für die Stadtgemeinde der Lebensmitteleinsatz. Das heißt, daß alle übrigen Kosten, Transport, Herstellungskosten, die Verabreichungskosten usw., alles doch noch von der Stadtgemeinde bezahlt wird.

Ich glaube, die Kinder müssen auch bei den Großeltern essen, die müssen auch, wenn die Mutter zuhause ist, essen.

Ich würde Sie bitten, doch diesem Antrag zuzustimmen. Wenn Sie es haben wollen, spreche ich auch bis 22.00 Uhr, wenn es mir gelingt, damit einen einstimmigen Beschluß herbeizuführen.

Ich bitte Sie, Herr Bürgermeister, abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Entsprechend der Geschäftsordnung zum Gemeinderat habe ich zunächst über den Abänderungsantrag, den Herr Gemeinderat Fuchs eingebracht hat, abzustimmen. Er hat ihn nicht sehr genau umrissen und formuliert, worauf er hinausgeht. Ich muß trotzdem über Ihren Antrag abstimmen. Darf ich noch einmal bitten, ihn etwas genauer zu formulieren?

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Ich habe entsprechend der Geschäftsordnung § 18 zum Ausdruck gebracht, daß wir bei den derzeit geltenden Tarifen bleiben wollen, also ein Einfrieren der Tarife. Das war der Inhalt des Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gut. Ich habe ihn nicht mehr genau im Kopf gehabt, nachdem er nicht schriftlich eingebracht wurde. Er ist zwar mündlich ohne weiteres vortragbar.

Sie haben gehört, der Abänderungsantrag lautet in der Richtung, die Tarife zu belassen und keine Veränderungen vorzunehmen. Wer ist für diesen Abänderungsantrag, den muß ich bitten, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Wer ist gegen den Antrag? Enthaltungen?

Abänderungsantrag:

Dafür: 5 ÖVP, 2 FPÖ

dagegen: 19 SPÖ

Enthaltungen: 1 Enthaltung - KPÖ

Mit Mehrheit ist der Abänderungsantrag abgelehnt. Im Protokoll soll vermerkt werden, daß 7 Stimmen dafür sind, 1 Enthaltung, mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Hauptantrag.

Wer für den vom Referenten gestellten Antrag ist in der berichteten Form, die Abänderung der Ausspeisungsbeiträge vorzunehmen, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben?

Danke. Gegenprobe? Mit Mehrheit angenommen.

Hauptantrag:

Dafür: 19 SPÖ

dagegen: 5 ÖVP, 2 FPÖ, 1 KPÖ

Enthaltungen: -

Der Antrag ist beschlossen. Wir kommen zum nächsten Berichtspunkt.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Seit Inkrafttreten des Sozialhilfegesetzes der OÖ. Landesregierung haben die meisten Gemeinden, vor allen Dingen auch unsere Nachbarstädte Linz und Wels, ihre Hilfsaktionen zu Ostern, zu Weihnachten und die Kohlenhilfsaktion eingestellt, Ich freue mich, daß wir auch in diesem Jahr wiederum die Weihnachtsaktion für unsere bedürftigen Pensionisten und Rentner durchführen. Ich darf meiner Fraktion im besonderen und unserem Herrn Bürgermeister herzlich danken, daß es mir gelungen ist, den Betrag von S 200,- auf S 250,- hinaufzusetzen. Diese S 250,- werden ungefähr 1.100 Rentner und Pensionisten erhalten. Aus diesem Grund kommt der Antrag des Stadtsenates:

32) SH-4550/77

Weihnachtsaktion 1977 zugunsten bedürftiger Pensionisten und Rentner.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Durchführung der Weihnachtsaktion 1977 zugunsten bedürftiger Pensionisten und Rentner ist der Betrag von

S 283.000,--

(Schilling zweihundertdreißigtausend)

vorgesehen.

Hievon werden S 142.700,- bei VP 449-53 oH freigegeben, der restliche Betrag von S 140.300,- wird bei VP 449-53 oH als überplanmäßige Ausgabe bewilligt, wobei die Deckung durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen hat.

Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand das Wort zu ergreifen? Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Welter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Hier handelt es sich um einen erfreulichen Antrag, den unser Stadtrat Zöchling hier vorbringt. Es freut mich besonders, daß man diese freiwillige Leistung, diese Weihnachtsaktion, für unsere Pensionisten und Rentner, also für unsere Ärmsten der Stadt, es sind

immerhin noch 1.100 Personen, beibehält. Es handelt sich tatsächlich um eine soziale Leistung der Stadtgemeinde Steyr und ich möchte auch hier gleich, so wie ich es im Finanz- und Rechtsausschuß schon getan habe, im Namen dieser 1.100 Personen den Dank aussprechen, vor allem den Stadträten, die es ermöglichten, daß man diesen Personen heuer schon diese Sonderzahlung von bisher S 200,- auf S 250,- erhöht und damit auch die Mittelfreigabe von S 227.000,- auf S 283.000,- beantragt wird.

Wenn ich sage, es freut mich besonders und ich spreche den Dank aus den Stadträten, dann hat das eine besondere Bewandnis. Der Amtsbericht lautet ja ein bisserl anders, nämlich daß diese Sonderzahlung, so wie bisher, unverändert bleiben sollte. Der gemeinderätliche Wohlfahrtsausschuß hat sich mit dieser Frage beschäftigt und ich habe schon im Ausschuß versucht, die Mitglieder des Ausschusses der anderen Parteien zu überzeugen, daß auf Grund dieser ganzen Inflation und Teuerungspolitik es angezeigt wäre, ein bisserl was zur Beseitigung der Armut auch in Österreich beizutragen, daß man ihnen zu Weihnachten einen erhöhten Betrag gibt.

Leider war es mir nicht möglich, die Mitglieder aller Parteien im Ausschuß zu überzeugen. Wohl waren die meisten Mitglieder, objektiv möchte ich das feststellen, bereit, für das kommende Jahr eventuell Verhandlungen in der Richtung zu führen. Daher freue ich mich besonders, daß diese Frage der Stadtsenat neuerdings behandelt hat und zu diesem Ergebnis gekommen ist.

Außerdem, das steht nicht im Antrag, ist auch eine Ausdehnung der Weihnachtssonderaktion für unsere Sozialhilfeempfänger mit beinhaltet. Wo ebenfalls der Betrag erhöht wurde, und zwar wurden im Antrag die S 400,- für alleinstehende Sozialhilfeempfänger oder Haushaltsvorstände auf S 500,- erhöht. Für Mitunterstützte von S 265,- auf S 330,- und für Mitunterstützte, die Anspruch haben auf gesetzliche Familienbeihilfe, von S 200,- auf S 280,-. Somit auch dieser Betrag, der nicht in den Gemeinderat kommen muß, weil er nur S 70.000,- ausmacht, ebenfalls erhöht wurde auf S 90.000,-. Sie sehen auch, daß wir objektiv sind als kleine Partei und ich möchte nochmals herzlich danken im Interesse der Ärmsten unserer Stadt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Darf ich eine weitere Wortmeldung zu diesem Antrag konstatieren? Kollegin Derflinger.

GEMEINDERAT MARIA DERFLINGER:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn auch des öfteren bei Erhöhung von Sozialleistungen von sogenannten "Wahlzuckerln" gesprochen wird, glaube ich, wird man der heutigen Änderung eines Amtsvorschlages wohl kaum dieses Motiv unterstellen. Es wäre nämlich für uns, für die Mehrheitsfraktion, sicherlich sehr einfach gewesen, erst im nächsten Jahr, also vor einer Nationalrats-, Landtags- und Gemeinderatswahl auf die Ärmsten unserer städtischen Gemeinschaft Rücksicht zu nehmen. Wir haben das nicht getan und haben das auch gar nicht nötig, denn wir glauben, dann helfen zu müssen, wenn es notwendig und auch finanziell vertretbar ist. Das ist im gegenständlichen Antrag wohl der Fall. Erfreulich kann ich in diesem Zusammenhang auch feststellen, daß die Zahl jener Pensions- und Rentenbezieher, die an der untersten Einkommensgrenze liegen, Gott sei Dank von Jahr zu Jahr geringer wird. Unser Wohlfahrtsstaat sorgt dafür, daß jeder, somit auch der nicht mehr im Arbeitsprozeß Stehende, seinen gerechten Anteil am Nationalprodukt, in diesem Fall durch entsprechende Renten bzw. andere Sozialleistungen erhält und auch das besonders durch die Initiative der Sozialisten in Oberösterreich geschaffene Sozialhilfegesetz, das von unserem Steyrer Landesrat Ing. Reichl in seiner Funktion als Sozialreferent umsichtig gehandhabt wird, wie meine Kollegin Kaltenbrunner bereits angeführt hat, trägt, so glaube ich, sehr wesentlich dazu bei, daß in vielen Lebenslagen Härten gemildert und Hilfen gegeben werden. Es wird also sehr viel für die Minderbemittelten getan und nicht nur ein bißchen, wie Gemeinderat Treml eben gesagt hat.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Kreisky bitte für die Armut, da sind wir nicht durchgekommen!

GEMEINDERAT MARIA DERFLINGER:

Wenngleich auch viele Gemeinden, das hat auch meine Vorrednerin, die Kollegin Kalten-

brunner, bereits angeführt, in diesem Zusammenhang bis dahin geleistete Sozialleistungen abgebaut haben, so ist es in unserem Steyrer Gemeinderat nach wie vor ein Anliegen, unseren Ärmsten auch weiterhin bestmögliche Hilfe angedeihen zu lassen.

Denn wenn es auch nur mehr ein immer kleiner werdender Teil ist, so gibt es doch auch bei uns noch immer Menschen, die noch echte Existenzsorgen haben. Diesen Menschen soll auch weiterhin unsere Umsicht gelten.

Ich bin daher sehr froh darüber, daß diese freiwillige Sozialleistung und das möchte ich hier besonders hervorgehoben haben durch die heutige Beschlußfassung, eine neuerliche Verbesserung erfahren wird. Ich glaube aber auch, davon überzeugt sein zu dürfen, daß gerade für diese verhältnismäßig noch minderbemittelten Einkommensbezieher der von unserer Mehrheitsfraktion zur Beschlußfassung eingebrachte Erhöhungsbeitrag, dem sich, so glaube ich, sicherlich auch die anderen Fraktionen anschließen werden, gerade anläßlich des bevorstehenden Weihnachtsfestes eine willkommene Hilfe sein kann.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Eine Frage, ob zu diesem Punkt noch jemand das Wort wünscht? Das ist nicht der Fall. Der Referent?

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Kollege Tremml hat mir eigentlich das vorweggenommen, daß wir auch bei den Sozialhilfempfängern eine Erhöhung vorgesehen haben. Ich wollte es zum Schlußwort bringen, damit die anderen Fraktionen leichter zu diesem Beschluß finden können. Vielleicht erreichen wir jetzt einen einstimmigen Beschluß.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den gestellten Antrag in der vorgelesenen Form? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Beides nicht feststellbar, somit einstimmig beschlossen.

Der nächste Punkt bitte!

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Sie wissen, daß wir auf der Ennsleite die Versuchsschule, die Ganztagschule, haben und es ist notwendig, ebenfalls eine Betriebsküche einzurichten. Nachdem die Erfahrungen in diesem Punkt noch sehr spärlich in Österreich sind und auch in Deutschland noch Versuche sind, würden wir Ihnen den Vorschlag machen, das Essen in Verbindung mit Eskimo-Iglo Tiefkühlmenüs zu nehmen und in der Verbindung natürlich auch die Einrichtungen von der Firma Stierlen.

Ich würde Sie bitten, diese Einrichtungen zur Zeit noch nicht zu kaufen, sondern lediglich in einem Mietvertrag zu mieten, damit wir, wenn möglich oder irgendwelche Sorgen sind, auch mit der Ausspeisung der Fertigménüs doch wieder auf andere Ausspeisungsarten zurückkommen können. Aus diesem Grund habe ich den Antrag des Stadtsenates:

33) Schul-6291/76

Ganztagschule an der HS 2 Ennsleite;
Verabreichung des Mittagessens an die
Schüler - Einrichtung einer Betriebsküche.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Abschluß von Verträgen mit der Fa. Stierlen-Maquet, die Anmietung von Maschinen und Einrichtungen für die Einrichtung einer Betriebsküche der Ganztagschule HS 2 Ennsleite im Leasingverfahren sowie die Wartung der Maschinen und Einrichtungen betreffend, wird nach Maßgabe des Amtsberichtes vom 13. 10. 1977 zugestimmt.

Aller Voraussicht nach wird mit dem gegenständlichen Küchenbetrieb noch im November d. J. begonnen werden. Nach dem Wartungsvertrag ist die jährliche Wartungspauschale im vorhinein zu entrichten. Es wird daher einer außerplanmäßigen Ausgabe von S 29.000,- bei VP 21-55 zur allfälligen Bezahlung der Miete für die Monate November und Dezember 1977 sowie für die im vorhinein eventuell fällige Wartungspauschale 1977/78 zugestimmt. Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen. Für die folgenden Vertragsjahre werden die Mittel für die Bezahlung der monatlichen Mietkosten und der jährlichen Wartungspauschale im jeweiligen Budget vorgesehen.

Gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme meines Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Es hat sich gemeldet Herr Gemeinderat Schodermayr. Anschließend Gemeinderat Dr. Stellnberger.

GEMEINDERAT JOHANN SCHODERMAYR:

Wertes Präsidium, meine sehr geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates!
Durch die Freigabe dieser Mittel werden die Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung des vom Bundesminister für Unterricht genehmigten Schulversuches geschaffen. Würde hier die Gemeinde nicht mitmachen, wären alle Bestrebungen auf Bundesebene zum Scheitern verurteilt. Wenn man sich aber entschließt, neue Wege in der Bildungspolitik zu gehen, müssen alle Opfer bringen und in diesem Fall ist es wiederum die Gemeinde Steyr, die, wie schon so oft, ihren Beitrag leistet. Steyr wird dadurch immer mehr zum echten Schulzentrum der Region. Handelsakademie, Handelsschule, Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen, Bundesgymnasium – alles mit Hilfe der Stadt entstanden bzw. weiterentwickelt. Frauenberufsschule, HTL, ein dicht ausgebautes Pflichtschulsystem, beginnend von Vorschulklassen bis zur polytechnischen Schule, die heute mit 7 großen Klassen dasteht, mit Schulversuchen wie Sportklassen und jetzt einer Ganztagschule. Ein gut ausgebautes Sonderschulnetz schafft Bildungsmöglichkeiten auch für diejenigen behinderten Kinder, die früher einmal doch sehr benachteiligt waren. Wenn man dazu noch die begleitenden Maßnahmen sieht wie Kindergärten, Horte, die Aktionen der Jugendverbände, der Kirche und Vereine, die Aktivitäten der Sportorganisationen, aber auch sozialer Gruppen, wie heute schon erwähnt die Lebenshilfe, dann muß man doch davon sprechen, daß gerade auf dem Sektor der heranwachsenden Jugend sehr, sehr viel geschehen ist. Soweit bekannt ist, arbeitet auch die Stadtverwaltung an der Bildung eines Jugendrates ähnlich dem Seniorenrat, damit das Mitspracherecht aller interessierten Steyrer in entsprechender Weise gesichert ist. Ich bin mir sicher, daß der begonnene Schulversuch ein voller Erfolg werden wird. Als Schulaufsichtsorgan für den Pflichtschulbereich Steyr-Stadt und als sozialistischer Gemeinderat möchte ich jetzt schon für die Bereitstellung der Mittel für den Schulversuch Ganztagschule auf der Ennsseite der Stadtgemeinde sehr herzlich danken.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Beitrag. Nächster Sprecher Kollege Dr. Stellnberger.

GEMEINDERAT DR. ALOIS STELLNBERGER:

Sehr verehrte Damen und Herren!

Ich möchte nur ein Wort verlieren über die Art der hier benatragten Ausspeisung, die natürlich zu begrüßen ist. Das Unternehmen, in welchem ich beschäftigt bin, verabreicht nämlich schon seit 3, 4 Jahren diese Tiefkühlkost, und zwar von der gleichen Firma, die hier genannt wurde. Ich darf meine Erfahrungen dahingehend bekanntgeben, daß, soweit ich informiert bin, in der Kollegenschaft vollste Zufriedenheit mit der Tiefkühlkost herrscht. Sowohl was die Qualität anbelangt, als auch die Quantität sowieso. Es sind auch keinerlei Auswirkungen zu bemerken, daß sich dieses Essen auf die Gesundheit nachträglich niederschlagen würde, nachdem immerhin schon ein so langer Zeitraum vergangen ist.

Was besonders auffällt, ist die hohe Qualität der Essensportionen und auch überraschend der Preis. Man kann den Speiseplan so gestalten, daß eine große Palette ist, von S 10,- angefangen bis S 25,-. Unser Speiseplan z. B. enthält jeden Tag irgend eine Fleischspeise und trotzdem liegt er nur knapp über S 20,-. Was aber noch überraschender ist, ist die Tatsache, daß man nicht ständig vom Erzeuger mit Preiserhöhungen belästigt wird. Obwohl bei uns über 3 Jahre das Essen geliefert wird, ist bisher erst eine Preiserhöhung von 2 oder 3 % eingetreten. Das ist eine Tatsache, die äußerst begrüßenswert ist. Zu der Art der Anschaffung der Kucheneinrichtung muß man sagen, daß natürlich die hier ausgerechnete Leasingmethode sehr teuer ist und jede andere Art der Anschaffung günstiger wäre.

Sie ist nur dadurch gerechtfertigt, daß man sie eben vielleicht nur auf kurze Zeit anwendet und bei einem Definitivum dann vielleicht nach einem Jahr sofort an den Erwerb des Eigen-

tums denkt, weil das sicherlich günstiger ist, sogar wenn man dafür Kredite aufnimmt. Zum Letzten möchte ich sagen, daß aus dem Amtsbericht hervorgeht, daß die KÜcheneinrichtungen relativ umfangreich angesetzt sind, sodaß man daraus schließen könnte, daß vielleicht auch andere Personen und Institutionen, die mit dieser Art des Essens versorgt werden wollen, vielleicht die Möglichkeit haben, hier einbezogen zu werden, wenn später einmal fest steht, daß man dieses Essen beibehält.
Danke schön:

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke auch für diesen Beitrag. Eine weitere Bemerkung zum Antrag sehe ich nicht mehr. Keine Anzeige für eine Wortmeldung?
Der Referent wünscht kein Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen den gestellten Antrag? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Eine Enthaltung? Wird auch nicht geübt. Dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.
Wir kommen zum nächsten und letzten Antrag.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Er betrifft ebenfalls wieder die Ganztagschule auf der Ennsleite, Adaptierung des Speisesaales.

34) Schul-6291/76

Ganztagschule an der HS 2 Ennsleite;
Adaptierung Speisesaal Peuerbachstraße 2 - 4.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 13. 10. 1977, Schul-6291/76, womit wegen Dringlichkeit Nachstehendes angeordnet wurde, wird hiermit genehmigt:

"Auf Grund des Amtsberichtes der MA VI vom 13. 10. 1977 wird für Adaptierungsarbeiten im Speisesaal Peuerbachstraße 2 - 4 für die Schulausspeisung der HS 2 Ennsleite der Betrag von

S 340.000,--

(Schilling dreihundertvierzigtausend)

als außerplanmäßige Ausgabe bei VP 21-94 oH bewilligt.

Die Deckung dieser außerplanmäßigen Ausgabe hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Die Aufträge sind wie folgt zu vergeben:

1. Baumeisterarbeiten:
Firma Drössler, Steyr, zum Anbotpreis von S 61.020,--
2. Elektroinstallationsarbeiten:
Firma Berger, Steyr, zum Anbotpreis von S 39.008,--
3. Sanitäre Installationsarbeiten:
Firma Schützner, Steyr, zum Anbotpreis von S 18.983,--
4. Heizungsinstallationsarbeiten:
Firma Schützner, Steyr, zum Anbotpreis von S 4.457,--
5. Bauschlosserarbeiten:
Firma Vösl, Steyr, zum Anbotpreis von S 42.291,--
6. Verglasungsarbeiten:
Firma Eckelt, Steyr, zum Anbotpreis von S 17.634,--
7. Verfließungsarbeiten:
Firma Kittinger, Steyr, zum Anbotpreis von S 22.529,--
8. Malerarbeiten:
Firma Huber, Steyr, zum Anbotpreis von S 4.665,--
9. Tischlerarbeiten I:
Firma Fuchs, Steyr, zum Anbotpreis von S 33.783,--
10. Tischlerarbeiten II:
Firma Wiesner u. Hager, Altheim, zum Anbotpreis von S 66.726,--
11. Tapeziererarbeiten:
Firma Preisler, Steyr, zum Anbotpreis von S 3.663,--.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Er ist mehr oder weniger als Ergänzungsantrag anzusehen. Ich sehe durch das Einräumen der Akten, daß keine Bereitschaft mehr besteht zur Diskussion. Ich darf dennoch fragen, es meldet sich aber niemand.

Gibt es eine Gegenstimme zum Antrag? Nicht, auch keine Enthaltung ist angezeigt, somit ist auch der letzte Antrag heute einstimmig beschlossen. Ich danke für die Mitwirkung an der heutigen Sitzung, die zweifelsohne schon geraume Zeit, also mehr als 5 Stunden, dauert.

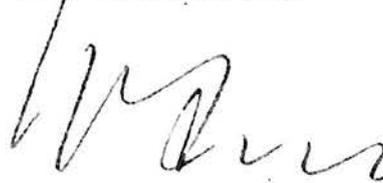
Als letzte Meldung noch der Hinweis, daß wir in unseren Anträgen und Beschlußfassungen einen Betrag von S 14,126.000,- inkludiert haben. Das zur Vormerkung. Es wird auch im Protokoll vermerkt.

Die Sitzung darf ich mit dieser Erklärung, damit Sie nach Hause kommen, kurz und bündig abschließen. Ich danke Ihnen.

Die Sitzung ist beendet.

Ende der Sitzung: 19.20 Uhr.

DER VORSITZENDE:



DIE PROTOKOLLFÜHRER:



Gudrun Gerold

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

